RAINBOW NATION ODER RAMBO NATION?

SÜDAFRIKAS LANGER WEG ZUR DEMOKRATIE

Wissenschaftliche Arbeit im Fach Politikwissenschaft

vorgelegt von

Geiger, Stefan

an der

Universität Konstanz

Sektion Politik – Recht – Wirtschaft

Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft

Gutachter: Prof. Dr. Sven Jochem

Konstanz, 2013

Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)
URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-248676

Inhaltsverzeichnis

1. Südafrika: Vom Hoffnungsträger zum Sorgenfall 1
2. Grundbegriffe und Forschungsstand 3
2.1. Transition 4
2.2. Konsolidierung 5
2.3. Dekonsolidierung 7
2.4. Forschungsstand 8
3. Modell und Methodik 9
3.1. Theoriesynthese 9
3.2. Funktionsvoraussetzungen der Demokratie 13
3.3. Modell 16
3.4. Methodik 21
4. Analyse der Demokratie in Südafrika 25
4.1. Südafrikas Transition 25
4.1.1. Niedergang des Apartheidregimes 26
4.1.2. Charakter und Strukturierung der Transition 29
4.1.3. Auswirkungen der Transition auf das politische System Südafrikas 30
4.2. Südafrikas Dekonsolidierung 34
4.2.1. Sozio-ökonomische Faktoren 34
4.2.2. Sozialkapital 51
4.2.3. Institutionen und Akteure 58
5. Diskussion der Ergebnisse 72
5.1. Signifikanz der Einflussfaktoren 72
5.2. Pfadabhängigkeiten - Der Einfluss der Apartheid 74
6. Aktuelle Entwicklungen 76
6.1. Konsolidierungsstand 76
6.2. Entwicklungstendenzen - Die Schlüsselrolle des ANC 78
7. Fazit 81
Literaturverzeichnis 83

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Allgemeines (De-)Konsolidierungsmodell 15
Abbildung 2: Modell mit acht Dekonsolidierungsfaktoren für Südafrika 16
Abbildung 3: Platzierung der sechs stabilsten Demokratien Afrikas im BTI 2006 und 2012 . 22
Abbildung 4: Weltbank Governance Scores Südafrika..... 23
Abbildung 5: Perzentilrang Südafrika unter 215 Ländern. 23
Abbildung 6: Einkommensverteilung in Südafrika anhand des Gini-Koeffizienten 35
Abbildung 7: Bevölkerungsgruppen in Südafrika in Prozent der Gesamtbevölkerung 38
Abbildung 8: Arbeitslosenquote für Südafrika in Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung.... 41
Abbildung 9: Jährliches BIP per capita Wachstum der BRICS in Prozent..... 42
Abbildung 10: Schwerkriminalitätsraten für Südafrika 44
Abbildung 11: Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) Werte für Südafrika 46
Abbildung 12: BIP per capita 2013 im aktuellen internationalen Dollar (KKP) 63
Abbildung 13: Prozentualer Anteil der Südafrikaner, die folgende südafrikanische Institutionen für korrupt bzw. sehr korrupt halten 67

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Demokratisierungsstand Südafrika 21
Tabelle 2: Strukturierung von Südafrikas Regimewechsel 30
Tabelle 3: Einfluss der acht Faktoren auf die Dekonsolidierung Südafrikas 73
Tabelle 4: Test der Funktionsvoraussetzungen für eine substanzielle Demokratie in Südafrika 76

Abkürzungsverzeichnis

AGSA	Auditor-General South Africa
ANC	African National Congress
BBBEE	Broad Based Black Economic Empowerment
BEE	Black Economic Empowerment
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CCMA	Commission for Conciliation, Mediation and Arbitration
CDE	Centre for Development and Enterprise
CGE	Commission for Gender Equality
CODESA	Convention for a Democratic South Africa
COPE	Congress of the People
COSATU	Congress of South African Trade Unions
CPI	Corruption Perception Index
DA	Democratic Alliance
DPCI	Directorate for Priority Crime Investigation
ERP	Education Rights Project
FPTP	First Past The Post Mehrheitswahlrecht
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
GEAR	Growth, Employment and Redistribution
GNU	Government of National Unity
HDI	Human Development Index
ICASA	Independent Communications Authority of South Africa
IEC	Independent Electoral Commission
IFP	Inkatha Freedom Party
IMF	International Monetary Fund
IWF	Internationaler Währungsfonds
KKP	Kaufkraftparität
MAT	Media Appeals Tribunal
NA	National Assembly
NCOP	National Council of Provinces
NDP	National Development Plan
NDR	National Democratic Revolution
NP	National Party
NPC	National Planning Commission
NPO	Non-Profit Organisation
NSC	National Senior Certificate
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PANSALB	Pan South African Language Board
PP	Public Protector
R	Südafrikanischer Rand
RDP	Reconstruction and Development Programme
RSA	Republic of South Africa
SABC	South African Broadcasting Corporation
SACP	South African Communist Party
SADC	Southern African Development Community
SADTU	South African Democratic Teachers' Union
SANCO	South African National Civics Organisation
SANGOCO	South African National NGO Coalition

SAPS	South African Police Service
TIMSS	Trends in International Mathematics and Science Study
TRC	Truth and Reconciliation Commission
UDF	United Democratic Front
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNDP	United Nations Development Programme
USA	United States of America
WGI	World Governance Indicators

Für meine Familie, meine Freunde, Viola und Südafrika.

1. Südafrika: Vom Hoffnungsträger zum Sorgenfall

Als sich Südafrika 1994 durch die ersten freien demokratischen Wahlen von einer rassistischen Autokratie zu einer liberalen Demokratie transformierte, stand das Land vor enormen Herausforderungen, die die Apartheid hinterlassen hatte. Einige Beobachter sahen das Land aufgrund einer tief gespaltenen Gesellschaft, enormer sozio-ökonomischer Ungleichheit und ausufernder Gewalt und Kriminalität auseinanderbrechen. Trotz dieser ungünstigen Startbedingungen konsolidierte sich die südafrikanische Demokratie unter der auf Versöhnung ausgerichteten Politik des ersten frei gewählten Präsidenten Nelson Mandelas und wurde in den nächsten Jahren als Vorbild für den gesamten afrikanischen Kontinent propagiert.

Mittlerweile wird diese Vorbildrolle jedoch mehr denn je in Frage gestellt. Südafrika ist zwar immer noch eine Demokratie, konnte jedoch die hohen Erwartungen seiner Bürger[1] und der internationalen Gemeinschaft an eine stets positive Entwicklung nicht erfüllen (vgl. The Economist 2012a). Trotz der durch die beiden Parteien African National Congress (ANC) und National Party (NP) ausgehandelten Transition, einer fortschrittlichen Verfassung und soliden demokratischen Institutionen ist Südafrika fast 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid noch immer ein tief gespaltenes Land, das die Vergangenheit noch nicht bewältigt hat. Gleichzeitig muss Südafrika mit neuen Herausforderungen wie der ANC-Einparteienherrschaft, hoher Arbeitslosigkeit, ausufernder Korruption und fehlender Bildung kämpfen (vgl. Butler 2009, Russel 2010). Seit 2006 verschlechtert sich Südafrika in allen bedeutenden Indizes, die Regierungsperformanz messen (Kaufmann et al. 2012). Die stetige Verschlechterung aller Bereiche der Regierungsperformanz in den letzten sieben Jahren weist auf eine Dekonsolidierung des politischen Systems Südafrikas hin.

Diese Arbeit möchte die Ursachen für die Dekonsolidierung einer der vielversprechendsten Demokratien Afrikas (Russel 2010: xxiv) aufzeigen. Es wird angenommen, dass vor allem acht Einflussfaktoren innerhalb vier wichtiger Konsolidierungsbereiche die Dekonsolidierung Südafrikas erklären können. Diese acht Einflussfaktoren werden anhand der vorhanden Literatur und der wichtigsten Erkenntnisse der Demokratisierungsforschung ausgewählt. Die Arbeit untersucht mithilfe einer Prozessanalyse (Collier 2011) den Einfluss der acht Faktoren auf die Dekonsolidierung. Dies ist eine besondere Leistung dieser Arbeit, da bisher nur Konsolidierungszusammenhänge untersucht wurden, aber die Gründe hierfür noch nicht ausführlich herausgearbeitet wurden. Dabei wird deutlich, dass hauptsächlich Nachwir-

[1] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit durchgehend die männliche Form gewählt. Es sind an den entsprechenden Stellen jedoch stets beide Geschlechter gemeint.

kungen der Apartheid und der seit 1994 uneingeschränkt regierende ANC für die Dekonsolidierung Südafrikas verantwortlich sind. Die Arbeit zeigt, dass eine innovative Synthese von Theorien der Transformations- und Demokratisierungsforschung erklärungskräftige Ergebnisse für die Untersuchung des Konsolidierungsstands eines Staates liefern kann. Des Weiteren erfüllt die Arbeit durch ihr Fallstudiendesign die in der vergleichenden Forschung oft geforderte Einzelfallanpassung (Schmidt 2010: 430). Somit ist diese Arbeit als Ergänzung zur vergleichenden Konsolidierungsforschung zu verstehen, die den einzigartigen Konsolidierungsweg Südafrikas durch eine Deviant Case Study (Gerring 2007: 105-108) erklären möchte. Diese Arbeit versucht also zur Beantwortung der folgenden Frage beizutragen: Wird Südafrika sich eher zu einer von Gewalt und Unsicherheit geprägten „Rambo Nation" (Attridge/Jolly 1998: 5) entwickeln, oder gibt es Hoffnung für die friedliche und leistungsfähige „Rainbow Nation" (Butler 2009: 4) die Nelson Mandela und Desmond Tutu beschworen?

Die Arbeit beginnt mit einer Vorstellung der Grundbegriffe der Transformationsforschung und des Forschungsstandes zu Südafrika. Hierauf folgend wird im dritten Kapitel zunächst eine Synthese der wichtigsten Transformationstheorien vorgenommen. Zusätzlich dazu werden die wichtigsten Funktionsvoraussetzungen einer Demokratie vorgestellt. Aufbauend auf diesen Ausführungen werden dann vier wichtige Konsolidierungsbereiche identifiziert, die in das (De-)Konsolidierungsmodell dieser Arbeit integriert werden. Anhand der vorhandenen Literatur zur Konsolidierung Südafrikas werden den vier Bereichen insgesamt acht Einflussfaktoren zugeordnet, die Südafrikas politisches System und Gesellschaft kennzeichnen. Die Arbeit stellt die These auf, dass ein Modell mit diesen acht Einflussfaktoren Südafrikas Dekonsolidierung erklären kann. Zum Abschluss von Kapitel drei wird die Methodik der Arbeit erläutert und die Fallauswahl begründet. In Kapitel vier wird die Analyse durchgeführt. Dabei wird zunächst die Transition Südafrikas genauer untersucht und ihre Auswirkungen auf das politische System Südafrikas erläutert. Danach werden mithilfe einer Prozessanalyse die Hauptursachen für Südafrikas Dekonsolidierung herausgearbeitet. Hierzu wird nacheinander der Einfluss der acht Faktoren auf die Dekonsolidierung Südafrikas analysiert. Im Anschluss an jeden Analyseschritt werden zudem Policy-Empfehlungen gemacht, die die Dekonsolidierung Südafrikas aufhalten könnten. Im Diskussionsteil in Kapitel fünf werden die Wirkungsweisen der acht Einflussfaktoren und der vier Konsolidierungsbereiche erklärt und es wird dargestellt, welche Faktoren den größten Einfluss auf die Dekonsolidierung haben. Im sechsten Kapitel wird anhand der Erkenntnisse der Prozessanalyse geprüft, inwiefern Südafrikas heutiger Konsolidierungsstand die Funktionsvoraussetzungen einer substanziellen Demokratie erfüllen kann. Des Weiteren wagt Kapitel sechs mithilfe der gewonnen Erkenntnisse einen

Ausblick auf die zukünftige Entwicklung Südafrikas und schreibt dabei dem ANC eine Schlüsselrolle zu. Im Fazit werden die Ergebnisse der Arbeit nochmals zusammengefasst und Grenzen und Vorteile des Analysemodells und des Fallstudiendesigns aufgezeigt.

2. Grundbegriffe und Forschungsstand

In diesem Kapitel werden die Grundbegriffe der Transformationsforschung definiert und es wird gezeigt, dass es sinnvoll ist, Konsolidierung als Funktion von Transition zu betrachten. Zudem wird erläutert, warum als Ziel eines Konsolidierungsprozesses in Südafrika eine substanzielle Demokratie stehen sollte. Abschließend wird der Forschungsstand zur Konsolidierung in Südafrika zusammengefasst und erläutert, welche Forschungslücke durch diese Arbeit geschlossen wird.

Wenn man den Wandel von politischen Systemen im 20. Jahrhundert und seinen Einfluss auf Forschungsgegenstände der Sozialwissenschaft untersucht, werden verschiedene Forschungsparadigmen deutlich. In den 1960er Jahren lag der Fokus der politischen Transformationsforschung vor allem auf strukturellen Anforderungen für die Entstehung demokratischer Systeme (Lipset 1959). Als in den 1970er Jahren viele afrikanische, südamerikanische und südeuropäische Staaten zu Autokratien wurden, verschob er sich zu der Frage, warum Demokratien scheitern (Linz 1978). In den 1990er Jahren, insbesondere nach der Auflösung der Sowjetunion, verschob sich der Fokus wiederum auf den Zusammenbruch von autoritären Regimen und auf ein Erstarken der Demokratie weltweit (Huntington 1991, Merkel et al. 2003: 11). Nach dem Abschluss dieser vorläufig letzten großen Demokratisierungswelle Anfang der 1990er Jahre, zu der auch Südafrika gehörte, verlagerte sich der Forschungsschwerpunkt auf die Analyse von demokratischer Konsolidierung. Die Konsolidierungsforschung analysiert die Voraussetzungen, Bedingungen und Modelle für das Überleben und die Festigung von bereits bestehenden Demokratien (Bendel et al. 2002, Diamond 1999, Grugel 2013, Linz/Stepan 1996a, 1996b, Merkel et al. 2003: 19, Merkel/Thiery 2010: 186). Diese Arbeit siedelt sich im Bereich der Konsolidierungsforschung an. Allerdings richtet sie das Augenmerk auf eine rückwärtsgewandte Konsolidierung, die so genannte Dekonsolidierung. Konsolidierung und Dekonsolidierung sind Teil des Transformationsprozesses eines politischen Systems, der mit der Transition beginnt. Diese Begriffe werden in den folgenden Abschnitten definiert.

2.1. Transition

Transition beschreibt die erste Phase eines Transformationsprozesses, in der politische Institutionen ausgehandelt werden (Merkel et al. 2003: 20). Dabei handelt es sich vor allem um die Grundkonfiguration des politischen Systems, also beispielsweise um die Schaffung der Exekutiven und Legislativen und die Organisation des Wahlsystems (Merkel et al. 2003: 20). Der Begriff Transition beschreibt somit die Veränderung eines politischen Regimes. Ein Regime ist ein Regelwerk, das bestimmt, wer auf welche Art und Weise Politik betreiben darf (Bratton/van de Walle 1997: 9). Merkel (2010: 63-64) definiert Regime etwas ausführlicher als „die Zugänge zur politischen Herrschaft, die Machtbeziehungen zwischen den Herrschaftseliten, sowie das Verhältnis zwischen Herrschaftsträgern und Herrschaftsunterworfenen“. Jeder Übergang eines Regimes in ein anderes Regime stellt einen Transitionsprozess dar. Transition kann schnell ablaufen, wie bei dem Zusammenbruch eines autoritären Regimes wie der UdSSR, oder schrittweise, etwa wenn autoritäre Regierungen langsam das politische System öffnen (Bratton/von de Walle 1997: 10). Theoretisch kann Transition zu allen autoritären, demokratischen und totalitären Regimen und deren Subtypen führen (vgl. Linz 2000, Merkel 2010). Beobachtet man Transitionen seit 1972, so sind die liberalen Demokratien die einzige Staatsform, die kontinuierlich gewachsen ist (Puddington 2013: 23). Daher wird in der Forschung besonderes Augenmerk auf die Transition eines nicht-demokratischen Regimes in ein liberales demokratisches Regime gelegt (Merkel/Thiery 2010: 187).

Die Transition ist immer von Verhandlungen zwischen den relevanten politischen Akteuren über die Spielregeln des neuen Regimes geprägt (Bratton/von de Walle 1997: 10). Neben komplett von Eliten bestimmten Transitionen gibt es zwischen wichtigen politischen Akteuren ausgehandelte Transitionen und auch solche Transitionen, die vom Volk ausgehen. Die unterschiedlichen Besonderheiten jedes Transitionsprozesses verlangen nach einer differenzierten Betrachtung. Merkel (2010: 101-104) unterscheidet sechs verschiedene Verlaufsformen von Transition. Erstens nennt er die lang dauernde Evolution, die in Ländern stattfand, die noch vor dem 1. Weltkrieg und, ohne einer historischen Zäsur folgend, einer liberale Demokratie sehr nahe kamen, wie die USA oder Großbritannien. Zweitens gibt es den von alten Eliten gelenkten Systemwechsel, der sich dadurch auszeichnet, dass die Transition nicht nur komplett von den autoritären Eliten gelenkt wird, sondern auch die Regeln des neuen Regimes von ihnen aufgestellt werden. Drittens wird der von unten erzwungene Systemwechsel genannt, der im Gegensatz zu dem elitären Systemwechsel vom Volk so machtvoll durchgeführt wird, dass die Eliten in der Transitionsphase relativ schnell abgelöst werden. Viertens wird der ausgehandelte Systemwechsel angeführt, der eine rationale Elite und Oppositions-

konstellation voraussetzt, die in Verhandlungen über ein neues Regime tritt. Fünftens kann es zu einem Regimekollaps kommen, der sich durch einen abrupten Zusammenbruch des alten Regimes auszeichnet, welcher von exogenen Faktoren und nicht von internen Akteuren ausgelöst wird. Schließlich wird als sechste Verlaufsform der Zerfall und die Neugründung von Staaten genannt, in der sich Staaten in Transitionsphasen neu gründen, wie etwa nach dem Zerfall der Sowjetunion Slowenien, Estland, Lettland und Litauen (Merkel 2010: 103). Wie in den verschiedenen Verlaufsformen deutlich wird, kann das Ende der Transition erst dann definiert werden, wenn das Zielregime bekannt ist. Eine demokratische Transition ist mit dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung und der Geschäftsaufnahme der vorgesehenen demokratischen Institutionen wie Parlament und Regierung abgeschlossen (Merkel et al. 2003: 20-21).

2.2. Konsolidierung

Konsolidierung ist oft schwer von Transition zu unterscheiden (Merkel et al. 2003: 21). Die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen der Transition und darauf folgenden Konsolidierung liegen laut Merkel et al. (2003: 21) in der Natur eines demokratischen Transformationsprozesses. Konsolidierungsprozesse können schon vor Abschluss der Transition beginnen und zunächst auf einzelnen Ebenen des politischen Systems wie den Institutionen einsetzen, bevor sie beispielsweise auf der Verhaltenseben der politischen Akteure Einfluss gewinnen (ebd.: 21). Somit wird deutlich, dass nur eine Einzelfallanalyse zeigen kann, wann genau die demokratische Konsolidierung beginnt.

Während Transition den Übergang eines Regimes in eine Demokratie umfasst, beschreibt Konsolidierung die Sicherung der Stabilität und Funktionsfähigkeit der Demokratie. Dabei gibt es minimale Konsolidierung, die nur die hinreichenden Minimalbedingungen für eine Demokratie sichert und maximale Konsolidierung, die darüber hinaus Eigenschaften einer substanziellen Demokratie gewährleistet, wie zum Beispiel demokratische Verhaltensmuster der politischen Akteure (vgl. Linz/Stepan 1996a, 1996b, Merkel 2010: 112, Merkel et al. 2003: 22, Pridham 1995, Przeworski 1991).

Eine minimal konsolidierte Demokratie orientiert sich an den Anforderungen von Dahls Polyarchie (1971). Diese beschränkt sich stark auf die Voraussetzungen und die Durchführung von demokratischen Wahlen. Nach Dahls minimalistischem Demokratiekonzept lassen sich heute 118 der 195 Staaten der Erde als elektorale Demokratien bezeichnen (Pudding-

ton 2013). Eine elektorale[2] Demokratie ist von offenen und wettbewerbsorientierten Wahlen zur Bestimmung der Regierung gekennzeichnet. Ein Wahlvorgang kann jedoch nicht viel über die Qualität einer Demokratie, etwa die Verwirklichung der liberalen Freiheits- und Menschenrechte, aussagen. Daher wird Dahls Polyarchie in dieser Arbeit als eine notwendige Voraussetzung für das anspruchsvollere Demokratiekonzept der substanziellen Demokratie definiert (vgl. Basedau 2003: 35).

Der von Dahl (1971: 5) vorgeschlagenen vertikalen Repräsentation durch Partizipation und politischen Wettbewerb „democracy as contestation open to participation", wird in einer substanziellen Demokratie die Dimensionen der horizontalen Gewaltenkontrolle, der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Anerkennung der Demokratie durch Eliten und Zivilgesellschaft hinzugefügt (vgl. Merkels Konzept der „Embedded Democracy" in Merkel 2010: 30-37). Die substanzielle Demokratie wird in dieser Arbeit als eine idealtypische maximal konsolidierte Demokratie definiert. Linz und Stepan (1996b) gehen davon aus, dass solch eine ideale Konsolidierung nur unter drei notwendigen Bedingungen stattfindet: Erstens müssen die Grundlagen von Staatlichkeit gegeben sein. Die Bevölkerung muss in genau definierten Staatsgrenzen leben und den Staat akzeptieren (ebd.: 14). Zweitens muss die demokratische Transition abgeschlossen sein. Dies ist dann der Fall, wenn die ersten freien und gleichen demokratischen Wahlen stattfinden, die mindestens den Minimalkriterien für demokratische Wahlen in Dahls Polyarchie (1971) entsprechen (Linz/Stepan 1996b: 15). Drittens müssen die Herrschenden die Spielregeln der Demokratie befolgen, also Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Menschen- und Grundrechte anerkennen (ebd.: 15). Damit folgen Linz und Stepan (1996b) einem maximalen Konsolidierungsbegriff, wie ihn schon Przeworski (1991) und Pridham (1995) aufgestellt haben. Für letztere ist eine Demokratie erst dann konsolidiert, wenn die demokratischen Spielregeln von den Eliten und der Zivilgesellschaft alternativlos anerkannt sind (Przeworski 1991: 26, Pridham 1995: 169). Somit nimmt diese Arbeit als Konsolidierungsziel Südafrikas eine substanzielle Demokratie an, die nur über maximale Konsolidierung erreicht wird (Merkel 2010: 112-113).

Wie bei Diamond (1997) wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass nur maximal konsolidierte Demokratien, in denen Eliten und die restliche Bevölkerung die demokratischen Spielregeln akzeptieren, auf längere Sich erfolgreich sein können und nicht Gefahr laufen, in defekte Demokratien (vgl. Merkel 2003: 239) oder autoritäre Regime zurückzufallen. Der Vorteil einer substanziellen Demokratie liegt somit in einer Widerstandsfähigkeit gegen in-

[2] Elektorale Demokratien beinhalten im Gegensatz zu liberalen Demokratien keine grundlegenden Bürgerrechte. Zu den 90 liberalen Demokratien im Freedom House Index gehört auch Südafrika (Puddington 2013: 27).

nenpolitische Krisen sowie externe Schocks, also beispielsweise Wirtschafts- und außenpolitischen Krisen. Da Konsolidierungsprozesse sehr lange dauern können, wird der Idealtypus der substanziellen Demokratie in der Realität nie vollständig erreicht. Dies sollte jedoch nicht davon abhalten, die substanzielle Demokratie als Ziel eines Konsolidierungsprozesses anzunehmen, da sie gegenüber minimalistisch-prozeduralen Demokratieformen Vorteile in Bezug auf die Stabilität sowie den politischen Input und Output besitzt (vgl. Diamond 1997, Linz/Stepan 1996a, 1996b, Merkel 2010: 112-113, Merkel 2003: 22, Merkel/Croissant 2000: 6-7, Pridham 1995, Przeworski 1991, Schmidt 2010). Daher stützt sich das in Kapitel drei beschriebene Modell auf die substanzielle Demokratie als Konsolidierungsziel.

Diese Arbeit folgt aufgrund der oben beschriebenen Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Transition und Konsolidierung der These von Schmitter und Karl (1992), dass die Transition direkt auf die Konsolidierung einer Demokratie wirken kann. Transition wird somit nicht mehr unabhängig von Konsolidierung betrachtet, da erst die Konsolidierung den eigentlichen Typ des neuen Regimes enthüllt (Merkel 2011: 40). Dennoch findet Konsolidierung unter anderen strukturellen Bedingungen als Transition statt. Konsolidierung unterliegt bereits den neuen demokratischen Spielregeln und bindet Akteure in ein komplexes Geflecht dieser Spielregeln ein. Somit unterscheiden sich die Akteurskonstellationen und Verfahren, sowie Verhaltensweisen, Ressourcen und Handlungsoptionen der Eliten und Bevölkerung in der Konsolidierung von denen, die in der Transition zur Verfügung stehen (Merkel et al. 2003: 22). Da die Konsolidierung von den Spielregeln abhängt, die in der Transitionsphase festgelegt werden, geht diese Arbeit davon aus, dass die Transition direkte Auswirkungen auf die Konsolidierung der Demokratie hat und keinen von der Transition unabhängigen Prozess darstellt. Daher werden im Analyseteil zunächst die Transition und dann die Konsolidierung Südafrikas untersucht.

2.3. Dekonsolidierung

Trotz der im vorherigen Kapitel erläuterten stabilisierenden Voraussetzungen kann auch eine substanzielle Demokratie in ein autokratisches Regime zurückfallen. Dazu müssten sich Dekonsolidierungsprozesse über längere Zeiträume auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen hinziehen (Merkel 2011: 31). Für die Verschlechterung der Qualität von Demokratie finden sich in der Literatur viele Begriffe. Cerny (1999: 1) spricht von „Erosion der Demokratie“, Diamond (2008a: 36) von einer „demokratischen Rezession“ und Merkel (2011: 39) von „Dekonsolidierung“. Dekonsolidierung beschreibt eine rückwärtsgewandte Konsolidierung.

Wenn Konsolidierung zu einer stabileren und funktionsfähigeren Demokratie führt, dann führt Dekonsolidierung zu einer instabilen und funktionsgestörten Demokratie, die schließlich in eine defekte Demokratie oder sogar in eine Autokratie zurückfallen kann (Merkel 2003, 2011). Merkel (2011) folgend wird daher die Verschlechterung der Demokratieperformanz als Dekonsolidierung bezeichnet. Dies ist nicht immer einfach zu messen, kann aber durch zahlreiche Indizes operationalisiert werden (vgl. Bertelsmann 2012a, Kaufmann et al. 2012). Diese werden in Kapitel 3.4. dieser Arbeit vorgestellt.

2.4. Forschungsstand

Trotz vieler Studien über einzelne Bereiche der südafrikanischen Transformation wurden die Transition, die Konsolidierung und die seit 2006 beobachtbare Dekonsolidierung Südafrikas bisher in keiner zusammenhängenden Studie untersucht. Weder Merkel noch Linz/Stepan haben Südafrika beispielsweise in ihren viel beachteten Länderstudien einbezogen (vgl. Linz/Stepan 1996a, Merkel et al. 2006, Merkel 2010). Diese Arbeit möchte zeigen, warum sich die Qualität der Demokratie in Südafrika verschlechtert. Neben den quantitativen Einschätzungen der Indizes wurden bereits zahlreiche Konsolidierungshemmnisse Südafrikas in Länderstudien untersucht (vgl. Bertelsmann 2012b, Distler/Weissenbach 2010, Rosenberg 2012, OECD 2013, IMF 2011). Meistens werden jedoch nur Konsolidierungshemmnisse aus bestimmten Bereichen analysiert. In den Länderstudien des IMF oder der OECD werden beispielsweise vor allem ökonomische Faktoren untersucht. Besonders die Ursachen der Verschlechterung der Demokratieperfomanz werden dabei meist nur unzureichend beleuchtet. Auch Distler/Weissenbach (2010), die ebenfalls eine weitreichende Analyse des südafrikanischen Konsolidierungsstandes vornehmen, gehen vor allem auf das Mehrebenen- Konsolidierungsmodell Merkels (2011: 30) ein und vernachlässigen die Ursachen der Dekonsolidierung.

Obwohl die Transformationsforschung alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte von Systemwandel und Systemwechsel einschließt, konzentriert sie sich bisher stark auf demokratische Konsolidierung (Merkel/Thiery 2010: 187). O'Donnell et al. (1986) unterteilen einen demokratischen Transformationsprozess in zwei Phasen. Die erste Phase bildet die Transition und die zweite Phase die Konsolidierung (O'Donnell et al. 1986). Diese Arbeit fügt diesem Phasenmodell die Dekonsolidierung als potenzielle dritte Phase eines Transformationsprozesses hinzu, denn nach einer erfolgreichen Transition und anfänglicher Konsolidierung kann sich ein politisches System jederzeit dekonsolidieren. Diese Arbeit zeigt anhand des Falles Südafrikas, dass eine rückwärtsgewandte Konsolidierung in der Transformationsforschung

nicht fehlen darf. Zusammenfassend leistet die Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Demokratie- und Konsolidierungsforschung, da Südafrikas Dekonsolidierung seit 2006 bisher noch nicht ausreichend untersucht wurde.

3. Modell und Methodik

In diesem Kapitel wird mithilfe einer Theoriesynthese der wichtigsten Transformationstheorien und einer Einbeziehung der wichtigsten Funktionsvoraussetzungen von Demokratien im südlichen Afrika die Grundlage für die Ursachenanalyse der Dekonsolidierung Südafrikas geschaffen. Mithilfe der Erkenntnisse der Theoriesynthese und den Funktionsbedingungen wird ein Modell entwickelt, das die Dekonsolidierung von Demokratien erklären kann. Dieses zunächst allgemeine (De-)Konsolidierungsmodell aus vier Konsolidierungsbereichen wird um acht Einflussfaktoren ergänzt, die das politische System Südafrikas prägen. Dieses Modell wird als Grundlage der Analyse der Dekonsolidierung Südafrikas verwendet. Abschließend wird das methodische Vorgehen erläutert, die Fallauswahl begründet und der Analysezeitraum dieser Arbeit vorgestellt.

3.1. Theoriesynthese

In diesem Kapitel werden die in der Literatur vorhandenen Transformationstheorien vorgestellt und zusammengeführt, um die Grundlage für die Analyse der Dekonsolidierung Südafrikas zu legen. Dabei werden die Schwächen der einzelnen Theorien deutlich gemacht und es wird gezeigt, warum eine Theoriesynthese für die Analyse der südafrikanischen Demokratie vorteilhaft ist.

Laut Freedom House (Puddington 2013: 28) lassen sich 118 der 195 Staaten der Erde als elektorale Demokratien bezeichnen. Für die Erklärung des Siegeszuges der Demokratie (Merkel et al. 2003: 11) und deren Subtypen finden sich verschiedene theoretische Erklärungsansätze. System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien lassen aus verschiedenen Perspektiven einen Blick auf die Transition oder Konsolidierung eines politischen Systems zu, die im Folgenden vorgestellt werden. Innerhalb der Systemtheorien liefern die Modernisierungstheorien einen sozio-ökonomischen Erklärungsansatz für die Entstehung von Demokratien. Die traditionelle Modernisierungstheorie, begründet durch Lipsets Postulat (1959), dass bei größerem ökonomischen Wohlstand die Entstehungschancen einer Demokratie steigen, wurde in zahlreichen empirischen Studien belegt (vgl. Neubauer 1967, Dahl 1971, Lipset 1994). Ökonomischer Wohlstand führt demnach zu einem höheren Bildungsniveau, das die

Partizipation an demokratischen Prozessen und die Toleranz der Eliten und der restlichen Bevölkerung für die Spielregeln der Demokratie erhöht, sowie ökonomische Ungleichheiten in der Gesellschaft beseitigen kann (vgl. Tocqueville 1985. Lipset 1981, 1994). Neuere Modernisierungstheorien gehen davon aus, dass sozio-ökonomische Modernisierung nicht unbedingt eine Demokratie hervorbringt, aber dass sich Demokratien ab einem bestimmten ökonomischen Entwicklungsniveau konsolidieren und nicht mehr in Autokratien zurückfallen (Przeworski et al. 1996, 2000, Merkel/Thiery 2010: 191). Die Modernisierungstheorie kann demnach Erklärungsansätze liefern, warum es für viele afrikanische Staaten mit ihrem geringen BIP per capita schwierig ist, stabile Demokratien zu entwickeln (Bratton/van de Walle 1997: 21). Sowohl traditionelle als auch neuere Modernisierungstheorien können jedoch nicht erklären, warum es auch in wenig entwickelten Staaten zu Demokratisierung kommt und ab welchem Wohlstandsniveau sich Staaten demokratisieren.[3] Des Weiteren erklären sie nicht Zusammenbrüche entwickelter Staaten wie Deutschland oder Österreich Anfang des 20. Jahrhunderts (Merkel/Thiery 2010: 192).

Während sich Modernisierungstheorien vor allem auf die Mittelschicht eines Staates als Träger des Modernisierungsprozesses konzentrieren, betrachten Strukturtheorien auch weitere gesellschaftliche Schichten sowie Machtbeziehungen zwischen sozialen Klassen (ebd.: 194). Diese Beschreibung von Macht- und Klassenverhältnissen wird zudem in einen historischen Institutionalismus eingebettet, der auch pfadabhängige Entwicklungen untersucht (ebd.: 194). Strukturelle Theorien nehmen an, dass die Chancen für Regimewechsel in der sozialen Architektur einer Gesellschaft angelegt sind (Bratton/van de Walle 1997: 20). Aus dieser Perspektive ist die Demokratie eine politische Funktion der sozialen Verhältnisse der modernen Industriegesellschaft (ebd.: 20). Demnach können die Strukturtheorien den Bezug zwischen kapitalistischer Industrialisierung und dem damit verbundenen sozialen Wandel und Demokratisierung herstellen (ebd.: 21). Strukturtheorien unterschätzen jedoch oft die Komplexität der Interessenlagen der sozialen Klassen, vernachlässigen das strategische Handeln von Eliten und die kulturelle Einbettung der Klassen- und Machtbeziehungen (Merkel/Thiery 2010: 194).

Kulturtheorien greifen die religiösen und kulturellen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche demokratische Transition und Konsolidierung auf. Eine absolute Trennung von Staat und Religion ist keine unbedingte Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie, doch je stärker sich Religionsvertreter als Richter über demokratische Entscheidungen und Institutionen behaupten, desto stärker hindern sie eine funktionierende Demokratie (Mer-

[3] Der Bereich liegt zwischen 1.000 und 6.000 US$ Einkommen per capita (Przeworski 1996: 41).

kel/Thiery 2010: 195). Religionen beeinflussen aber auch die Werte und Kooperation in einer Gesellschaft und fördern gemeinwohlorientiertes Handeln. Demokratien und ihre Institutionen sind auf solch ein Engagement, die Organisation und Partizipation der Zivilgesellschaft, angewiesen. Über einen längeren Zeitraum erlernte Fähigkeiten wie Organisation, Kooperation und Vertrauen bilden das soziale Kapital einer Gesellschaft (Putnam 1993: 181), das gerade in jungen Demokratien die noch oft instabilen Institutionen mit demokratiefreundlichen Verhaltensweisen stabilisieren kann (Merkel/Thiery 2010: 196). Die Rolle von Religion in Bezug auf ihren Einfluss auf kulturelle Rahmenbedingungen für stabile Demokratien ist also als ambivalent zu beurteilen.

Sozialkapital in Form von erlernten Verhaltensmustern und Werten wirkt direkt auf die Entscheidungen und Handlungen von Akteuren. Akteurstheorien konzentrieren sich dabei auf die Kontingenz des Handelns der politischen Akteure auf der Mikroebene. Die Entscheidung für oder gegen die Demokratie ist das Ergebnis der subjektiven Strategien, Einschätzungen und Handlungen aller beteiligten Akteure (ebd.: 196). Die Transitionsverhandlungen sind dabei vor allem elitengesteuert und werden oft durch informelle Pakte abgeschlossen, die sich jeglicher demokratischer Kontrolle entziehen, dafür aber konfliktlösend und konsolidierungsfördernd wirken können (O'Donnell et al. 1986: 38). Dem Rational Choice Ansatz der Akteurstheorien folgend können durch spieltheoretische Modelle rationale Kalküle, Kooperation und Konflikte während der Demokratisierung herausgearbeitet werden (Przeworski et al. 1996). Rational Choice Ansätze geraten aber an ihre Grenzen, wenn Akteure Strukturen und Normen von Institutionen unterliegen, die sie zu nicht-rationalem Handeln veranlassen.

Vergleicht man den jeweiligen Fokus und die Erklärungskraft der system-, struktur-, kultur-, und akteurszentrierten Transformationstheorien miteinander, so wird deutlich, dass eine fruchtbare Analyse von Transitions- und Konsolidierungsprozessen nur durch eine Kombination aller Theorien gewährleistet sein kann. Es wäre unvollständig, die rationalen Entscheidungen der Akteure zu bewerten, ohne eine Analyse der Strukturen und Institutionen, in die sie eingebettet sind, vorzunehmen. Das durch kulturell-religiöse Einflüsse aufgebaute Sozialkapital, oder das ökonomisches Entwicklungsniveau eines Landes sind zudem Voraussetzungen für die Entscheidungsfindungen aller zentralen Akteure im Transformationsprozess und dürfen bei einer Analyse des Konsolidierungstandes einer Demokratie nicht fehlen. Aus diesen Gründen wird in das Modell dieser Arbeit die sozio-ökonomische Dimension der Modernisierungstheorien integriert. Der historische Institutionalismus der Strukturtheorien wird durch die Betrachtung von Pfadabhängigkeiten sichtbar. Die kulturelle Dimension wird durch das Sozialkapital im Modell vertreten und die Akteurstheorien werden in dem Bereich der

Institutionen und Akteure aufgegriffen. Solch eine Theoriesynthese bietet das Potenzial einer möglichst hohen Erklärungskraft. Auch in neueren Studien der Transformationsforschung hat sich eine Theoriesynthese von System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien bewährt (Merkel 2010, Schmidt 2010: 431).

Auf solch einer Theoriesynthese basiert auch das „Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung“ (Merkel 2011: 30). Dieses hat sich bei der Analyse des Konsolidierungstands eines Regimes bewährt (Merkel et al. 2006, Merkel 2010). Merkel analysiert den Konsolidierungstand einer Demokratie anhand der folgenden vier Ebenen (Merkel 2011: 30): Auf der ersten Ebene, der „konstitutionellen Konsolidierung“ geht Merkel davon aus, dass Konsolidierung mit dem Erlass einer demokratischen Verfassung und dem Schaffen demokratischer Institutionen beginnt. In einem zweiten Schritt entstehen in der „repräsentativen Konsolidierung“ demokratische Parteien und Interessenverbände. Auf der dritten Ebene konsolidiert sich nach Merkel dann das Verhalten der mächtigen informellen politischen Akteure. In einem letzten Schritt, der auch am längsten dauert, konsolidiert sich die Staatsbürgerkultur, also die breite Gesellschaft (Merkel 2011: 31). Da das Handeln von politischen Akteuren auf der repräsentativen Mesoebene, die konstitutionelle Makroebene, also die politischen Institutionen, beeinflusst, lassen sich in dieser Arbeit die konstitutionelle und repräsentative Konsolidierungsebene gut im Bereich der „Institutionen und Akteure“ abdecken. Die dritte Ebene der Verhaltenskonsolidierung der Eliten wird in dieser Arbeit ebenfalls im Bereich der „Institutionen und Akteure“ abgedeckt, da in diesem Bereich vor allem die machthabenden Akteure analysiert werden. Im Gegensatz dazu lässt sich die vierte Ebene der Konsolidierung der Bürgergesellschaft eher in den Bereichen „sozio-ökonomische Faktoren“ und „Sozialkapital“ dieser Arbeit abdecken, da hier der Fokus auf den Voraussetzungen für eine nachhaltige demokratische Verhaltenskonsolidierung der Gesellschaft liegt. So kann sich eine Gesellschaft nur bei ausreichendem Sozialkapital und ab einem gewissen sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau demokratisch konsolidieren.

Merkel integriert als externen Einflussfaktor internationale und regionale Vernetzung in sein Mehrebenen-Konsolidierungsmodell (Merkel 2011: 30). Diese Arbeit wird daher den Einflussfaktor „Außenpolitik“ als internationalen Konsolidierungsfaktor aufgreifen, der die wichtigsten Interessen und internationalen Einflussmöglichkeiten eines Landes aufzeigen kann. Die Ausführungen zeigen, dass neben den Erkenntnissen der Theoriesynthese auch Merkels Konsolidierungsmodell sinnvoll in vier Konsolidierungsbereichen dargestellt werden kann.

3.2. Funktionsvoraussetzungen der Demokratie

In diesem Abschnitt werden allgemeine Funktionsvoraussetzungen für eine Demokratie betrachtet (Schmidt 2010: 426-427), wobei der Fokus zum einen auf substanziellen Demokratien (Schmidt 2010: 484-485) und zum anderen auf subsaharischen Ländern liegt (Basedau 2003: 442). Die vorgestellten Funktionserfordernisse der Demokratie werden in Bezug zu den im vorherigen Kapitel beschriebenen Erkenntnissen der Theoriesynthese gesetzt. Ziel dieses Kapitels ist es, auf die vier Konsolidierungsbereiche des Analysemodells für die südafrikanische Demokratie hinzuführen.

Schmidt (2010: 426-427) identifiziert zehn Funktionserfordernisse für eine Demokratie, die er aus sozio-ökonomischen, rechtlichen, internationalen und kulturellen Voraussetzungen für Demokratien ableitet. Erstens sollte die staatliche Exekutivgewalt auf verschiedene politische Institutionen aufgeteilt sein und durch zivile Kontrolle polizeilicher und militärischer Gewalten eingeschränkt sein. Zweitens sollte es eine breite Streuung von Machtressourcen in der Gesellschaft im Sinne von Vanhanen (2003) geben. Drittens benötigt eine Demokratie eine politische Kultur, in der ein hoher Anteil der Bevölkerung von Selbstentfaltungswerten geprägt ist, was Inglehard/Welzel (2005: 300) zufolge rund 45 Prozent der Bevölkerung sein sollten. Viertens sollte in der Gesellschaft die Wertschätzung individueller Autonomie und Freiheit verankert sein, wie es vor allem in Ländern der Fall ist, die kulturell vom jüdisch-christlichen Erbe, von der Trennung von Staat und Kirche und von einem hohen Säkularisierungsgrad geprägt sind. Fünftens sollte es im politischen System keine größere Anti-System-Partei oder mehrere nennenswerte demokratiefeindliche Parteien geben. Sechstens ist es vorteilhaft, wenn die Staatsgewalt in einer Demokratie durch stabil verwurzelte liberal-konstitutionelle Traditionen gezügelt wird. Siebtens ist eine ethnisch relativ homogene Bevölkerung der Demokratie zuträglich. Im Falle ethnischer Heterogenität sollte die friedliche, typischerweise konkordanz-demokratische Regelung von Konflikten zwischen den Ethnien die Regel sein. Achtens begünstigen völkerrechtliche Unabhängigkeit, beziehungsweise legitimierte Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf supranationale Organisationen, unstrittige Grenzen sowie ein internationales Umfeld, in dem demokratische Nachbarn anstelle von Autokratien vorherrschen, die Demokratie. Neuntens sollten Barrieren gegen Einparteiendominanz im Parlament und in der Regierung vorhanden sein. Zehntens sollten regelmäßige Regierungswechsel erfolgen, sodass die Verlierer von Wahlen auf die Chancen eines Machtwechsels zählen können.

Diese zehn allgemeinen Funktionsvoraussetzungen werden in Bezug zur vorangegangenen Theoriesynthese gesetzt, um ein für Südafrika angepassten Modell begründen zu kön-

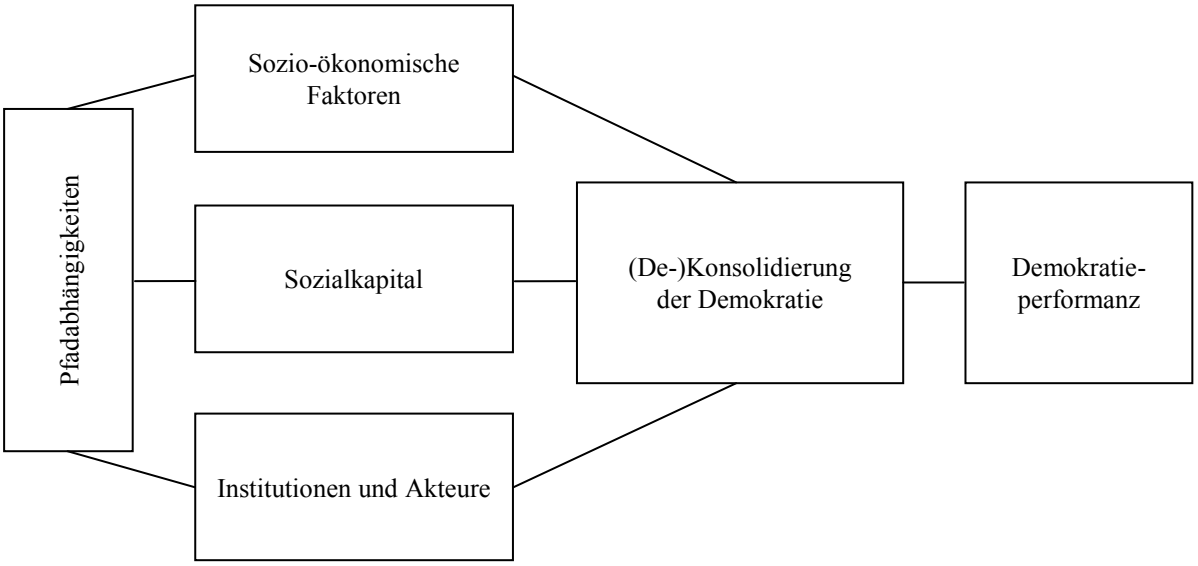
nen. Hierbei sind vor allem Punkte 1-4, 7, 9 und 10 für das Modell interessant. Die Punkte 5, 6 und 8 werden von Südafrika erfüllt und sind daher für die Analyse der Dekonsolidierung nicht relevant. Die Punkte 2 und 7 lassen sich sozio-ökonomischen Faktoren zuordnen. Die Punkte 3 und 4 lassen sich in den Bereich Sozialkapital integrieren. Die Punkte 1, 9 und 10 lassen sich innerhalb des Bereichs Institutionen und Akteure analysieren. Hierüber hinaus erwähnt Schmidt (2010: 484-485) sechs Punkte, die neben den minimalen Anforderungen für eine elektorale Demokratie für eine maximal-konsolidierte substanzielle Demokratie unerlässlich sind. Damit sich eine Demokratie maximal konsolidieren kann, sollte erstens eine schon jahrzehntelange stabile Ordnung mit mindestens zwei erfolgreichen Machtwechseln vorhanden sein. Dieser Punkt wird in dieser Arbeit im Bereich Pfadabhängigkeiten berücksichtigt. Zweitens muss eine Gesellschaft eine demokratieförderliche politische Kultur (Inglehart/Welzel 2005) besitzen, was im Kapitel Sozialkapital analysiert wird. Drittens sollte es im Parteiensystem keine nennenswerte Anti-System Parteien geben. Dies wird im Kapitel Institutionen und Akteure abgedeckt. Viertens sollte Rechtsstaatlichkeit fest institutionalisiert sein. Dies kann man anhand des Civil Liberties Werts von Freedom House messen. Dies wird im Kapitel 4.2.3. besprochen. Fünftens ist es für eine substanzielle Demokratie vorteilhaft, wenn sie einen relativ hohen ökonomischen Wohlstand besitzt, der für sozialen Ausgleich sorgen kann. Dies wird entsprechend im sozio-ökonomischen Teil dieser Arbeit erläutert. Sechstens sollte die Regierung eine vorzeigbare Leistungsbilanz der politischen Steuerung vorzeigen können, um Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten. Dieser Punkt wird durch die Analyse des ANC in Kapitel 4.2.3. genauer erörtert.

Um die regionalen Begebenheiten Südafrikas ausreichend betrachten zu können, werden fünf zusätzliche Funktionsvoraussetzungen für Demokratien im südlichen Afrika in das Modell integriert (Basedau 2003: 442). Auch Basedau (2003) bezeichnet erstens eine ausreichend vorhandene pro-demokratische Kultur in der Bevölkerung als wichtige Funktionsvoraussetzung für Demokratien. Zweitens ist ein Mindestmaß an demokratischer Integrität der Eliten erforderlich, um die Demokratie zu stabilisieren. Diese beiden Funktionsvoraussetzungen werden im Bereich Sozialkapital und Institutionen und Akteure analysiert. Drittens muss für eine stabile Demokratie auch eine gewisse gesellschaftlicher Friedfertigkeit erfüllt sein, was im Kapitel der sozio-ökonomischen Einflussfaktoren erläutert wird. Viertens muss eine ausreichende Staatlichkeit gewährleistet sein, was besonders in Afrika durch gescheiterte Staaten wie Somalia an Bedeutung gewinnt. Fünftens sollte es keine externe demokratiefeind-

liche Penetration auf die Demokratie geben. Die letzten beiden Punkte sind für Südafrika erfüllt und werden deshalb in dieser Arbeit nicht weiter diskutiert.[4]

Die im vorherigen Abschnitt betrachteten allgemeinen Funktionserfordernisse von Demokratie von Schmidt (2010: 426-427, 484) und die spezifischen afrikanischen Funktionserfordernisse von Basedau (2003: 442), sowie die Ergebnisse der Theoriesynthese lassen sich für Südafrika zusammenfassend anhand von vier Konsolidierungsbereichen repräsentieren. 1. Sozio-ökonomischen Faktoren, 2. Sozialkapital, 3. Institutionen und Akteure und 4. Pfadabhängigkeiten (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Allgemeines (De-)Konsolidierungsmodell



Quelle: Eigene Darstellung.

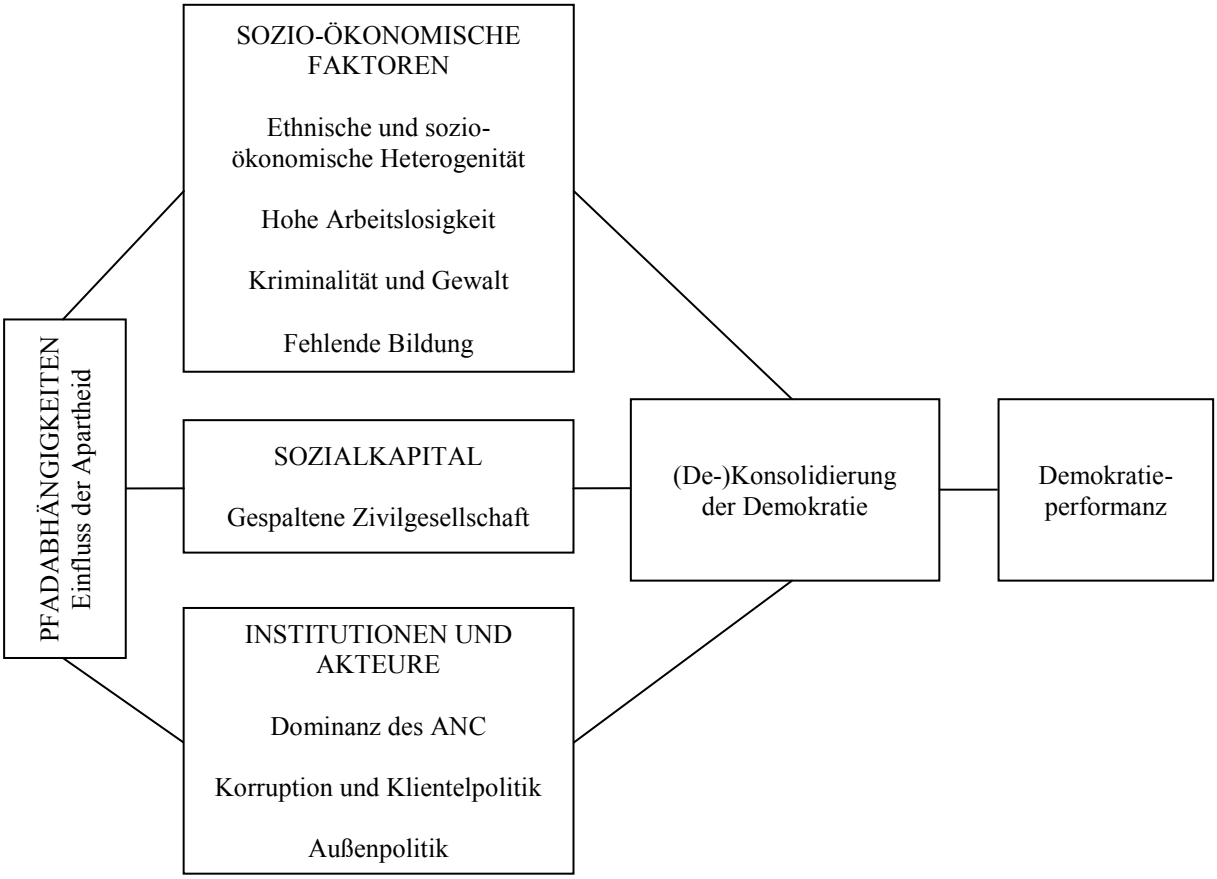
Zusammenfassend wird davon ausgegangen, dass diese vier Bereiche für das Erreichen einer stabilen und funktionsfähigen Demokratie verantwortlich sind, da sie positiv auf demokratische Konsolidierung wirken. Umgekehrt kann davon ausgegangen werden, dass ihre Nichterfüllung die Dekonsolidierung der Demokratie erleichtert. Die genaue Beschreibung und Bedeutung dieser Bereiche für Südafrika wird im folgenden Kapitel erläutert.

[4] Das Mindestmaß an Staatlichkeit ist etwa im Bertelsmann Transformation Index (BTI) anhand des Indikators Stateness (Staatlichkeit) abzulesen: Südafrika erreicht hier 8,3 von 10 möglichen Punkten (Bertelsmann 2012a). Externe demokratiefeindliche Penetration ist nicht zu beobachten, da sich Südafrika im regionalen Verband der Southern African Development Community (SADC) für die Demokratisierung und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Region einsetzt.

3.3. Modell

In diesem Abschnitt wird das Modell vorgestellt, mit dem in dieser Arbeit der Konsolidierungsstand Südafrikas analysiert wird. Hierzu werden die Konsolidierungsbereiche aus dem allgemeinen (De-)Konsolidierungsmodell vorgestellt, die im vorherigen Kapitel hergeleitet wurden, und auf Südafrika bezogen. Den vier Bereichen werden insgesamt acht Einflussfaktoren zugeordnet, die die Dekonsolidierung Südafrikas erklären können (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Modell mit acht Dekonsolidierungsfaktoren für Südafrika



Quelle: Eigene Darstellung.

Sozio-ökonomische Faktoren

Den ersten Bereich des Modells bilden sozio-ökonomische Einflussfaktoren. Modernisierungstheorien bedienen sich sozio-ökonomischer Faktoren, indem sie davon ausgehen, dass die Wahrscheinlichkeit der Demokratisierung steigt, wenn das BIP per capita steigt. Neuere Studien wie Przeworski et al. (2000) und Gassebner et al. (2013) zweifeln diesen Zusammenhang an. Sie zeigen, dass einerseits ein hohes ökonomisches Entwicklungsniveau nicht unbe-

dingt zu einer vollständigen Demokratisierung führt, dass es andererseits aber die Konsolidierung einer Demokratie unterstützt. Beide Studien halten fest, dass es ab einem bestimmten sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau sehr unwahrscheinlich ist, dass sich Demokratien in Autokratien zurück transformieren (Przeworski et al. 2000, Gassebner et al. 2013). Ökonomische Entwicklung ist daher untrennbar mit dem sozialen und politischen Entwicklungsniveau eines Landes verknüpft. Ökonomischer Wohlstand kann zu einem höheren Bildungsniveau führen, das die Partizipation an demokratischen Prozessen und die Toleranz der Eliten und der restlichen Bevölkerung für die Spielregeln der Demokratie erhöht (vgl. Tocqueville 1985; Lipset 1981, 1994). Ein aus diesen Verhaltensweisen entstandener demokratischer Staat kann wiederum sozio-ökonomische Ungleichheiten in der Gesellschaft durch Umverteilung von Ressourcen beseitigen. Die sozio-ökonomische Dimension greift somit wichtige Implikationen von materiellen und sozialen Differenzen für die Demokratie auf. Dementsprechend ist der erste Einflussfaktor die „ethnische und sozio-ökonomische Heterogenität" Südafrikas (vgl. Glickmann 1995, Leibbrandt et al. 2010). In Studien zu Heterogenität wird ethnischen und sozio-ökonomischen Ungleichheiten ein großer Einfluss auf die Dekonsolidierung eines Landes zugesprochen (vgl. Acemoglu/Robinson 2006, Basedau 2003, Weiffen/Merkel 2012: 411). Wohlstand, Wirtschaftswachstum mit moderater Inflation, nachlassende Ungleichheit und schließlich ein förderliches internationales Umfeld tragen hingegen zu einer maximalen Konsolidierung bei (Przeworski et al. 1996: 39). Neuere Studien von Przeworski et al. (2000) und Gassebner et al. (2013) zeigen, dass die Höhe des BIP per capita nicht die Transition eines Landes zur Demokratie fördert, sondern die Konsolidierung der Demokratie. Somit bestätigen sie die These, dass der zweite Einflussfaktor, nämlich Südafrikas „hohe Arbeitslosigkeit" (IMF 2013), einen Dekonsolidierungsfaktor darstellt, da sie das BIP per capita senkt. Da eine hohe Arbeitslosigkeit und andere sozio-ökonomische Faktoren Kriminalität und Gewalt bedingen können (Russel 2010: 113-115), werden sie diesem Bereich angegliedert. Vor allem aber wird der dritte Einflussfaktor „Kriminalität und Gewalt" verwendet, da Südafrika, gemessen an der Einwohnerzahl, eine sehr hohe Gewaltkriminalitätsrate aufweist (Distler 2010: 121). Als letzter Einflussfaktor wird dem sozio-ökonomischen Bereich die „fehlende Bildung" Südafrikas (Spaull 2012) zugeordnet. Bildung ist ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen und nachhaltigen Konsolidierung, da sie demokratische Verhaltensweisen innerhalb der Zivilgesellschaft fördern kann (Moore 1995, Roth 2009).

Sozialkapital

Den zweiten Bereich des Modells bildet Sozialkapital, was allgemein als signifikanter Faktor in der Transitions- und Konsolidierungsforschung anerkannt ist (vgl. Almond/Verba 1963, 1980, Linz 1996a, 1996b, Lipset 1981, Merkel 2010, Putnam 1993). Trotz mancher konzeptueller Ungenauigkeit ist sich die Forschung einig, dass Sozialkapital Netzwerke, Werte und Vertrauen und Partizipation in einer Gesellschaft beinhaltet (Osterberg-Kaufmann 2012: 144). Dabei wird in der neueren Forschung zwischen Bridging und Bonding Sozialkapital unterschieden (Putnam 2000). Das so genannte Bonding Sozialkapital ist geprägt von Misstrauen gegenüber Fremden und fördert klientelistisch-familiäre Privatinteressen. Bridging Sozialkapital ist geprägt von Vertrauen, auch gegenüber Fremden, und fördert Werte der allgemeinen Gegenseitigkeit (Osterberg-Kaufmann 2012: 142-146). Für das Konsolidierungsziel der substanziellen Demokratie ist die Bridging Form des Sozialkapitals eine wichtige Bedingung, weil es ausreichendes Vertrauen in demokratische Institutionen schaffen kann. Solch ein Sozialkapital kann die nötige Legitimität einer Demokratie in der Bevölkerung durch demokratiefreundliche Verhaltensmuster wie Vertrauen, Kooperation und Partizipation erhöhen (Putnam 1993, 2000). Das Bonding Sozialkapital fördert hingegen korrupte Netzwerke und schwächt damit eine substanzielle Demokratie.

Die in prozeduralen Demokratieformen postulierten rationalen Kosten-Nutzen Kalküle seitens der Wähler und Eliten können die Demokratie nicht ausreichend gegen externe Schocks oder demokratiefeindliche Strömungen sichern (Schmidt 2010: 421). Sind demokratische Institutionen ausreichend mit demokratiefreundlichen Verhaltensweisen unterfüttert, spricht man von einer starken Zivilgesellschaft, ohne die eine Demokratie schnell wieder in eine Autokratie zurückfallen kann (Merkel 2010, Schmidt 2010). Damit sich eine Demokratie maximal konsolidieren kann, muss daher ein ausreichendes Maß an gemeinwohldienlichen Werten in der Bevölkerung vorhanden sein, welche durch Sozialkapital geschaffen werden können. Die Ursprünge von Sozialkapital können in historisch gewachsenen und kulturell-spezifischen Traditionen, Werten und Umgangsformen gefunden werden (Osterberg-Kaufmann 2012: 146). Dies zeigt die Verbundenheit des Bereichs Sozialkapital mit Pfadabhängigkeiten und unterstreicht deren angenommenen Einfluss auf das Sozialkapital in Südafrika.

Wie Putnam (1993: 86) geht diese Arbeit daher davon aus, dass der Erfolg einer Demokratie vom Charakter der Bürger und ihrer demokratiefreundlichen Gesinnung abhängt. Bildung kommt eine zentrale Rolle bei der Entwicklung von Sozialkapital in Südafrika zu, da sie Verhaltensweisen formt und Vertrauen und Kooperation fördern kann (Roth 2009,

Thapliyal 2013). Für das Konsolidierungsziel Südafrikas heißt das, dass Bürger ausreichend gebildet sein müssen, um die Beteiligungsprozesse einer substanziellen Demokratie verstehen und wahrnehmen zu können. Bildung lässt sich also nicht nur der sozio-ökonomischen Dimension, sondern auch dem Sozialkapital zuordnen, da sie die Voraussetzungen für genügend demokratieförderliche Verhaltensweisen legen kann. In diesem Zusammenhang wird untersucht, ob die häufig proklamierte „starke Zivilgesellschaft" in Südafrika (Schmidt 2006: 167) in der Realität vorhanden ist, oder ob vielmehr von einer durch Ethnienzugehörigkeit „gespaltene[n] Zivilgesellschaft" (Lefko-Everett et al. 2011: 7) als fünftem Einflussfaktor gesprochen werden kann.

Institutionen und Akteure

Den dritten Bereich des Analysemodells bilden Institutionen und Akteure, die ebenfalls wichtige Bestandteile der Konsolidierungsforschung sind (Basedau 2003, Merkel 2010). Sie zeigen, wie das Zusammenspiel auf institutioneller Makroebene und akteurszentrierter Mesoebene funktioniert und liefern Erkenntnisse über reflexive Beziehungen zwischen Institutionen und Akteuren, sowie deren In- und Outputs. In Basedaus (2003) umfangreicher Studie zu den Erfolgsbedingungen für Demokratien im subsaharischen Afrika erweist sich Akteursverhalten, eingebettet in seine historischen Voraussetzungen, als besonders signifikant, um Konsolidierungserfolge zu erklären. Auch Merkel (2010) bezeichnet die akteurstheoretischen und struktur-institutionellen Ansätze der Transformationsforschung als äußerst leistungsfähig. Institutionen werden dabei als formelle oder informelle Prozesse, Routinen, Normen oder Konventionen verstanden, die in die Organisationstruktur eines politischen Systems eingebettet sind (Hall/Taylor 1996: 6). Institutionen werden grundsätzlich von Akteuren mit Leben gefüllt. Rational agierende Akteure können Institutionen dementsprechend für ihre Zwecke gebrauchen. Die institutionelle Struktur bestimmt aber auch das Verhalten der Akteure. Sie können in ihrem Handeln sowohl von den Entscheidungsregeln der Institutionen, als auch von ihren soziokulturellen Entscheidungsstilen beeinflusst werden (Hall/Taylor 1996: 23-24). Hier wird deutlich, dass Pfadabhängigkeiten die Organisationsstrukturen und das Akteursverhalten prägen können. Dies ist in Südafrika besonders interessant, weil die stabilen demokratischen Institutionen zunehmend durch die Dominanz und die korrupten klientelistischen Netzwerke des ANC betroffen sind (Bertelsmann 2012b: 30, Schmidt S. 2010: 35). Daher wird der sechste und der siebte Einflussfaktor vorgestellt, nämlich die „Dominanz des ANC" und „Korruption und Klientelpolitik". In dem Zusammenspiel des ANC und der politischen Institutionen wird deutlich, dass die Kombination von Akteurs- und Strukturtheorien

vielversprechend ist, da sie institutionelle Outputs mit dem Handeln der relevanten Akteure erklären kann. Da die Outputs von Akteurshandeln und Institutionen auch die Außenpolitik eines Landes bestimmen, wird die „Außenpolitik“ Südafrikas den Institutionen und Akteuren zugeordnet und als achter Einflussfaktor untersucht.

Pfadabhängigkeiten

Pfadabhängigkeiten sind die Annahme, dass historische Ereignisse oder Besonderheiten die Ergebnisse von Prozessen beeinflussen können (Osterberg-Kaufmann 2011: 130). Der Bereich der Pfadabhängigkeiten kann bei einer Länderstudie wertvolles Erklärungspotenzial anbieten. Da diese Arbeit die Ursachen der Dekonsolidierungsfaktoren Südafrikas mithilfe einer Prozessanalayse erklären möchte, ist eine Berücksichtigung der historischen Wendepunkte, der sogenannten Critical Junctures (Osterberg-Kaufmann: 2012: 130) in der Geschichte Südafrikas unerlässlich. Diese Arbeit vertritt die These, dass Pfadabhängigkeiten als Meta-Einflussfaktor auf die anderen drei Bereiche des Analysemodells wirken, und daher eine zentrale Rolle bei der Erklärung der Ursachen für die Dekonsolidierung einnehmen (vgl. Tabelle 1). Pfadabhängigkeiten können zudem auf die in vielen Transformationstheorien geforderte Maxime der Einzelfallanpassung eingehen (vgl. Merkel 2010). Dies wird in dieser Arbeit dadurch erreicht, dass die Dekonsolidierungsfaktoren in die historischen Entwicklungspfade Südafrikas eingebettet werden und dadurch die individuellen Besonderheiten von Südafrikas Transformation erklären können. Die wichtigste Pfadabhängigkeit für Südafrika ist der „Einfluss der Apartheid“ (vgl. De Jager 2012, Distler/Weissenbach 2010, National Planning Commission 2012), der sich in allen Herausforderungen des Landes widerspiegelt und somit als Meta-Einflussfaktor auf alle anderen acht Faktoren hinzugezogen wird.

Zusammenfassend wird deutlich, dass das Modell dieser Arbeit gut geeignet ist, um die Dekonsolidierung Südafrikas zu erklären, da es alle wichtigen Transformationstheorien (Kapitel 3.1.), sowie die Funktionsvoraussetzungen für Demokratie (Kapitel 3.2.) integriert. Das so hergeleitete Modell stellt zusammenfassend ein effizientes Instrument dar, um sowohl theoretisch möglichst breit sowie prozessual möglichst tief die Ursachen für Südafrikas Dekonsolidierung erklären zu können.

3.4. Methodik

Diese Arbeit stellt eine Fallstudie dar, die einerseits erklären möchte, warum sich gerade die einst vielversprechende Demokratie Südafrika dekonsolidiert. Andererseits möchte die Arbeit auch möglichst genaue Erkenntnisse über die Dekonsolidierungsfaktoren und deren Ursachen gewinnen. Um beide Ansprüche zu erfüllen, folgt diese Arbeit einer Deviant Case Study, also einer abweichenden Fallstudie (Gerring 2007: 105-108). Ein abweichender Fall stellt einen Fall dar, der von begründeten statistischen Erwartungen abweicht und daher typischerweise nicht mehr durch multivariate Large-N Vergleiche erklärt werden kann (Gerring 2007: 105-106). Nach dieser Definition wird Südafrika als abweichender Fall gewählt, da es sich trotz guter Demokratievoraussetzungen dekonsolidiert. Tabelle 1 zeigt, dass nach Studien von Bertelsmann, Freedom House und Polity IV Südafrika als gut institutionalisierte Demokratie gilt und sich eigentlich weiter hätte konsolidieren sollen.

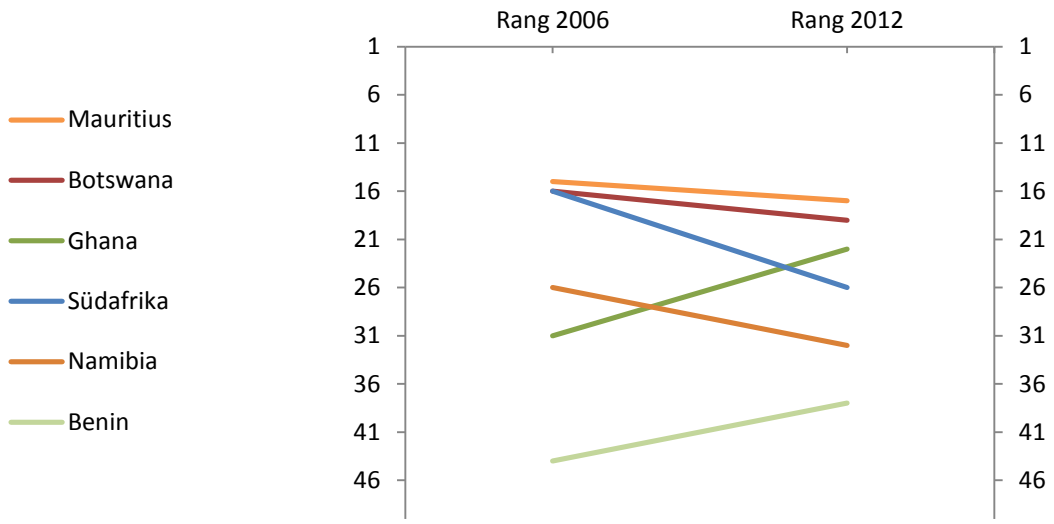
Tabelle 1: Demokratisierungsstand Südafrika

Index	Indikator	Wert	Wertebereich	Demokratiestatus
Bertelsmann Transformation Index (BTI)	Democracy Status	7,8 (Bester Wert 10)	0 (Autokratie) bis 10 (maximal konsolidierte Demokratie)	(Defekte) Demokratie
Freedom House	Political Rights & Civil Liberties	Beide 2 (Bester Wert 1)	1 (most free) bis 10 (least free)	Liberale Demokratie
Polity IV	Polity Score	9 (Bester Wert 10)	-10 (autocrcacy) bis 10 (full democracy)	Elektorale Demokratie

Quelle: Bertelsmann 2012a, Puddington 2013: 16, Marshall/Jaggers 2010, eigene Darstellung.

In Tabelle 1 fällt auf, dass Südafrika bei Bertelsmann als defekte Demokratie bezeichnet wird. Dies steht in Kontrast zu den Demokratiebezeichnungen nach Freedom House und Polity IV. Die etwas kritischere Bewertung bei Bertelsmann liegt an den höheren normativen Anforderungen des Bertelsmann Transformation Indexes (Bertelsmann 2012a). Südafrika erreicht jedoch immer noch 7,8 von 10 möglichen Demokratiestatuspunkten. Gerade aufgrund der erfolgreichen Transition zur Demokratie, sowie einem fest verankerten Rechtsstaat und stabilen demokratischen Institutionen, zählt das Land somit zu den sechs stabilsten Demokratien Afrikas (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Platzierung der sechs stabilsten Demokratien Afrikas im BTI 2006 und 2012

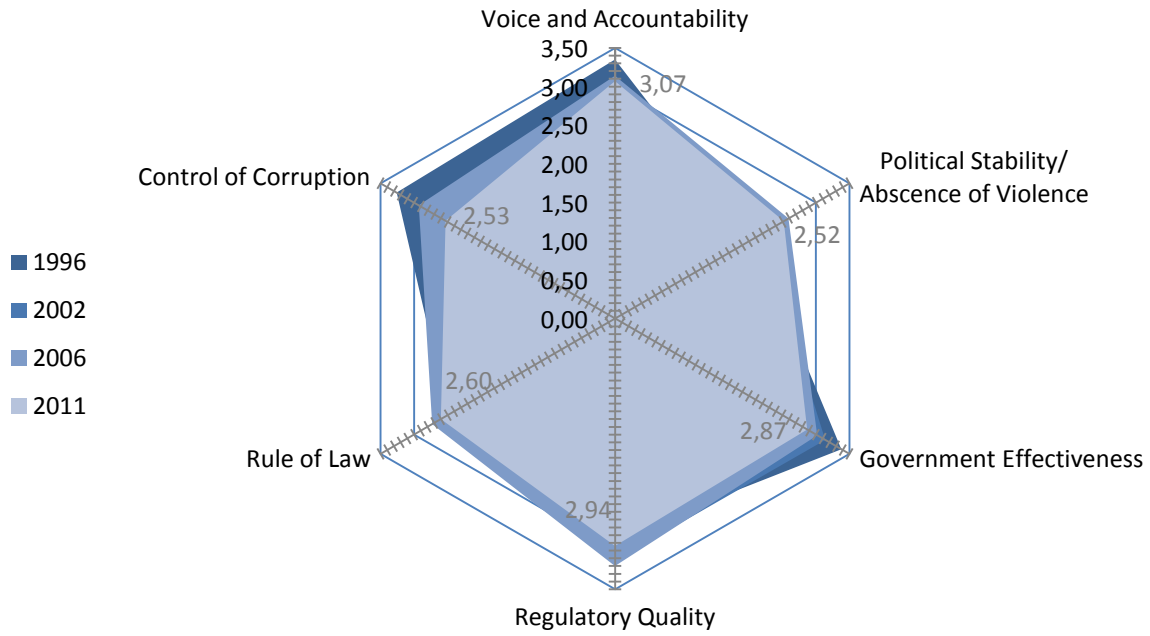


Quelle: Bertelsmann Stiftung 2012a, eigene Darstellung. Hinweis: Die Ränge beziehen sich auf den Rang im Status Index des BTI, der politische und ökonomische Transformation misst.

Abbildung 3 zeigt jedoch auch, dass Südafrika seit 2006 kontinuierlich an Demokratieperformanz eingebüßt hat. Während sich Benin und Ghana weiter konsolidieren und sich Mauritius, Botswana und Namibia nur unwesentlich verschlechtern, hat Südafrika seit 2006 zehn Plätze verloren. Keine andere Demokratie in Afrika hat so viel Performanz eingebüßt. Diese negative Entwicklung ist auch nicht auf eine generelle internationale Verschlechterung der Demokratieperformanz von Staaten außerhalb Afrikas zurückzuführen, sondern zeigt sich auch im Vergleich mit den 215 Ländern der World Governance Indicators (WGI) (vgl. Abbildung 4 und 5). Die WGI sind ein aus 31 anderen Indizes aggregierter[5] Index, der in Übereinstimmung mit dem Bertelsmann Index (vgl. Abbildung 3) für Südafrika eine Verschlechterung der Demokratieperformanz, insbesondere in den Jahren 2006 bis 2012 feststellt (Kaufmann et al. 2012). Südafrika erfüllt somit die Voraussetzungen für einen abweichenden Fall, da es sich entsprechend den Abbildungen 3-5 nicht als konsolidierende Demokratie zeigt, sondern sich dekonsolidiert.

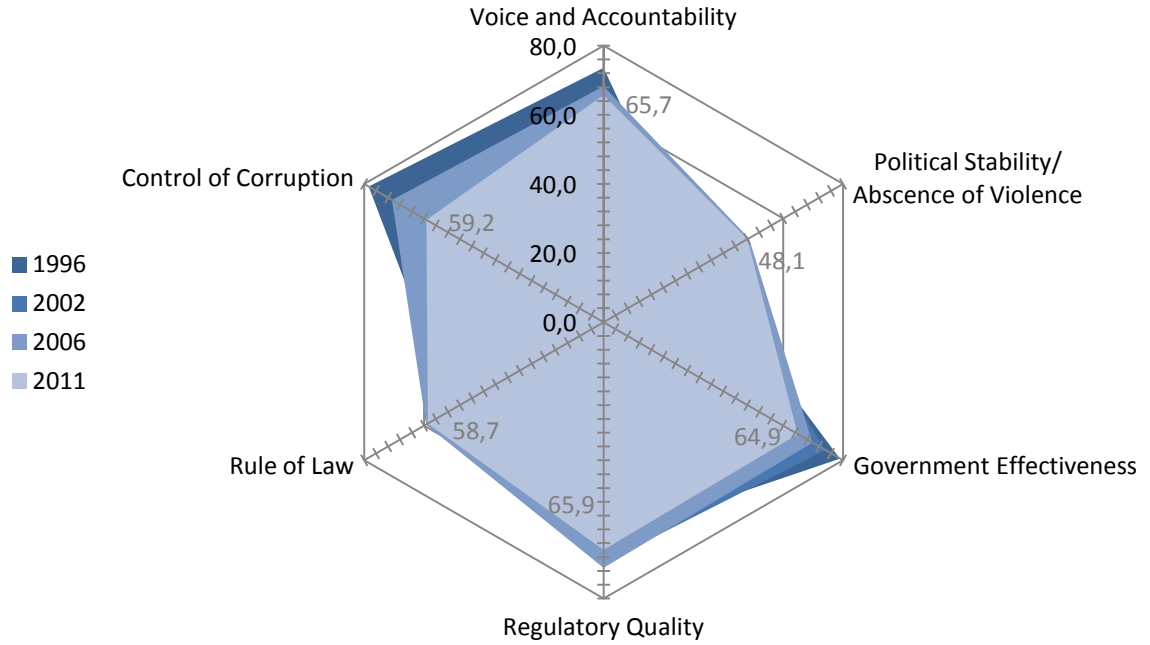
[5] Um zu entnehmen, welche Indizes enthalten sind, vergleiche World Bank 2012.

Abbildung 4: Weltbank Governance Scores Südafrika



Quelle: Kaufmann et al. (WGI) 2012, eigene Darstellung. Neu skaliert auf einen Index von 0 bis 5 (ursprünglich -2,5 bis +2,5), wobei 5 die maximale Punktzahl darstellt. Graue Einzelwerte für 2011.

Abbildung 5: Perzentilrang Südafrika unter 215 Ländern.



Quelle: Kaufmann et al. (WGI) 2012, eigene Darstellung. Graue Einzelwerte für 2011. Ein Wert von 65,7 bedeutet, dass 65,7 Prozent der 215 Länder schlechter abschneiden als Südafrika.

Südafrika ist auch deswegen als Fallstudie für die Transformationsforschung interessant, weil es den Weg von einem relativ hoch entwickelten sozio-ökonomischen Lebensstandard der weißen Minderheit in eine inklusive Demokratie gegangen ist, die nun allen Menschen in Südafrika das Recht auf Teilhabe an diesem relativ hohen Entwicklungsstand einräumt. Aus den daraus zu erwarteten Verteilungskonflikten sind Effekte auf die Konsolidierung des Landes zu beobachten, die in den nächsten Kapiteln erläutert werden.

Diese Arbeit erklärt die Dekonsolidierung Südafrikas mithilfe einer Prozessanalyse, die wie folgt definiert wird: "as the systematic examination of diagnostic evidence selected and analyzed in light of research questions and hypotheses posed by the investigator" (Collier 2011: 823). Mithilfe der Prozessanalyse werden die Gründe für Dekonsolidierung anhand der acht Einflussfaktoren aus Kapitel 3.3. analysiert. Dabei ist es sehr unwahrscheinlich, dass nur ein Faktor die Dekonsolidierung bedingt. Hier ermöglicht die Prozessanalyse die Wirkungsweisen der Einflussfaktoren zu untersuchen und zu zeigen, welche Kausalketten[6] gebildet werden können, um die Dekonsolidierung zu erklären. Die Prozessanalyse passt besonders gut zu einer abweichenden Fallstudie (George/Bennett 2005: 214-215). Über Kausalketten lassen sich nämlich gut die Besonderheiten finden, die für den unerwarteten Fall von Südafrikas Dekonsolidierung verantwortlich sind.

Diese Besonderheiten könnten nur bedingt durch einen kontrollierten Vergleich gefunden werden, wie bei es Most Similar Case Studies der Fall ist (George/Bennett 2005: 214). Zudem könnten bei einem Ländervergleich trotz aller Regelmäßigkeiten die jeweiligen kontextspezifischen Umstände, beispielweise bei der Transition eines Regimes, die Generalisierung von Thesen erschweren (Schmidt 2010: 442). Aus diesen Gründen ist die Prozessanalyse in dieser Fallstudie anderen Methoden überlegen. Da kein anderes Land sich ähnlich wie Südafrika transformierte oder ein vergleichbares Erbe der Apartheid zu tragen hat, scheint eine Prozessanalyse besonders gut geeignet, um die Gründe für die Dekonsolidierung Südafrikas zu untersuchen.

Bei einer Prozessanalyse ist es wichtig, alle kausalrelevanten Prozesse möglichst lückenlos in die Analyse einzubinden (Collier 2011: 823-824). Die besondere Berücksichtigung von Pfadabhängigkeiten integriert sich damit gut in die Prozessanalyse, da sie für die Transition und Konsolidierung wichtige historische Ereignisse identifiziert. Mithilfe einer genauen Analyse Südafrikas Transitions- und Konsolidierungsprozesses wird die These überprüft, ob die vier oben genannten Bereiche mit ihren acht Einflussfaktoren die Dekonsolidierung Süd-

[6] Gerring 2007 bezeichnet die genaue Untersuchung von Wirkungsweisen auf eine Variable als Causal Chains oder Causal Path (173).

afrikas erklären können. Mit der in dieser Arbeit vorgenommenen Fallstudie wird zudem die immer wieder in der Forschung geforderte Einzelfallanpassung erfüllt, um möglichst genaue Erkenntnisse über die Wirkungsmechanismen in einem Einzelfall zu erhalten (vgl. Merkel 2010, 2003, Schmidt 2010: 430).

Der Beobachtungszeitraum für die Analyse der Dekonsolidierung beginnt mit der Transition Südafrikas Ende der 1980er Jahre. Für die Analyse des Konsolidierungsstands werden Daten ab 1994 eingebunden, da Südafrika in diesem Jahr zur Demokratie wurde. Durch die Betrachtung der historischen Pfadabhängigkeiten ist es zudem notwendig, bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts der südafrikanischen Geschichte zurück zu gehen, um die Auswirkungen auf den heutigen Konsolidierungstand erklären zu können. Insgesamt erstreckt sich der Analysezeitraum somit über das gesamte 20. Jahrhundert, konzentriert sich aber vor allem auf den Zeitraum 1994 bis 2006, das in den Demokratiequalität Indizes den Abwärtstrend der Demokratieperformanz einleitet (vgl. Abbildung 4 und 5) bis zu den aktuellsten Entwicklungen im Herbst 2013. Zunächst wird die Transitionsphase in Südafrika analysiert. Dies ist für die kausale Analyse der Dekonsolidierungsfaktoren unerlässlich, da die Transition selbst eine entscheidende Critical Juncture (Osterberg-Kaufmann: 2012: 130) darstellt, die die darauf folgenden Ereignisse und Entscheidungen in der Konsolidierungsphase in Südafrika maßgeblich beeinflusst hat.

4. Analyse der Demokratie in Südafrika

Dieses Kapitel analysiert zunächst die Transition Südafrikas zu einer Demokratie im Jahr 1994. Dabei wird der Regimewechsel Südafrikas in drei Phasen strukturiert und anschließend die Auswirkungen der Transition auf das politische System Südafrikas erläutert. Daraufhin wird die Dekonsolidierung Südafrikas anhand der acht vorgestellten Einflussfaktoren analysiert.

4.1. Südafrikas Transition

In diesem Kapitel wird Südafrikas Transition von einer Autokratie zu einer Demokratie im Zeitraum 1987 bis 1997 genauer beleuchtet. Bei der Ursachenanalyse des Zusammenbruchs des autokratischen Regimes in Südafrika wird, wie von Merkel (1999: 124) gefordert, das Ineinandergreifen von strukturellen Veränderungen und politischen Handlungen mit einbezogen. Im Folgenden wird zunächst das Regime in Südafrika vor der Transition beschrieben und die Ursachen für seinen Niedergang beschrieben. Dabei werden exogene und endogene Grün-

de für die Transition analysiert und dabei nicht nur strukturelle Veränderungen, sondern auch das Handeln der beteiligten Akteure mit einbezogen. Im darauffolgenden Kapitel wird der Prozess des Systemwechsels in Südafrika in ein Vier-Phasen-Modell eingeordnet. Abschließend werden dann die Auswirkungen von Südafrikas Transition auf die nachfolgende Konsolidierung diskutiert.

4.1.1. Niedergang des Apartheidregimes

Um das Apartheidregime, das die National Party (NP) von 1948 bis 1994 anführte, einzuordnen, müssen zunächst die Beziehungen zwischen den Ethnien in Südafrika betrachtet werden. Schon 1948 wurde nach dem Sieg in der NP mit 39 Prozent der Stimmen in einer exklusiven Wahl für weiße Südafrikaner der Population Restriction Act erlassen, der alle Südafrikaner in vier ethnische Kategorien einteilte: Weiß, Farbig, Indisch/Asiatisch, und Ureinwohner, später Bantu oder Afrikaner. Die Rassentrennung war der Beginn eines politischen Systems, das Rassismus in allen Bereichen des Staates und des öffentlichen Lebens legalisierte. Zusätzlich zum Population Restriction Act wurde 1950 der Group Areas Act erlassen, der eine Wohnraumtrennung der Ethnien vorsah, und 1953 der Reservation of Separate Amenities Act, der die Ethnien in allen privaten und öffentliche Räumen, sowie in Dienstleistungs- und Bildungseinrichtungen trennte (Butler 2009: 17). Die 1960er Jahre markierten den Höhepunkt der Apartheid, als die schwarze Bevölkerung wieder in Stämme organisiert und in eigenständigen, quasi autonomen Herrschaftsbezirken, den Bantustans oder Homelands, angesiedelt wurde. Von 1948 bis zur Institutionalisierung der Demokratie 1994 wurde die Union of South Africa von der rassistisch-ideologischen National Party beherrscht, die sich auf die Unterstützung der weißen Minderheit gründete. Durch exklusive Gesetzgebung und Rechte für Weiße festigte die NP ihre Herrschaft und baute ein Zwei-Klassen-System auf, wie es so detailliert und perfektioniert nur selten in der Geschichte zu finden ist. Das Resultat war ein Staat, der sozio-ökonomisch und institutionell entlang ethnischen Linien gespalten war. Die 1980er Jahre markierten dann den Niedergang des Apartheidsystems, der 1994 in den ersten freien demokratischen Wahlen für alle Südafrikaner mündete. Die Startbedingungen für die Transition waren somit alles andere als optimal und begannen mit einer historischen Vorbelastung von jahrzehntelanger Ungleichheit und Diskriminierung der drei nicht-weißen Ethnien Südafrikas, die nun in den Transitionsprozess eingebunden werden mussten.

Die Transitionsphase begann bereits 1987, da in dieser Zeit der damalige Regierungschef der NP Pieter Willem Botha informelle Verhandlungen mit dem ANC aufnahm (Butler

2009: 27). Diese Verhandlungen konnten formell ab 1990 weitergeführt werden, als Frederik Willem de Klerk (seit 1989 Präsident) den ANC legalisierte und Mandela aus Robben Island entließ (Butler 2009: 27). Die Verhandlungen zwischen NP und ANC zogen sich bis zu der Erlassung der Interimsverfassung im Dezember 1993 und den Gründungswahlen 1994 hin. Die Verhandlungen zwischen den Akteuren der NP und des ANC kennzeichneten eine hohe Bereitschaft zum Kompromiss, sowie zu rationalen Verhandlungsstrategien. Die NP konnte sowohl eine Amnestie für führende Generäle und Sicherheitsbeamten des Apartheidstaates sowie ein föderales System etablieren. Der ANC konnte die TRC (Truth and Reconciliation Commission) und die komplette Aufhebung aller Rassenschranken erreichen. Ihrem Charakter nach ist die südafrikanische Transition aufgrund dieser Vorgeschichte eine "ausgehandelte Transition" (Bertelsmann 2012b: 4). Diese ist gekennzeichnet durch die Beteiligung der politischen Eliten von Regierung und Opposition, die ohne eine Revolution der Massen verläuft (Merkel/Thiery 2010: 201). Dennoch wird die These, dass bestimmte Freiheitspräferenzen der Bürger rund 55 Prozent der Wahrscheinlichkeit einer demokratischen Transition erklären können (Welzel/Inglehart 2005: 82) durch die Beteiligung der südafrikanische Zivilgesellschaft, vor allem der Gewerkschaften, bestätigt. Die Lahmlegung der Wirtschaft mithilfe der Gewerkschaften brachte die Führung des ANC erst in eine aussichtsreiche Verhandlungsposition mit der NP.

Als endogene, also innenpolitische Transitionsfaktoren lassen sich somit erstens der Druck der Oppositionsparteien ANC, des COSATU (Congress of South African Trade Unions) und der UDF (United Democratic Front) erwähnen, die Proteste im ganzen Land organisierten, mit dem Ziel, Südafrika unregierbar zu machen (Butler 2009: 26). Zweitens ist die Ineffektivität der Wohnraumtrennung und der Mobilitätskontrollen der schwarzen Bevölkerung nennen, deren urbane Population trotz aller Schranken rasant zunahm. Drittens stieg der inländische wirtschaftliche Druck durch Investitionslücken, die dringend durch ausländisches Kapital gefüllt werden mussten.

Die NP wurde vor allem durch folgende exogene Transitionsfaktoren an den Verhandlungstisch gedrängt: Erstens wurden in den 1970er und 1980er Jahren ein wirtschaftlicher Nationalismus, wie ihn die NP betrieb, durch internationale Finanzströme und flexible Wechselkurse immer weniger tragbar. Zweitens wurden im gleichen Zuge Sanktionen und politischer Druck der internationalen Gemeinschaft erhöht. Drittens trug der Niedergang der Sowjetunion und der damit verbundene Verlust der USA als strategischer Partner gegen den Kommunismus zu einer internationalen Isolierung Südafrikas bei. Viertens verschärfte sich auch die regionale Sicherheitslage Südafrikas durch die Ablösung der Neo-kolonialen Puffer-

Regierungen in Angola, Mozambique, Zimbabwe und Namibia (Butler 2009: 23). Dennoch konnte sich die NP jederzeit auf die Treue des Militärs und der Sicherheitskräfte verlassen und auch die Gefahr eines Bürgerkrieges war eher als gering einzuschätzen (Butler 2009: 26). Die Transitionsverhandlungen konnten also unter relativ stabilen Rahmenbedingungen stattfinden.

Während der Verhandlungen zwischen NP und ANC drohte der ANC teilweise die Verhandlungen abzubrechen. Ausländische Beobachter befürchteten das Schlimmste, doch der Anreiz, zurück an den Verhandlungstisch zu kommen, war durch die Unfähigkeit des ANC, die Transition alleine zu bewirken, ungebrochen. Fasst man die zahlreichen Spannungen und Konflikte zwischen den Verhandlungsparteien zusammen, bestand die größte Herausforderung für die NP und dem ANC darin, einen effektiven Machtverteilungskompromiss in der neuen demokratischen Verfassung zu finden. Wie bei allen liberal-demokratischen Verfassungen mussten die Verhandlungspartner das Spannungsverhältnis zwischen der Wahrung der Interessen derer, die nicht in der repräsentiert werden, und der Handlungsfähigkeit der Regierung ausbalancieren (Butler 2009: 30). Der Output am Ende der Transitionsverhandlungen 1994 bestand daher aus einer neuen demokratischen Verfassung, die neben unveräußerlichen Grundrechten und einem Verfassungsgericht nach deutschem Vorbild, ein inklusiv repräsentatives Wahlsystem einführte, das auch den Vertretern kleinerer Parteien einen Sitz im Parlament garantierte (Butler 2009: 30).

Für die Zeit nach den ersten Wahlen sollte zunächst eine Regierung der nationalen Einheit die Staatsgeschäfte übernehmen, was die Spannungen zwischen den Verhandlungsparteien weiter reduzierte. Dennoch regierte dieses Government of National Unity (GNU) nur bis 1996, da die NP in der Hoffnung austrat, sie könne wieder eine wirkliche Alternative zum ANC werden. Diese Hoffnungen wurden jedoch auch in den zweiten demokratischen Wahlen 1999 nicht bestätigt. Dabei erhielt der ANC 66,4 Prozent der Stimmen während die (New) NP nur 6,9 Prozent erhielt und sich nach schwachen 1,7 Prozent 2004 ganz auflöste und teilweise vom ANC absorbiert wurde.

Zum Zeitpunkt der Transitionsverhandlungen war die Beziehung zwischen NP und ANC durch eine tiefsitzende Feindschaft, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten geprägt (TRC Final Report Volume 2). Dennoch konnten beide Parteien an einen Verhandlungstisch kommen und nach klar vorgegebenen Regeln und fast ausschließlich mithilfe der bestehenden Apartheid-Institutionen eine Transition Südafrikas von einer Autokratie zu einer Demokratie bewirken (Butler 2009: 28). Dieses „Wunder“ (Butler 2009: 1) der geglückten südafrikanischen Transition kann anhand rationaler Verhandlungsstrategien, ausrei-

chender Kooperations- und Kompromissbereitschaft der Verhandlungspartner, sowie günstiger internationaler und innenpolitischer Umstände erklärt werden. Die besondere Stärke einer ausgehandelten Transition für eine spätere Konsolidierung ergibt sich dadurch, dass die Befriedung der Interessen der Verhandlungspartner durch intensives Verhandeln gewährleistet wird (Jung/Shapiro 1995).

4.1.2. Charakter und Strukturierung der Transition

Um die Transition Südafrikas bezüglich ihrer Regimeübergänge einordnen zu können, wird auf die Klassifikation von Regimetypen in die typische Trias von demokratischen, autokratischen und totalitären Regimen zurückgegriffen (Lauth 2010: 105). Nach dieser Trias transformierte sich Südafrika in den 1990er Jahren von einer Autokratie in eine Demokratie. Um die Besonderheiten des Übergangs und der Regime vor und nach der Transition deutlich zu machen, wird die Regimetrias um Subtypen ergänzt. Zahlreiche Vorschläge für demokratische und autoritäre Subtypen liefern Linz (1996a: 38-40), Croissant (2002) und Merkel (2003, 2010). Nach Merkel (2010) wäre der Apartheidstaat wegen seiner exklusiven Bürgerrechte für Weiße und seiner Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung als rassistisch-autoritär einzuordnen. Diamond (2002: 23) bezeichnet Südafrika in der Apartheidszeit als elektorale Autokratie. Die südafrikanische Demokratie seit 1994 ist schwieriger zu typologisieren. Freedom House bezeichnet Südafrika nach wie vor als liberale Demokratie (Puddington 2013), andere Autoren wie Butler (2009: 170) sehen Südafrika eher als höchst imperfekte Demokratie oder als defekte Demokratie (Bertelsmann 2012a). Verschlimmern sich die Defekte, die in dieser Arbeit diskutiert werden, könnte sich Südafrika zunehmend einer Mischform aus exklusiver und illiberaler Demokratie annähern (zu Erklärung der Demokratietypen vgl. Merkel et al. 2003: 297-98).

Die Transition Südafrikas zieht sich somit von den ersten Verhandlungen 1987, der Machtentgleitung des Apartheidregimes, über die Erlassung der Interimsverfassung und den ersten freien demokratischen Wahlen 1994 bis zur endgültigen demokratischen Verfassung 1997 hin. Damit verlief der Prozess des Systemwechsels in Südafrika ähnlich wie dieser in Merkel (2010: 94-95) beschrieben wird: Er begann mit der Ablösung des alten Apartheidregimes und der Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie in den Verhandlungen zwischen der NP (National Party) und dem ANC (African National Congress). Nach Merkel beginnt die Demokratisierungsphase dann, wenn die bisherigen Eliten Macht und Kontrollgewalt einbüßen und endet, wenn die neue demokratische Verfassung verabschiedet

ist (2010: 105). Der Systemwechsel nach Merkel lässt sich daher in drei Phasen unterteilen: Erstens das Ende des autokratischen Regimes, zweitens die Institutionalisierung der Demokratie beziehungsweise Demokratisierung, und drittens die Konsolidierung der Demokratie. Merkel betont, dass die genaue Abgrenzung der einzelnen Phasen schwierig ist und in jedem Einzelfall angepasst werden muss (Merkel 2010: 94), was im Folgenden für den Einzelfall Südafrika vorgenommen wird. Für Südafrika lassen sich somit folgende vier Phasen des Regimewechsels identifizieren (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Strukturierung von Südafrikas Regimewechsel

Phase	Vorgänge
1. Ende des Apartheidregimes (1987-1994)	1987: Schrittweiser Niedergang des Apartheidregimes: Vorverhandlungen zur Transition (Beginn der Transition). 1994: Ende des Apartheidregimes: Erste freie demokratische Wahlen.
2. Institutionalisierung der Demokratie (1994-1997)	1994: Beginn der Institutionalisierung der Demokratie: Erste freie demokratische Wahlen. 1997: Ende der Institutionalisierung der Demokratie: Inkrafttreten der südafrikanischen Verfassung (Ende der Transition).
3. Konsolidierung (1994-noch offen)	Seit Beginn der Demokratisierung 1994 läuft der Konsolidierungsprozess Südafrikas.

Quelle: Eigene Darstellung.

4.1.3. Auswirkungen der Transition auf das politische System Südafrikas

Wie schon im Theorieteil dieser Arbeit angemerkt, spielt die Transition eine große Rolle für die Stabilität der daraus resultierenden Demokratie. Schmitter und Karl (1992) bestätigen dies und stellen zudem die Hypothesen auf, dass ein revolutionärer Übergang zu einem Einparteienstaat führt, wohingegen eine ausgehandelte Transition in eine relativ stabile Demokratie mit korporatistischen Zügen führt (Schmidt 2010: 437). Letzteres kann für Südafrika bestätigt werden. Geddes (1999) untersucht 163 Regime Transitionen mit dem Ergebnis, dass gut organisierte Verhandlungsparteien, die glaubhaft garantieren können, dass sie Vereinbarungen einhalten, die Chance auf Demokratisierung erhöhen. Eine wie in Südafrika ausgehandelte Transition verspricht somit ein stabileres demokratisches System mit einem hohen korporatistischen Gehalt, da die Transitionsverhandlungen auf Konsens angewiesen sind. Südafrikas Transition kennzeichnet eine hohe Kompromissbereitschaft der Akteure. Insbesondere durch

die integrative Kraft des ANC, der viele Oppositionsparteien in sich vereinte, wurde eine hohe Inklusion der Interessen gewährleistet. Durch die weitergeführten Institutionen des Apartheidstaates und durch Beibehaltung von Personal in der Verwaltung konnte die Transition effektiv und ohne einen kompletten Systemzusammenbruch durchgeführt werden. Die Regierung der nationalen Einheit sicherte bis 1996 die Wahrung der Interessen der NP und auch nach dem Ausscheiden der NP wurden durch Mandelas Charisma die Spannungen zwischen ANC und den alten Eliten wesentlich reduziert.

Die negativen Erfahrungen der Apartheid veranlassten die politischen Akteure, eine der modernsten Verfassungen zu schaffen, die nicht nur Grund- und Menschenrechte unveränderlich garantiert, sondern auch Rechte auf Bildung, Arbeit, Zugang zu Grundbedürfnissen, wie Wasser, Nahrung und Wohnung (Constitution of the Republic of South Africa No. 108 of 1996: Section 23-29). Durch ein Verhältniswahlrecht wurde außerdem eine optimale Repräsentation des Wählerwillens gewährleistet. Die Schaffung einer föderalen Struktur mit neun Provinzen und einem parlamentarischen Zweikammersystem sollte zudem die konsensualen Elemente stärken.

Neben einer starken Verfassung und starken demokratischen Institutionen birgt die Transition Südafrikas jedoch auch die Gefahr, günstige Bedingungen für eine Einparteienherrschaft geschaffen zu haben. Durch den seit den 1980er Jahren revolutionär geführten Kampf gegen das Apartheidregime konnte sich der ANC mit seinem deutlichen Wahlsieg 1994 endgültig als Vertreter dieser „nationalen demokratischen Revolution“ (African National Congress Constitution 2012: 3) festigen, obwohl noch weitere politische Parteien wie die UDF und zivil-religiöse Gruppen am Sturz des Apartheidregimes beteiligt waren. Der Ruf, die Menschen vom Joch der Apartheid befreit zu haben, sowie Mandelas Charisma und sein versöhnlicher Führungsstil trugen dazu bei, dass der ANC in der südafrikanischen Gesellschaft als alternativlose Anti-Apartheid-Partei wahrgenommen wurde, die allein das Wohl aller Südafrikaner garantieren konnte. Dieser Aufstieg zur relativ konkurrenzlos dominierenden Partei Südafrikas spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen wieder. 1994 errang der ANC unter Nelson Mandela 62,6 Prozent und unter 1999 Thabo Mbeki 66,4 Prozent der Wählerstimmen, womit der ANC zweimal knapp eine Zweidrittelmehrheit verfehlte, die Verfassungsänderungen erlaubt hätte. 2004 erreichte der ANC schließlich die Zweidrittelmehrheit mit 69,7 Prozent der Stimmen (IEC 2013).

Glücklicherweise blieben demokratiefeindliche Verfassungsänderungen aus, die in vielen anderen afrikanischen Staaten zu Diktaturen geführt hatten. Bei den Wahlen 2009 verfehlte der ANC unter Jacob Zuma knapp eine Zweidrittelmehrheit mit 65,9 Prozent der Stim-

men, wobei die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), erstmals in ihrer Geschichte 16,7 Prozent erreichte (IEC 2013). Die anhaltend hohe Unterstützung der Bevölkerung trotz großer Schwierigkeiten des ANC, seine Wahlversprechen wie beispielsweise eine Verbesserung des Lebensstandards einzulösen, zeigt die unverändert große Ausstrahlungskraft der Anti-Apartheid-Bewegung. Durch die korporatistische Einbeziehung des COSATU und der SACP (South African Communist Party) in einer tripartistischen Allianz hat der ANC zwar seine Bereitschaft zum konsensualen Regieren gezeigt, doch die anhaltende Versuchung, die Ziele einer Revolutionsbewegung als das Gemeinwohl Südafrikas zu definieren, spiegelt sich in vielen ANC-Politikinhalten wider. Es wird deutlich, dass der Output des Transitionsprozesses einerseits eine stabile Grundlage für eine maximale Konsolidierung Südafrikas darstellt. Eine starke Partei kann mit sicheren Mehrheitsverhältnissen in stabilen demokratischen Institutionen agieren, geschützt von einer der weltweit progressivsten Verfassungen. Andererseits kann genau diese Machtfülle den ANC dazu veranlassen, stärker mehrheitsorientiert zu regieren, Oppositionsbewegungen zu vernachlässigen und seine dominante Stellung in Südafrika für eigene Ziele zu missbrauchen.

Am Ende der Transition 1997 stand in Südafrika eine repräsentative Demokratie, die noch heute eine moderne Verfassung und stabile politische Institutionen besitzt. Neben einer horizontalen Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Judikative und Legislative sieht die Verfassung eine vertikale Gewaltenteilung zwischen Nationalregierung, den neun Provinzen und den Kommunen vor. Die Legislative ist ein Zweikammerparlament und besteht aus der Nationalversammlung (NA: National Assembly) und dem Provinzrat (NCOP: National Council of Provinces). Der NA wird über Verhältniswahl zu einer Hälfte direkt gewählt und zur anderen Hälfte über Parteilisten aufgefüllt. Im NCOP entsendet jede Provinz zehn Mitglieder der gewählten Provinzregierung. Die Verfassung gesteht den Provinzen zwar exklusive Gesetzgebungskompetenzen zu, allerdings nur in Bereichen wie den Rettungsdiensten, Schlachthäusern und Alkoholausschanklizenzen. Wichtiger sind die konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen zwischen dem NA und dem NCOP in Bereichen wie der Gesundheitsversorgung, der Bildung, dem Naturschutz, und der Landwirtschaft (RSA 1996: Schedule 4-5). Die konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen und die Aufteilung der Verwaltung in eine nationale, regionale und kommunale Ebene sollen ähnlich wie in Deutschland die Macht der Exekutive begrenzen (RSA 1996: Section 73-82). Ebenfalls nach deutschem Vorbild wurde ein Verfassungsgericht an die Spitze der Judikative gestellt, um die Autorität der Verfassung und der Menschen und Bürgerrechte zu gewährleisten.

Die südafrikanische Verfassung gilt vor allem deshalb als fortschrittlich, weil sie zahlreiche Kontrollinstanzen beinhaltet, die Machtmissbrauch und illegale Verhaltensweisen der Exekutive einschränken sollen. Diese Kontrollinstanzen beinhalten einen Rechnungshof, der sogenannte Auditor-General South Africa (AGSA), der die Finanzen der staatlichen Ministerien und Körperschaften im Blick behält, einen Ombudsman, der sogenannte Public Protector (PP), an den man beispielsweise Beschwerden über öffentlichen Dienstleistungen richten kann, eine Kommission für Gleichstellung, die sogenannte Commission for Gender Equality (CGE), eine Behörde zur Förderung der Sprachenvielfalt, das Pan South African Language Board (PANSALB) und schließlich eine unabhängige Wahlkommission, die Independent Electoral Commission (IEC), die dafür sorgen soll, dass Wahlen frei, fair und ohne Manipulationen ablaufen (Butler 2009: 114). Diese Institutionen erfüllen ihre Kontrollfunktionen jedoch wegen Geld- und Kompetenzmangel und wechselnden Besetzungen mit schwankender Qualität und werden zunehmend vom ANC unterwandert, sodass kaum noch eine kritisch-neutrale Haltung gegenüber der Exekutiven möglich ist (ebd.: 114). Zusätzlich stärkt die Verfassung durch nur wenige klar den Provinzen zugeteilte Kompetenzen die Regierung, die sich bei der konkurrierenden Gesetzgebung fast immer gegen die Provinzen durchsetzt und die Provinzen verstärkt als Dienstleister ihrer Interessen gebraucht (ebd.: 117). Dies bestätigt wieder das besondere Augenmerk, das diese Arbeit auf die Rolle des ANC im politischen System Südafrikas legt.

Zusammenfassend kann das politische System Südafrikas als präsidentiell-zentralistisch beschrieben werden. Zwar spiegeln sich in der südafrikanischen Verfassung durch ein Zweikammersystem und föderale Elemente die Voraussetzungen für eine Konkordanzdemokratie, auf der anderen Seite aber schafft die Verfassung praktisch eine dominante Exekutive in einem zentralistischen Staat (ebd.: 117). Vor allem die Verhandlungsführer des ANC traten bei den Beratungen über die neue Verfassung für einen starken Zentralstaat mit starker Exekutive nach dem Britischen Westminster Modell ein. Die Gründe hierfür lagen vor allem in den Befürchtungen, in einem föderalen System den großen Herausforderungen des Landes nicht Herr zu werden und zudem die Kontrolle über regionale Zweige des ANC zu verlieren (ebd.: 116). Nach der erfolgreichen Durchsetzung eines relativ unitaristischen politischen Systems, und dem klaren Wahlsieg 1994, war der ANC ausreichend handlungsfähig, um die Herausforderungen des Landes anzugehen. In Kapitel 4.2.3. wird analysiert, warum der ANC bis heute die Herausforderungen des Landes trotz der positiven Startbedingungen nicht bewältigen konnte und wie er auf die demokratischen Institutionen des Landes wirkt.

Die erfolgreich verhandelte Transition Südafrikas und das dadurch geschaffene fortschrittliche politische System sind der Theorie nach als ideale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Konsolidierung zu bewerten. Bereits in der Transitionsphase Südafrikas werden aber die Schwächen deutlich, die eine Konsolidierung erschweren könnten. Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, ist beispielsweise die Dominanz des ANC für die demokratische Konsolidierung kritisch zu sehen. Diese Dominanz wurde schon in der Transitionsphase angelegt, in der es der ANC verstand, die zahlreichen Oppositionsbewegungen gegen die NP in sich aufzunehmen, um als einzig legitime Anti-Apartheid-Partei wahrgenommen zu werden. Es wird also bereits an dieser Stelle deutlich, dass diese pfadabhängige Dominanz und das dadurch bedingte Verhalten des ANC wichtige Erklärungsfaktoren für die Dekonsolidierung Südafrikas sind.

4.2. Südafrikas Dekonsolidierung

Konsolidierung ist nicht nur die Fortsetzung von Transition, sondern ein eigenständiger komplexer Prozess, der eingebettet in die neuen demokratischen Spielregeln eine Herausforderung für alle beteiligten Akteure darstellt (Merkel et al. 2003: 22). Deshalb beginnt der Konsolidierungsprozess in Südafrika nicht etwa nach Abschluss der Transition 1997 sondern schon nach den ersten demokratischen Wahlen 1994. Während der Transitionsprozess mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung abgeschlossen war, kann das Ende des Konsolidierungsprozesses offen definiert werden. Das bedeutet, dass sich eine Demokratie den stabilitäts- und steuerungspolitischen Vorteilen einer substanziellen Demokratie, wie sie in Kapitel 2.2. beschreiben sind, annähert. Südafrika scheint sich aktuell entsprechend Kapitel 3.4. zu dekonsolidieren. Im Folgenden wird daher schrittweise der Einfluss der acht Faktoren auf die Dekonsolidierung Südafrikas analysiert. Dabei werden die Ursachen der Dekonsolidierung geklärt und jeweils potenzielle Lösungsvorschläge gemacht.

4.2.1. Sozio-ökonomische Faktoren

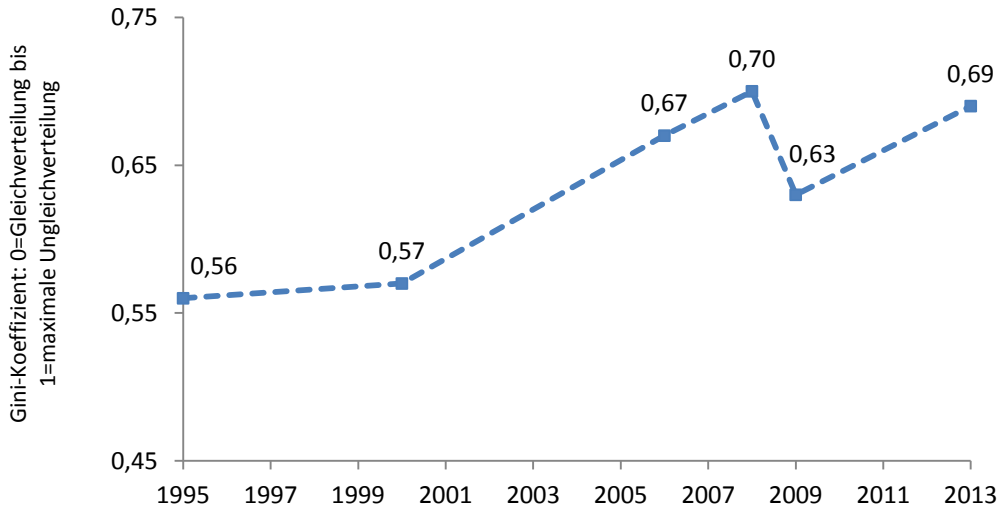
Dieses Kapitel analysiert die Einflussfaktoren 1-4 des Modells (vgl. Abbildung 2). Dabei werden die Ursachen und Auswirkungen von sozio-ökonomischer Heterogenität, Arbeitslosigkeit, Gewaltkriminalität und fehlender Bildung auf die Konsolidierung Südafrikas untersucht und mögliche Gegenmaßnahmen diskutiert.

Ethnische und sozio-ökonomische Heterogenität (Einflussfaktor 1)

Der Zusammenhang zwischen ethnischer und sozio-ökonomischer Ungleichheit und Dekonsolidierung der Demokratie lässt sich in Südafrika gut beobachten. Zunächst wird die sozio-ökonomische Heterogenität betrachtet und im Anschluss gezeigt, wie diese mit der ethnischen Heterogenität zusammenhängt.

Ein geeignetes Maß, um sozio-ökonomische Ungleichheit zu messen, ist die Einkommensverteilung, operationalisiert durch den Gini-Koeffizienten. Südafrika wies 2008 einen Gini-Koeffizienten von 0,7 auf, der einer der höchsten Einkommensungleichverteilungen weltweit entspricht (Leibbrandt et al. 2010). Zu den neueren Modernisierungstheorien gehört die Erkenntnis, dass eine Abhängigkeit zwischen Ungleichheit und dem Entwicklungsniveau eines Landes besteht (Weiffen/Merkel 2012: 411). Südafrika besaß während der Transition 1995 mit einem HDI-Wert (Human Development Index) von 0,65 (UNDP 2013) zwar ein relativ hohes Entwicklungsniveau. Dennoch wies das Land mit einem Gini-Koeffizienten von 0,64 eine große Ungleichheit auf (Simkins 2011: 108; vgl. Abbildung 6). Daher ist es erstaunlich, dass sich die junge Demokratie relativ gut konsolidierte. Allerdings verbesserte sich der HDI-Index bis zum Jahr 2012 kaum, und wies einen Wert von 0,629 auf (Platz 121 von 187 Ländern; UNDP 2013; vgl. Abbildung 6). Auch die Einkommensungleichverteilung bleibt je nach Erhebung bei Werten zwischen 0,6-0,7 (BTI 2012b: 25, World Bank 2013: 0,631 im Jahr 2009; Leibbrandt et al. 2010: 0,7 im Jahr 2008), was einem der höchsten Werte der Welt entspricht (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Einkommensverteilung in Südafrika anhand des Gini-Koeffizienten



Quelle: Leibbrandt et al. 2010, National Planning Commission 2012, World Bank 2013, bis auf die angegebenen Werte ist die Entwicklung geschätzt, eigene Darstellung.

Neben der Einkommensungleichverteilung kann der Machtressourcenindex von Vanhanen (2003) die Dekonsolidierung durch sozio-ökonomische Heterogenität erklären. Vanhanen zeigt, dass der Demokratisierungsgrad eines Landes sinkt, wenn die Macht über Ressourcen wie Landbesitz, Kapital und Wissen in der Bevölkerung möglichst ungleich verteilt sind. Je mehr Machtressourcen in den Händen von wenigen konzentriert sind, desto mehr konzentriert sich auch politische Macht in den Händen dieser wenigen (Vanhanen 2003: 189). In Südafrika haben oft nur die Eliten des ANC oder die mehrheitliche weiße Oberschicht Zugang zu Ressourcen wie Land, Kapital und Wissen. Dies gefährdet die Konsolidierung, da die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sich auch die politische Macht in den Händen einer kleinen Elite konzentriert. Dies widerspricht dem Partizipationskonzept der substanziellen Demokratie und führt zu einer weiteren Autokratisierung des politischen Systems.

Sowohl die Einkommensungleichheit, als auch die ungleiche Verteilung von Land und Wissen stellen eine Gefahr für die Konsolidierung Südafrikas dar. Die Brisanz der Landfrage wird in Südafrika anhand der noch immer ungelösten Landverteilungspolitik deutlich. Ein Grund für die besonders starken Gegensätze zwischen Arm und Reich ist die besondere Geschichte Südafrikas, in der bereits 1913 mit dem Land Act und dem ungleich verteilten Land zwischen weißen und nicht-weißen Südafrikanern beginnt. Diese Critical Juncture ist maßgeblich verantwortlich für die sozio-ökonomische Ungleichheit Südafrikas. Die aktuelle Landneuverteilung in Südafrika basiert auf drei Säulen: Erstens der Rückgabe von Land, das durch diskriminierende Apartheidgesetze erlangt wurde, zweitens einer Besitztitel- und Pachtreform, um die vielen unterschiedlichen historischen Besitztitel und Pachtverträge zu vereinheitlichen und drittens einer Landumverteilung (Butler 2009: 103). Da das meiste Land in Südafrika historisch bedingt in den Händen der weißen Minderheit ist, kommt der Umverteilung des Landes besondere gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Bedeutung zu. Noch immer gehören 77 Prozent des Landes Weißen, obwohl sie nur 9 Prozent der Bevölkerung stellen (Atuahene 2011: 5). Damit spielt die Lösung der Landfrage eine wichtige Rolle um Ungleichheit in Südafrika zu bekämpfen und Südafrikas Demokratie zu konsolidieren.

Der Zugang zu Wissen und Bildung ist in Südafrika ebenfalls historisch stark eingeschränkt. Während ländliche Schulen kaum grundlegende Bildungsstandards einhalten können, gibt es eine Vielzahl von exzellenten Privatschulen, die nur einer wohlhabenden Oberschicht zur Verfügung stehen. Das Potenzial des Bildungssystems für die Konsolidierung wird genauer im Kapitel Bildung erörtert. Ein Konsolidierungsproblem Südafrikas besteht somit in der besonders hohen und besonders anhaltenden Ungleichverteilung von Einkommen und Machtressourcen.

Nach Weiffen/Merkel (2012: 412) kann auch Interessenheterogenität von politischen Akteuren demokratische Konsolidierung behindern. Interessenheterogenität ist in Südafrika vor allem innerhalb des ANC auszumachen, in dem Interessen über die Verteilung von Ressourcen und politischen Programmen weit auseinander gehen. Diese Interessenkonflikte sind zum einen durch die Funktion des ANC als Interessensammler und Konsensfinder bedingt, der viele gesellschaftliche Gruppen, von linken Reformern bis liberalen Geschäftsleuten vereint. Zum anderen spiegelt der ANC aber auch die Spannungen innerhalb einer Gesellschaft wider, die noch immer auf Wiedergutmachung und ein besseres Leben nach dem Ende der Apartheidszeit wartet. Die Interessenheterogenität ist somit Teil der Demokratie und führt nicht unbedingt zu einer Dekonsolidierung. Interessenskonflikte über die Legitimität von klientelistischem Verhalten oder offen geäußerte Verachtung für liberaldemokratische Institutionen können jedoch eine Gefahr für die Konsolidierung Südafrikas darstellen. Ideologische Konflikte über den Wert von demokratischen Institutionen wie den Parlamenten oder dem Verfassungsgericht können nicht durch rein ökonomische Verbesserungen abgebaut werden. Hier zeigt sich wieder die Wichtigkeit der Akzeptanz der demokratischen Spielregeln von allen politischen Akteuren (vgl. Linz/Stepan 1996b). Die Akzeptanz der Demokratie und die Einhaltung der Spielregeln werden im Kapitel Institutionen und Akteure ausführlicher diskutiert.

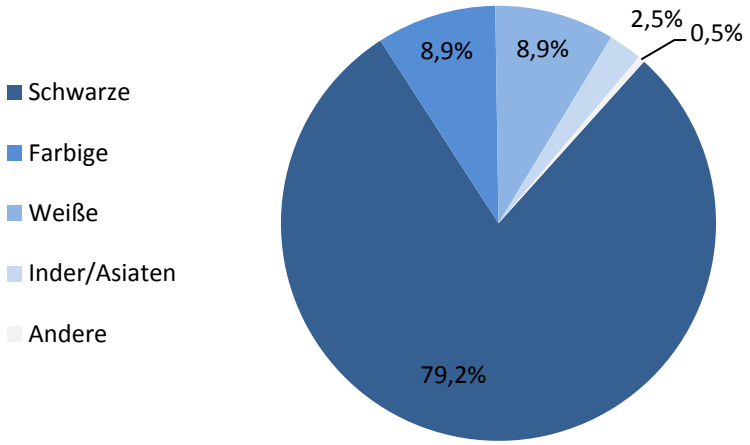
Die Demokratisierungsforschung ist sich einig, dass besonders lang anhaltende sozio-ökonomische Ungleichheit auf Dauer die Demokratie schwächt (Przeworski 2006, Schmidt 2010: 427). Auch nach knapp 20 Jahren Konsolidierung ist die Einkommensungleichheit in Südafrika immer noch sehr hoch und die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. In Südafrika korreliert die Einkommensungleichheit stark mit der Ethnienzugehörigkeit. Obwohl weiße Südafrikaner nur 9 Prozent der Bevölkerung ausmachen, verdienen sie 39 Prozent des Einkommens aller südafrikanischen Haushalte. Schwarze, die 79 Prozent der Bevölkerung darstellen, verfügen nur über 45 Prozent des Einkommens. Auch die Trennung von schwarzen und weißen Kommunen während der Apartheid führte zu einer Unterfinanzierung der schwächsten Kommunen in den Bantustans und führte damit zu einer ökonomischen Verelendung der dort lebenden nicht-weißen Bevölkerung (Simkins 2011: 109). Dementsprechend lebt heute ungefähr die Hälfte der südafrikanischen Bevölkerung, 25,5 Millionen Menschen, unterhalb der Armutsgrenze, die bei 388 Rand[7] pro Person und Monat liegt (Simkins 2011: 107). Wird die große sozio-ökonomische Ungleichheit, die durch Ethnienzugehörigkeit verschärft wird, nicht bald durch eine breites Wirtschafts-und Beschäftigungswachstum un-

[7] Circa 29 Euro im aktuellen Umrechnungskurs 29.10.2013.

terbrochen, fördert dies weiterhin die Dekonsolidierung. Im folgenden Abschnitt wird daher die eng mit der sozio-ökonomischen Ungleichheit verbundene ethnische Heterogenität analysiert.

Das Verhalten der politischen Akteure ist nur dann interpretierbar, wenn die ethnische Vielfalt Südafrikas nicht vernachlässigt wird. Zudem zeigt der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Ungleichheit und Ethnienzugehörigkeit die Brisanz der ethnischen Heterogenität Südafrikas. Die ethnische Heterogenität und ihre Instrumentalisierung in der Vergangenheit des Landes verstärken und verkomplizieren die Verteilungskonflikte in Südafrika. Das Ausmaß an Heterogenität einer Gesellschaft kann durch die Geschichte, Institutionen und Akteure beeinflusst werden (Weiffen/Merkel 2012, Berg-Schlosser 2008). Ältere Demokratien haben sich meist schon hinreichend sozial und ethnisch konsolidiert, sodass das Risiko eines Zusammenbruchs älterer Demokratien abnimmt (Dahl 1985). Versuchen die Eliten eines Landes nicht, Spaltungen nach sozialer Klasse, Religion oder Ethnie zu überbrücken, so sinkt die Stabilität einer Demokratie (Berg-Schlosser 2008: 299). In Südafrika unterteilen sich die Ethnien wie folgt: Schwarze 79,2 Prozent, Farbige 8,9 Prozent, Inder/Asiaten 2,5 Prozent, Weiße 8,9 Prozent, andere Ethnien 0,5 Prozent (Statistics SA 2012: 17; vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Bevölkerungsgruppen in Südafrika in Prozent der Gesamtbevölkerung



Quelle: Statistics SA 2012, eigene Darstellung.

Zusätzlich gibt es in Südafrika elf offizielle Landessprachen: Sepedi, Sesotho, Setswana, siSwati, Tshivenda, Xitsonga, Afrikaans, Englisch, isiNdebele, isiXhosa und isiZulu (RSA 1996 section 6: languages). Während die meisten Weißen Englisch und/oder Afrikaans sprechen, teilen sich die Schwarzen in Sepedi, Sesotho, Setswana, siSwati, Tshivenda, Xitsonga, isiN-

debele, isiXhosa und isiZulu Sprecher auf. In Südafrika sind die Sprachen und die ethnische Gruppe oft eng verknüpft. Jede Ethnie bringt damit ihre Sprache und ihre eigenen kulturellen Eigenschaften ein, wodurch die Bezeichnung „Rainbow Nation“ (Butler 2009: 4) ihre Bedeutung erhält. Der Vorteil dieser Ethnienvielfalt besteht für Südafrika darin, dass keine ethnische Gruppe groß genug ist, um einer ethnischen Partei zum Sieg zu verhelfen. Aus diesem Grund müssen alle Parteien in Südafrika multiethnisch für sich werben (Piombo 2009: 3). Gleichzeitig ist ein konstruktives Zusammenleben der Ethnien aufgrund der belastenden Vergangenheit nicht immer einfach. Noch immer betrachten 35 Prozent der Südafrikaner Angehörige einer anderen Ethnie als nicht vertrauenswürdig (Bertelsmann 2012b: 17). Der schwache interethnische Austausch und das schwache interethnische Vertrauen bilden ein Konsolidierungshemmnis auf der Ebene der Zivilkultur. Darauf wird im Kapitel Sozialkapital genauer eingegangen.

Die Rolle der politischen Eliten bei der Überbrückung der ethnischen Gräben ist als zwiespältig zu bezeichnen. Einerseits hatte Nelson Mandela als Präsident einen großen Anteil daran, dass ethnische Konflikte in der Transitionsphase nicht eskalierten und Versöhnung nach Jahrzehnten der Segregation möglich wurde. Andererseits verfolgte sein Nachfolger Thabo Mbeki einen weniger auf Versöhnung ausgerichteten Kurs und kann so für viele versäumte Chancen in der Aussöhnung zwischen den Ethnien verantwortlich gemacht werden. Unter Mbeki wurden politische Problemfelder wie die ausufernde Kriminalität in ethnischen Kategorien gesehen und die weißen und ausländisch dominierten Medien für das negative Bild Südafrikas in der Welt verantwortlich gemacht (von Soest 2010: 97). Mbeki konzentrierte sich somit auf spaltende, statt auf vereinende Politikinhalte und konnte der integrativen Politik seines Vorgängers Mandela nicht gerecht werden. Auch unter dem derzeitigen Präsident Jacob Zuma werden ethnische Spannungen instrumentalisiert. Deutlich wird dies in der Rechtfertigungslogik des regierenden ANC. Gerät der ANC unter besonderen politischen Druck und muss er sich für Fehlleistungen rechtfertigen, so wird oft die sogenannte Race Card gespielt, indem die Unterdrückung durch die Weißen beziehungsweise der Kolonialismus für das Problem verantwortlich gemacht wird. Dies ist ein besonders schwer zu entkräftendes Argument, da viele Ungerechtigkeiten und Probleme tatsächlich eine Folge der jahrzehntelangen Unterdrückung in der Apartheidszeit sind. Gleichzeitig ist es jedoch ein überaus gefährliches Argument, da es durch die Aktivierung alter Wunden und Ressentiments eine sachliche Diskussion über Politikinhalte und Fehlverhalten der Regierung unmöglich macht. Am deutlichsten wird dieses Dilemma aktuell in den Diskussionen zur Landfrage. Während viele beteiligte Gruppen bemüht sind, eine optimale Lösung für eine gerechte Neuverteilung

des Landes zu finden, schwingt von Seiten des ANC in informellen Gesprächen die Überzeugung mit, dass das Land gestohlen wurde und daher trotz der negativen Erfahrungen in Simbabwe auch ohne Entschädigung enteignet werden sollte (De Jager 2012). Da die Landumverteilung eine äußerst wichtige Maßnahme für die soziale und wirtschaftliche Stabilität Südafrikas ist, wirkt das Ausspielen von ethnischen Ressentiments hier besonders verheerend. Es besteht die Möglichkeit für schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Unruhen, ähnlich wie in Simbabwe, sollte die Landfrage nicht einvernehmlich mit allen Beteiligten gelöst werden können.

Während die politischen Eliten ethnische Spannungen oft instrumentalisieren, zeigt sich bei vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren ein differenzierteres Bild. Vor allem kirchliche und soziale Bewegungen versuchen, die Aussöhnung zwischen den Ethnien voranzutreiben. Am deutlichsten wurde dies durch Erzbischof Desmond Tutu, der gemeinsam mit Mandela den Begriff einer auf Versöhnung und Vielfalt beruhenden Rainbow Nation prägte. Dennoch muss man festhalten, dass Kirchen wie die Dutch Reformed Church die Apartheid auch zeitweise unterstützten. Viele Kirchen, so etwa die Anglican Church, waren jedoch schon während der Apartheid gegen das diskriminierende System eingetreten. Man kann davon ausgehen, dass in der Zivilgesellschaft noch viel Potenzial für die Annäherung der Ethnien liegt. Gerade kirchliche und soziale Organisationen können in einem von Arbeitslosigkeit, Gewalt und Kriminalität geprägten Land Sicherheit und Vertrauen zwischen den Menschen schaffen (Putnam 2000).

Zusammenfassend zeigen sich im heutigen Südafrika noch immer große Spannungen zwischen den verschiedenen Ethnien. Vor allem sozio-ökonomische Ressourcen wie Land, Einkommen und Bildung sind ungleich verteilt. Trotz vieler Fortschritte in den interethnischen Beziehungen sprechen viele Beobachter immer noch von einem gespaltenen Land, einem weißen und schwarzen Südafrika, das noch immer weit von dem Ideal der Regenbogennation entfernt ist (Bertelsmann 2012b, Butler 2009, Lefko-Everett 2012). Um die Beziehungen zwischen den Ethnien zu verbessern, müssen sozio-ökonomische Ungleichheiten weiter abgebaut werden, sowie kultureller Austausch und Kooperation zwischen den Ethnien gefördert werden. Gute Chancen für einen vertrauens- und kooperationsfördernden Austausch zwischen den Ethnien könnten religiöse oder soziale Vereinigungen, sowie Sportvereinigungen bieten, die erfahrungsgemäß als Quellen für Sozialkapital dienen (Putnam 2000). Hierauf wird im Kapitel Sozialkapital noch näher eingegangen.

Hohe Arbeitslosigkeit (Einflussfaktor 2)

Südafrikas hohe Arbeitslosigkeit, die spätestens seit der Jahrtausendwende relativ konstant bei 25 Prozent[8] liegt (vgl. Abbildung 8), stellt ein großes Konsolidierungshindernis dar, weil sich Demokratien vor allem in wirtschaftlich erfolgreichen Staaten festigen (Przeworski et al. 2000).

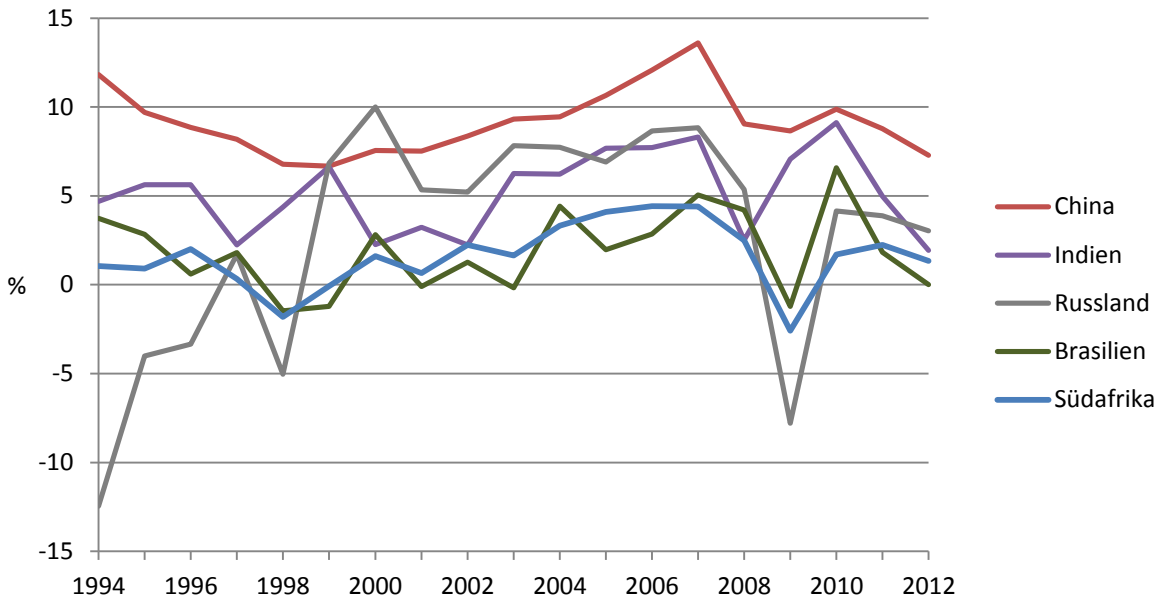
Abbildung 8: Arbeitslosenquote für Südafrika in Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung

Quelle: IMF 2013, ab 2012 geschätzte Werte, eigene Darstellung.

Auch in Bezug auf das Wirtschaftswachstum, das wichtig wäre, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, liegt Südafrika hinter seinen Mitstreitern in der BRICS-Schwellenländergruppe (vgl. Abbildung 9). Seit 1994 wächst das BIP per capita durchschnittlich nur um 1,58 Prozent pro Jahr. Um eine effiziente Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit vorzunehmen müsste Südafrika allerdings höhere Wachstumsraten erzielen (NDP 2010: 8).

[8] Bezieht man diejenigen ein, die schon aufgegeben haben, Arbeit zu suchen, liegt die Arbeitslosenquote sogar bei 33,4 Prozent (Kaplan 2013: 11).

Abbildung 9: Jährliches BIP per capita Wachstum der BRICS in Prozent



Quelle: World Bank 2013, eigene Darstellung.

Die konstant hohe Arbeitslosenquote hat mehrere Gründe. Zum einen ist der Gütermarkt in Südafrika durch hohe Importbeschränkungen abgeschottet, was die relativ geringe Konkurrenz auf diesem Markt noch verschärft (Simkins 2011: 111). Dies führt dazu, dass Unternehmen Löhne über dem Marktniveau zahlen, um erfahrene Fachkräfte zu halten und damit den Zugang für Einsteiger erschweren. Ein zweiter Grund liegt im Lohnverhandlungssystem Südafrikas begründet. Die traditionell korporatistisch organisierten Gewerkschaften, die im nationalen Dachverband COSATU organisiert sind, haben durch dessen Nähe zum ANC eine gute Verhandlungsposition. Dadurch werden meist höhere Löhne über dem Marktniveau ausgehandelt und dann auf alle Unternehmen eines Wirtschaftszweiges angewendet, was zu einem sehr starren und ineffizienten Lohnverhandlungssystem führt. Reallöhne und Arbeitsproduktivität stimmen durch dieses inflexible Lohnverhandeln nicht überein und der daraus resultierende übermäßige Reallohnzuwachs ist schätzungsweise für mindestens ein Viertel der Arbeitsplatzverluste (circa 200.000 Arbeitsplätze) zwischen 2008 und 2010 verantwortlich (Kaplan 2013: 17). Gerade kleinere Unternehmen werden so ihrer Flexibilität bei der Lohnfestlegung beraubt und potenzielle Arbeitsplätze vernichtet. Die Inflexibilität der Lohnfestlegung in kleineren Unternehmen könnte etwa einen Prozentpunkt der Arbeitslosigkeit ausmachen (Kaplan 2013: 3). Ein dritter Grund liegt in den übermäßigen Anstellungs- und Entlassungsregulierungen auf dem Arbeitsmarkt. Im Global Competitiveness Report des Weltwirtschaftsforums belegt Südafrika im Bereich Arbeitsmarkteffizienz nur Platz 113 von 144 untersuchten Ländern. In der Bewertung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen belegt

Südafrika sogar den letzten Platz (Schwab 2012: 19, 325). Ein vierter Grund für die hohe Arbeitslosigkeit ist die Commission for Conciliation, Mediation and Arbitration (CCMA), eine Art Schlichtungskommission für Arbeitsrechtsfragen. Die Kommission wird vor allem von gering qualifizierten Arbeitskräften genutzt und führt somit zu einem hohen Kosten- und Bürokratieaufwand von Firmen, die auf gering qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind. Die durchschnittliche Zeit für ein Schlichtungsverfahren beträgt 1,5 Tage, für kleine Firmen ohne Personalabteilung sogar bis zu einer Woche. Diese Mehrbelastung führt zu einer stärkeren Konzentrierung der Wirtschaft auf höher-qualifizierte Arbeitsplätze, obwohl in Südafrika circa 75 Prozent der Arbeitenden in gering-, oder mittelqualifizierten Arbeitsverhältnissen sind (Kaplan 2013: 14, 18).

Die südafrikanische Wirtschaft ist zudem von einem Dualismus zwischen etablierten, oligopolistisch organisierten Unternehmen und marginalisierten und ineffizient organisierten Kleinunternehmen geprägt (Rakabe 2013). Diese Kleinunternehmen könnten durch gezielte Unterstützung durch den Staat ihre Produktivität und ihre Arbeitsplätze erhöhen und somit das Wirtschafswachstum ankurbeln (ebd.). Weitere Empfehlungen zum Abbau von Arbeitslosigkeit umfassen eine Flexibilisierung der Lohnverhandlungen, Bürokratieabbau vor allem für kleinere Unternehmen, und eine bessere Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften. Die Erhöhung von Wettbewerb in monopolistischen Wirtschaftszweigen, eine Verbesserung der Infrastruktur und eine Steigerung von Produktivität der öffentlichen Verwaltung und Serviceleistungen spielen eine wichtige Rolle, um Südafrikas Wirtschaftswachstum zu steigern und Arbeitslosigkeit abzubauen (vgl. NPC 2012).

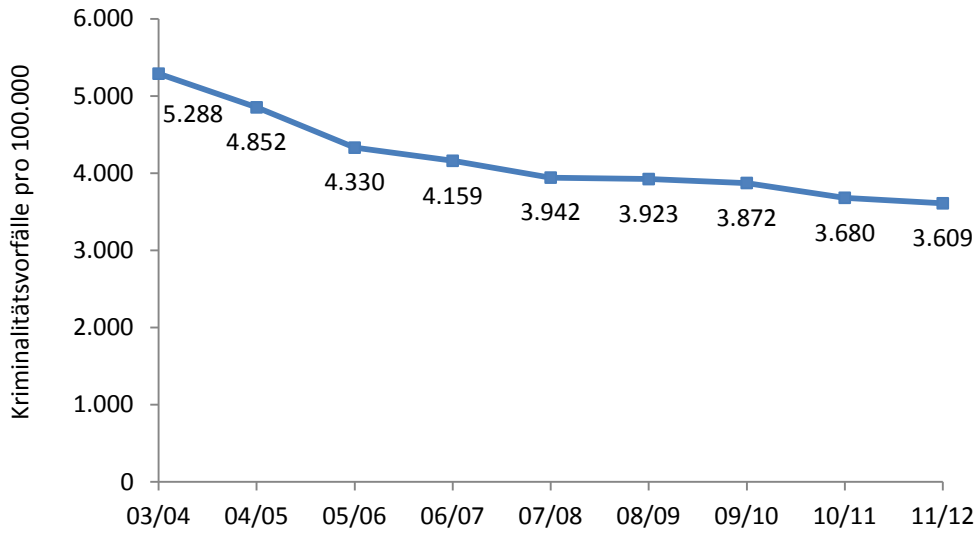
Neben den bisher genannten Gründen ist vor allem die Trennung von Lebens- und Wirtschaftsräumen und die internationale Isolierung vieler Wirtschaftszweige in der Apartheidszeit für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Zudem haben die Auswirkungen der Apartheid den Arbeitsmarkt stark fragmentiert und tragen zur strukturell hohen Arbeitslosigkeit bei. Die unterschiedlichen Stundenlöhne für ungelernte Arbeiter sind bedingt durch die jeweilige Bevölkerungsgruppe, Geschlecht, Alter, Bildungsstand, gewerkschaftliche Organisation, Größe des Unternehmens und geographische Lage, und verstärken somit eine ungleiche Einkommensverteilung. Am verheerendsten wirkt sich allerdings die unzureichende Bildung eines Großteils der Bevölkerung auf den Arbeitsmarkt aus, die eine Folge der getrennten Bildungssysteme der Apartheidszeit ist und bis heute im Bildungssystem fortwirkt. Die Implikationen des problematischen südafrikanischen Bildungssystems werden in einem späteren Abschnitt diskutiert. Im folgenden Abschnitt wird zunächst die Kriminalität und Gewalt in

Südafrika analysiert, die durch die die hohe Arbeitslosigkeit und die fehlende Bildung begünstigt wird.

Kriminalität und Gewalt (Einflussfaktor 3)

Das Ausmaß der Kriminalität und Gewalt in Südafrika ist als besorgniserregend zu beurteilen. So wurden 2004 circa 50 Menschen pro Tag ermordet. Heute werden noch immer rund 43 Mordopfer pro Tag gezählt (insgesamt 15.609, SAPS 2012a). Die offiziellen Statistiken zeigen zwar einen Rückgang von Verbrechen wie Mord, Entführungen, Hausüberfällen und Diebstählen zwischen 2004 und 2012 an, Experten befürchten jedoch, dass nicht alle Fälle gezählt werden und die Dunkelziffer bei den meisten Delikten höher liegt (Russel 2010: 117). Vor allem Mord und versuchter Mord bleiben in Südafrika weiter hoch (SAPS 2013).

Abbildung 10: Schwerkriminalitätsraten für Südafrika



Quelle: SAPS 2012b, eigene Darstellung.

Die ausufernde Kriminalität und ihr hoher Gewaltanteil haben laut Russel (2010: 113-115) vor allem drei Ursachen. Der erste Grund ist die sozio-ökonomische Ungleichheit, von der Südafrika seit dem Ende der Apartheid geprägt ist. Der zweite Grund ist die Armut eines Großteils der Bevölkerung und das Fehlen von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen. Beide Punkte wurden im vorherigen Abschnitt bereits angesprochen, können aber noch nicht die Brutalität der Gewaltverbrechen erklären. Hierzu kann Russels dritten Punkt herangezogen werden, nämlich die gewaltvolle Apartheidkultur. Durch das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte während der Apartheid radikalisierte sich der Widerstand, bis zu dem Punkt Ende der 1980er, als das ganze Land durch aktiven und passiven Widerstand unregierbar gemacht

werden sollte. Das führte vor allem in den Townships dazu, dass der Respekt der Menschen vor der Staatgewalt und Sicherheitskräften sank. Das während der Apartheidszeit allgegenwärtige hohe Gewaltniveau des Widerstands hat dazu beigetragen, dass gewaltvolle und grausame Selbstjustiz in vielen Townships heute keine Seltenheit sind. Da auch 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid keine Verbesserung der Lebensbedingungen für viele Townshipbewohner in Sicht ist, sorgen die informellen Siedlungen für einen steten Nachschub an von Gewalt geprägten Menschen, die leicht in kriminelle Aktivitäten verwickelt werden.

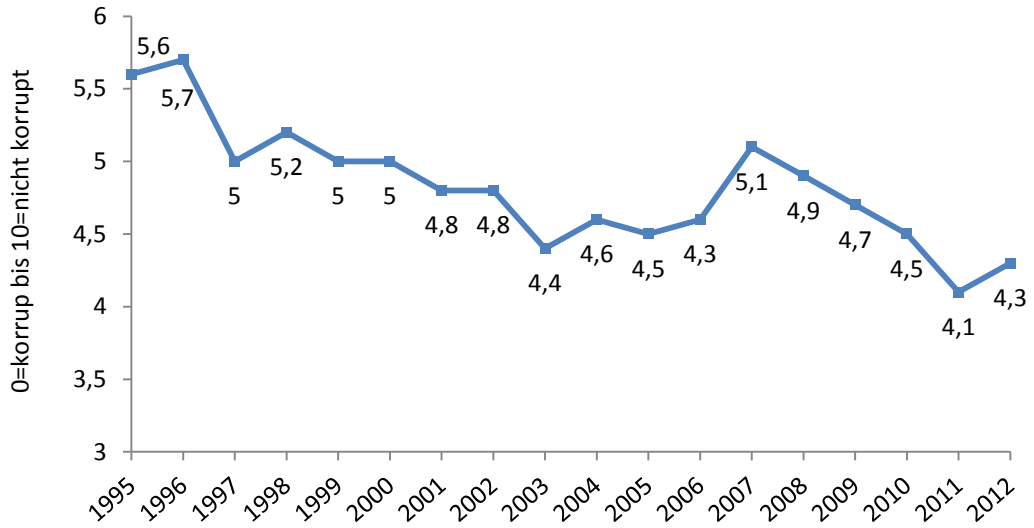
Die desolate Lage des South African Police Service (SAPS) trägt ebenfalls einen Teil zur Eskalation der Kriminalität bei. Manche Beobachter, wie der südafrikanische Richter Edwin Cameron bezeichnen den SAPS als eine Organisation, die hoffnungslos korrupt sei und ohne Hoffnung geführt werde (Russel 2010: 117). Obwohl Südafrika Schätzungen zufolge mehr als dreimal so viel Geld pro Kopf für die innere Sicherheit ausgibt als andere Schwellenländer, zeigt sich kaum eine Verbesserung des von Inkompetenz, Korruption und schwacher Moral geprägten SAPS. 2007 gab der SAPS 2,5 Milliarden Rand (ca. 184 Millionen Euro, 29.10.2013) an das Finanzministerium zurück, da es keine ausreichende Planung gibt, die zugewiesenen Mittel sinnvoll einzusetzen (Russel 2010: 121). Dies führt zu einem geringen Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und gleichzeitig zum Erstarken von privaten Sicherheitsfirmen. Letztere stehen aber nur den besser Verdienenden zur Verfügung und verlagern lediglich das Sicherheitsproblem, da die Verbrechen in weniger gut geschützte Bereiche abwandern. Entgegen der oft durch die eher einseitige Berichterstattung der Medien ausgelösten Wahrnehmung, treffen die meisten Gewaltverbrechen nicht Weiße, sondern Schwarze. Dies ist zum einen statistisch bedingt, zum anderen treffen Gewaltverbrechen vor allem benachteiligte und ärmere Schichten der Bevölkerung, unabhängig von der Ethnie. Dies zeigt sich auch in der Mordstatistik, die die Provinz Eastern Cape mit ihren traditionell benachteiligten sozioökonomischen Bedingungen mit 48 Morden pro 100.000 Einwohner im Jahr anführt (Crime Statistsics Overview 2011/2012: 19).

Trotz der sehr angespannten Lage von Südafrikas innerer Sicherheit gab es bereits erfolgreiche Beispiele im Kampf gegen die hohen Kriminalitätsraten. Als Hoffnungsträger im Kampf gegen das Verbrechen galt lange die staatliche Anti-Korruptions-Spezialeinheit der Scorpions. Gegründet, um gegen ausufernde Korruption vorzugehen, konnten die Scorpions während ihres Bestehens große Erfolge im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Wirtschaftskriminalität erzielen. Sie wurden jedoch Ende 2008 aufgelöst, da Spitzenpolitiker wie Jacob Zuma, gegen die die Scorpions ermittelten, die Führung des ANC übernahmen (Russel 2010: 130). Als Nachfolger der Scorpions wurden 2009 die Hawks (auch Directorate

for Priority Crime Investigation, DPCI) gegründet, die jedoch der SAPS untergestellt sind und somit unter denselben ineffizienten Strukturen leiden und nicht so unabhängig agieren können wie die Scorpions.

Die politisch motivierte Auflösung einer hocheffizienten Anti-Kriminalitätseinheit wie den Scorpions zeigt, wie stark die politischen Akteure in Südafrika in Korruption und Klientelismus verstrickt sind. Dies führt zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung, denn 83 Prozent aller Südafrikaner halten die Polizei für korrupt (Transparency International 2013b). Im Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2012 von Transparency International rangiert Südafrika auf Platz 69 von 176 untersuchten Ländern (Transparency International 2013a). Obwohl Südafrika damit noch über dem internationalen Durchschnitt liegt, ist die wahrgenommene Korruption seit 1995 kontinuierlich gestiegen und bleibt mit einem CPI Wert von 4,3 (2012) im Vergleich zu Nachbarländern wie Botswana (6,5) relativ hoch. Je niedriger der CPI Score ist, desto höher wird die Korruption wahrgenommen (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) Werte für Südafrika



Quelle: Transparency International 2013a, eigene Darstellung.

Eine Verbesserung der Sicherheitslage scheint nur langsam in Sicht und muss durch ziviles Engagement unterstützt werden. Durch lokale Projekte wie beispielsweise in der Region Hout Bay nahe Kapstadt, in dem sich eine weiße, eine coloured und eine schwarze Siedlungen zusammengeschlossen haben, um Kriminialität durch ein gemeinsames Nachbarschaftsschutzprogramm zu bekämpfen, kann der Zusammenhalt in der Gesellschaft und das Sicherheitsempfinden verbessert werden (Russel 2010: 129). Zusätzlich müssen jedoch die Ursachen der

endemischen Gewaltkriminalität in Südafrika bekämpft werden, da auf Dauer Bürgerwehren keine ausreichende Lösung bieten können.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Folgen der gewaltvollen Apartheidszeit und der Entscheidung des ANC die Townships unregierbar zu machen, heute in den Kriminalitätsstatistiken sichtbar werden. Das Apartheidregime sicherte vor allem durch einen überaus effizienten und grausamen Sicherheitsapparat seine Macht. Die Opposition beantworte diese Unterdrückung mit ebenso brutalen Gegenmaßnahmen. NP und ANC schufen so eine Kultur des Misstrauens und der Gewalt, die noch heute in der Bevölkerung weiterlebt. Das außerordentliche Gewaltniveau bleibt somit ein großes Konsolidierungshindernis Südafrikas. An dem Transitionsprozess beteiligte Politiker wie Roelf Meyer führen an, dass das Gewaltniveau für ein Land in einer Transitionsphase nicht ungewöhnlich ist (Russel 2010: 109). Diese Arbeit geht jedoch davon aus, dass sich Südafrika nicht mehr in seiner Transitionsphase befindet, sondern schon seit 1994 in der Konsolidierungsphase. Zudem besitzen Städte wie Angolas Hauptstadt Luanda, die ein ähnliches Einkommensgefälle wie Johannesburg haben, wesentlich weniger Gewaltkriminalität (Russel 2010: 114). Aufgrund der in diesem Abschnitt vorgelegten Analyse ist für das hohe Gewaltniveau der Gesellschaft vor allem das negative Erbe der Apartheidszeit verantwortlich. Dies zeigt sich in der sozio-ökonomischen Ungleichheit, der Armut sowie fehlender Bildungs- und Arbeitschancen, einem Autoritätsverlust, Korruption und Missmanagement der Sicherheitskräfte sowie dem Zusammenbruch von traditionellen Verhaltensregeln bezüglich Respekt und Umgangsformen und einer Kultur der Gewalt, vor allem in den Townships.

Bei der Bekämpfung der Kriminalität und Gewalt liegt die Herausforderung zum einen in der effizienteren Gestaltung des SAPS und der der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Townshipbewohner. Zudem haben Entscheidungen zentraler politischer Akteure, wie die des ANC, die Scorpions aufzulösen, einen erheblichen Einfluss auf die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Weiter könnte eine intensivere Kriminalitätsprävention durch ausgedehnte Bildungsprogramme und einen dadurch gestärkten Arbeitsmarkt die Kriminalität und Gewalt eindämmen.

Fehlende Bildung (Einflussfaktor 4)

Das Recht auf Bildung ist in der südafrikanischen Verfassung verankert. Nach Section 29 hat jeder Südafrikaner das Recht auf grundlegende Bildung und weiterführende Bildung, die der Staat durch geeignete Maßnahmen verfügbar machen muss (RSA 1996 Section 29). Die Realität in Südafrika sieht jedoch anders aus. Der Staat hat noch lange nicht das Versprechen der

Verfassung umgesetzt und im internationalen Vergleich schneiden Südafrikas Schüler verhältnismäßig schlecht ab. Insgesamt erzielt Südafrikas Bildungssystem im World Competitiveness Report nur Platz 140 von 144 untersuchten Ländern (Schwab 2012: 325). Die Probleme im Schulsystem Südafrikas sind auf allen Ebenen und bei fast allen Akteuren zu finden. Obwohl die Regierung sechs Prozent des BIP für Bildung ausgibt und südafrikanische Lehrer im globalen Vergleich gut bezahlt werden (in Kaufkraftparität gerechnet), kann das Bildungssystem seine Aufgaben nicht ausreichen erfüllen (NPC 2010: 14). Nach Spaull (2012: 59) sind 27,2 Prozent der Schüler der Stufe 6 im Prinzip lese- und rechtsschreibunfähig, sowie 40,2 Prozent nicht fähig, einfachste Mathematik zu lösen. Auch ältere Schüler haben kein besseres Leistungsprofil. Im Jahr 2010 schafften zwar 67,8 Prozent aller Schüler das Matriculation Exam (auch National Senior Certificate oder NSC), die Abschlussqualifikation der Sekundarschule Südafrikas, aber nur 15 Prozent erreichten eine durchschnittliche Note von 40 Prozent oder mehr, die erforderlich ist, um ein Universitätsstudium aufzunehmen (NPC 2010: 14).

In TIMSS Studien aus dem Jahr 2011, die mathematische und naturwissenschaftliche Leistungen von 45 Ländern in Stufe 8 vergleichen, rangiert Südafrika in der mathematischen Studie auf Platz 44 und in der naturwissenschaftlichen Studie auf dem letzten Platz von 45 Ländern (Martin et al. 2012, Mullis et al. 2012). Auch im World Competitiveness Report liegt Südafrika bei der Bildungsqualität in Mathematik und den Naturwissenschaften nur auf Platz 143 von 144 Ländern (Schwab 2012: 325). Gerade mathematischen Leistungen sind aber für das Wirtschaftswachstum einer Gesellschaft wichtig, da sie den Wert des Humankapitals für wissensintensive Wirtschaftszweige steigern. Südafrika hat sich zwar in der mathematischen TIMSS Studie von 285 Punkten im Jahr 2002 auf 352 Punkte im Jahr 2011 verbessert, befindet sich aber immer noch unter dem internationalen Orientierungswert, der zwecks Vergleichbarkeit unveränderlich bei 500 Punkten liegt (Mullis et al. 2012: 6). Die TIMSS Studie zeigt zudem deutlich, dass Lernende aus ökonomisch und intellektuell besser gestellten Haushalten auch bessere Leistungen erzielen (Mullis et al. 2012: 183, 217).

Dies bestätigt die These, dass Südafrikas sozio-ökonomische Ungleichheiten auch das Bildungsniveau negativ beeinflussen. Die These, dass Pfadabhängigkeiten der Apartheid für den schlechten Zustand des Bildungssystems in Südafrika mitverantwortlich sind, wird von Lemon (2004: 289) bestätigt. Als zweiten verantwortlichen Faktor erwähnt er das unzureichende Wirtschaftswachstum, das verhindert, dass Schulen genug Ressourcen zur Unterstützung der benachteiligten Schüler zur Verfügung haben, die vor allem aus der sozio-ökonomisch benachteiligten schwarzen Bevölkerung stammen (ebd.: 289). Die frühere Be-

nachteiligung nach Rassenkategorien verschiebt sich nun auf eine Benachteiligung, die nach sozialer Klasse bestimmt wird (ebd.: 269). Die unzureichende Bildung in Südafrika hat also sozio-ökonomische Ursachen und hat zudem negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum. Den oft nur unzureichend ausgestatten staatlichen Schulen (94 Prozent aller Schulen) stehen private Schulen gegenüber (6 Prozent), die meist Bildung auf höherem Niveau anbieten (Hofmeyr et al. 2013: 6). Die privaten Schulen stehen jedoch nur wenigen privilegierten Bevölkerungsgruppen offen. Die Trennung der Bildungschancen nach sozio-ökonomischem Status hat zur Folge, dass heute in Südafrika praktisch zwei Schulsysteme bestehen und somit bei der Interpretation von Durchschnittswerten von Schülerleistungen und den entsprechenden Policy-Reaktionen Vorsicht walten muss (Spaull 2013a: 436).

Der besorgniserregende Zustand des südafrikanischen Bildungssystems kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Erstens existiert eine tief eingegrabene Bildungsungleichheit der Apartheidszeit, die sich in der Existenz von noch immer zwei qualitativ hoch unterschiedlichen Schulsystemen widerspiegeln. 2006 waren noch immer 5.000 staatliche Schulen ohne Elektrizität und 1.500 Schulen ohne Toiletten im Schulgebäude (NPC 2010: 14). Weiter lernen 24 Prozent der Schüler an Schulen, in denen sie sich nicht sicher fühlen und in denen kein respektvoller Umgang gepflegt wird. 29 Prozent geben zudem an, dass es mäßige Disziplin- und Gewaltprobleme gibt (TIMSS 2013: 269, 273). Zweitens existieren keine klaren und erfüllbaren Bildungspläne der Schulbehörden, sowie kaum Evaluierungsprozesse. Unklare Verantwortlichkeiten und Anweisungen in den Schulen und Schulbehörden tragen außerdem zu einer ineffizienten Kommunikation in der Schulverwaltung bei (NPC 2010: 15). In Südafrika werden 90 Prozent aller Schüler von Lehrern unterrichtet, die Probleme in ihren Schulen und Arbeitsbedingungen sehen (Mullis et al. 2012: 235). Drittens werden Lehrer in Südafrika weder fachlich noch pädagogisch ausreichend ausgebildet. 38 Prozent der Lehrer in Südafrika haben keine Universitätsausbildung (ebd: 287). Obwohl sich 88 Prozent der südafrikanischen Lehrer sehr gut vorbereitet fühlen, die TIMSS Mathekompetenzen zu unterrichten (ebd.: 307), können viele Lehrer selbst einfache Matheaufgaben nicht lösen (Hungi et al. 2011: 52). Hier liegt eine falsche Selbstwahrnehmung der Lehrer vor, die einen Teil des schlechten Abschneidens Südafrikas erklären kann. Viertens bleiben viele südafrikanische Schüler in geistiger und physischer Entwicklung aufgrund von Mangelernährung und fehlender Unterstützung zurück. Laut TIMSS können 63 Prozent der Schüler aufgrund von mangelnder Ernährung nicht ausreichend am Unterricht teilnehmen (Mullis et al. 2012: 385). Faktoren wie Lese- und Rechtschreibfähigkeit der Eltern und ein stimulierendes Umfeld spielen für die Schüler eine große Rolle (NPC 2010: 14).

Exemplarisch für das ungenutzte Potenzial der Jugend Südafrikas kann folgende Erkenntnis dienen. Rund 88 Prozent der südafrikanischen Schüler lernen gerne Mathematik in der Schule und 93 Prozent schätzen das Fach als notwendig und wertvoll ein (Mullis et al. 2012: 333, 335). Um dieses Potenzial besser nutzen zu können, müssen alle Beteiligten folgende Punkte beachten. Erstens muss die Ausstattung der Schulen mit grundlegenden Lernhilfen, Lehrbüchern und Computern verbessert werden. Lehrer müssen zweitens eine bessere Ausbildung erhalten und im Beruf stärker unterstützt, sowie durch Leistungsanreize gefördert werden. Drittens muss die Zusammenarbeit und Kooperationen zwischen allen Beteiligten im Schulsystem erhöht werden, besonders die Kooperation zwischen reichen und armen Schulen in strukturschwachen Gebieten (Lemon 2004: 289). Viertens muss die Verbindung von Muttersprache und Zweitsprachen im Unterricht durch besseren Englischunterricht gewährleistet werden. Da laut TIMSS nur 26 Prozent der südafrikanischen Schüler die Instruktionssprache zu Hause sprechen, bringt dies große Leistungseinbußen mit sich (Mullis et al. 2012: 189).

Die südafrikanische Regierung hat die Bildungskrise mittlerweile erkannt und macht in einem Policy-Entwurf, dem National Development Plan (NDP), entsprechende Vorschläge, um die Qualität des Bildungssystems zu erhöhen. Um das Problem der schwachen Schulleistung der sozio-ökonomisch benachteiligten Kinder zu verbessern, wird die frühkindliche Förderung bis zum siebten Lebensjahr, die sogenannte „Grade R“ eingeführt. Heute sind ungefähr 80 Prozent aller Fünfjährigen in Grade R und ungefähr 50 Prozent der Kinder unter fünf Jahren besuchen vorschulische Erziehungsstätten (NPC 2010: 14). Trotz höherer Ausgaben für das Bildungssystem als in Ländern wie Tansania fehlt es in südafrikanischen Schulen noch an den notwendigsten Dingen wie beispielsweise Unterrichtsbüchern (Spaull 2012: 126). Zudem schneiden Tansanias Grundschüler trotz eines etwa zehnfach geringeren BIP besser ab als Südafrikas Grundschüler (Spaull 2012: 128-129). Anhand von gut ausgearbeiteten Problemanalysen wie dem NDP werden Lösungsvorschläge gemacht (NPC 2012: 300-328), doch nur selten von der Regierung umgesetzt. Obwohl es beispielsweise weitreichende Beweise für einen negativen Zusammenhangs zwischen unzureichender Lehrerkompetenz und Schülerleistungen gibt, liegen seitens des ANC noch keine konkreten Pläne vor, um die Ausbildung der Lehrkräfte zu verbessern (Spaull 2013b). Auch die Stärkung der Kooperation zwischen den Ministerien für Bildung auf nationaler und regionaler Ebene, sowie zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bildungssektor kann die Qualität und die Verfügbarkeit von ausreichender Bildung für ärmere Bevölkerungsgruppen erhöhen (Hofmeyr et al. 2013). Zudem müssen die Verantwortlichkeiten der Lehrer und Schulleiter gegenüber Eltern und der Gemeinschaft erhöht werden, was wiederum zu einer Auseinandersetzung mit den starken

Gewerkschaften in Südafrika verbunden sein wird, da diese sich meistens gegen zusätzliche Kontrollen ihrer Arbeit aussprechen (NPC 2010: 15).

Die Ausführungen zu den ersten vier Einflussfaktoren in diesem Kapitel zeigen, dass die sozio-ökonomischen Faktoren miteinander in Verbindung stehen und sich gegenseitig beeinflussen. Die hohe Arbeitslosigkeit und die große Ungleichheit verstärken die Gewaltkriminalität, verringern Bildungschancen und reproduzieren so Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Kriminalität. Um aus diesem Kreislauf auszubrechen, muss Südafrika folgende Punkte besonders beachten. Zum einen müssen Bildungschancen durch qualifizierte Lehrer, gut ausgestattete Schulen und eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden und allen Beteiligten im Bildungssystem erhöht werden. Zum anderen muss die hohe Arbeitslosigkeit durch ein flexibleres Lohnverhandlungssystem, Bürokratieabbau, Produktivitätssteigerung der öffentlichen Verwaltung und eine Ausschöpfung des Potenzials von Kleinunternehmen gesenkt werden. Humankapital ist die Zukunftswährung und der Schlüssel zur Lösung der schwachen wirtschaftlichen Leistung und der hohen Kriminalität Südafrikas. Eine Verbesserung des Bildungssystems wird ein effizientes Zusammenarbeiten von allen beteiligten Akteuren und Institutionen erfordern. Da grundlegende Strukturen zum effizienten Ausführen von Policies in vielen Verwaltungsbehörden fehlen, muss der ANC als politischer Hauptverantwortlicher den Ausbau effizienter Strukturen vorantreiben. Auf der anderen Seite kann die Zivilgesellschaft eingreifen, wo der Staat mit seinen Mitteln versagt. Von den Möglichkeiten der Zivilgesellschaft für die Konsolidierung Südafrikas wird im nächsten Kapitel über das Sozialkapital die Rede sein.

4.2.2. Sozialkapital

Sozialkapital ist ein wichtiger Bestandteil für die maximale Konsolidierung Südafrikas. Es beinhaltet Netzwerke, Werte und Vertrauen und politische Partizipation in einer Gesellschaft (Osterberg-Kaufmann 2012: 144). Nur durch Sozialkapital können demokratiefreundliche Verhaltensweisen in der Zivilgesellschaft gefördert werden, die zur Konsolidierung einer substanziellen Demokratie beitragen können (vgl. Kapitel 3.3.). Je mehr soziales Kapital in einer Gesellschaft angesammelt wurde, desto eher kann ceteris paribus davon ausgegangen werden, dass sich Demokratien maximal konsolidieren (Merkel 2010: 84). In diesem Kapitel wird erklärt, warum Südafrika trotz zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und sogenannter Non Profit Organizations (NPOs) eine gespaltene Gesellschaft bleibt.

Gespaltene Zivilgesellschaft (Einflussfaktor 5)

Auch in Südafrika kann davon ausgegangen werden, dass Sozialkapital für die Stabilität der formalen politischen Institutionen in einer Demokratie unerlässlich ist, da sich Institutionen selbst nicht gegen demokratiefeindlich gesinnte Akteure verteidigen können. Werden noch so stabil geschaffene Institutionen von demokratiefeindlichen Akteuren unterwandert, besteht die Gefahr, dass die Demokratie auf kurz oder lang ausgehebelt werden kann, wie es auch in Südafrikas Nachbarstaat Simbabwe geschehen ist. Dieser Gefahr steht auch Südafrika gegenüber. Sozialkapital ist somit eine notwendige Bedingung, um instabile politische Institutionen mit demokratiefreundlichen Verhaltensweisen zu unterfüttern und dadurch zu stabilisieren. Ressourcen wie Vertrauen und Kooperation werden über Generationen hinweg von Gesellschaften erlernt und wachsen mit stetigem Gebrauch. Hier zeigt sich einmal mehr, dass das heute vorhandene Sozialkapital in Südafrika von historischen Entwicklungen abhängt.

Diese Arbeit vertritt die These, dass die immer wieder proklamierte starke Zivilgesellschaft in Südafrika heute stark geschwächt ist. Zum einen ist dies durch die strukturellen Veränderungen der Transitionsphase bedingt, zum anderen durch die Instrumentalisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren durch den ANC. Noch während und kurz nach der Transitionsphase engagierten sich rund 60 Prozent aller Südafrikaner in den insgesamt 98.920 zivilgesellschaftlichen Gruppen Südafrikas (Schmidt, S. 2006: 158, Swilling/Russel 2002: 20). Zu zivilgesellschaftlichen Gruppen gehören Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände, Nichtregierungsorganisationen, Selbsthilfegruppen und neue soziale Bewegungen, wie Anti-Globalisierungsbewegungen, aber auch typisch südafrikanische Non-Profit Organisations (NPOs).[9] In Südafrika besteht eine Tendenz zum Bilden nationaler Dachverbände. So sind etwa die Gewerkschaften im COSATU, die NGOs im SANGOCO (South African National NGO Coalition) und viele soziale Bewegungen inklusive NPOs im SANCO (South African National Civics Organisation) organisiert (Schmidt, S. 2006: 160). Nach dem Ende der Transition wirkten viele Gruppen ziellos und wurden durch wegfallende internationale finanzielle Unterstützungen und Mitgliederschwund geschwächt. Vor allem das Führungspersonal der zivilgesellschaftlichen Gruppen wanderte zum regierenden ANC ab, der es verstand, die gut organisierten Netzwerke der Gruppen für seine Etablierung nach langem Verbot während der Apartheid zu nutzen (Schmidt, S. 2006: 163). Die dadurch entstandene Vernetzung von zivilen Gruppen und ANC machten beispielweise den SANCO zu einem Im-

[9] Dazu gehören religiöse Organisationen, politische Parteien, Kooperative, und sogenannte Stokvels und Burial Societies (normalerweise kleinere Gruppen von 5 bis 30 Personen, die regelmäßig einen bestimmten Betrag auf ein gemeinsames Konto einzahlen, sodass jedes Mitglied von diesem Kapital profitieren kann; Swillling/Russel 2002: 10).

plementierungspartner der Regierung. Die Verbundenheit von SANCO, COSATU, SANGOCO und dem ANC wird trotz einiger politischer Differenzen durch regelmäßige Wahlempfehlungen für den ANC deutlich. Besonders SANCO wurde mehr und mehr zu einem Patronage-Netzwerk zur Positionsvergabe innerhalb des ANC und weniger zur Interessenvertretung der Armen. Darin wird die Instrumentalisierung von zivilen Gruppen als Dienstleister des ANC deutlich (Schmidt, S. 2006: 168). Die etablierten zivilen Gruppen konnten nach der Machtübernahme des ANC 1994 demnach nicht mehr so unabhängig und effektiv an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken wie zuvor.

Die Praxis, dass Regierungen auf NPOs durch finanzielle Unterstützung Einfluss nehmen kann jedoch in vielen Staaten dazu dienen Sozialleistungen zu kordinieren. So ist die südafrikanische Regierung bei der Bekämpfung von Armut stark auf die NPOs angewiesen. 1998 kamen dementsprechend 42 Prozent des Gesamteinkommens der NPOs von der Regierung (Swilling/Russel 2002: 34). Der starke NPO Sektor in Südafrika besteht aus circa 101.289 NPOs mit über 645.316 Beschäftigten (ebd.: 21).[10] Die NPOs sollen vor allem in den sozialen Bereichen wirken, die der Staat vernachlässigt, wie etwa die Betreuung der ärmsten und schwächsten in der Gesellschaft (ebd.: 4-5). Somit kann der südafrikanische Non-Profit Sektor aufgrund der Vielzahl an NPOs insgesamt als lebendig bezeichnet werden und kann generell die Entstehung von Sozialkapital fördern (ebd.: 84). Damit die NPOs diese Aufgaben erfüllen können, müssen sie sich jedoch ein Mindestmaß an Unabhängigkeit von staatlichen und privaten Geldgebern bewahren (ebd.: 94). Aufgrund der zuvor beschriebenen staatlichen Abhängigkeit in Südafrika darf dies bezweifelt werden. Wenn in vielen Berichten über Sozialkapital in Südafrika von einer starken und lebendigen Zivilgesellschaft gesprochen wird, dann bezieht sich dies meist auf die starken Bewegungen während der Apartheid und die noch heute zahlreichen NPOs (ebd.: 10). Eine große Zahl von NPOs sagt aber noch nichts über die Qualität von sozialen Beziehungen innerhalb der NPOs aus und verklärt damit das Bild einer immer noch tief gespaltenen Nation (Lefko-Everett et al. 2011).

Sind die NPOs vor allem durch den Staat und private Unternehmer finanziert, verlieren sie ihre Rolle als Beobachter und Korrektoren der Regierungspolitik. Dementsprechend bedarf es gewissen Freiheits- und Bürgerrechten, um die Zivilgesellschaft vor der Kolonialisierung durch den Staatsapparat und die Wirtschaft zu bewahren. Dies kann durch die politische Institutionalisierung von Freiheits- und Bürgerrechten, sowie deren Einhaltung und Respekt gemessen werden. Inglehard und Welzel (2005) stellen hierzu den Indikator „Effektive

[10] Bezahlte und freiwillige Arbeitnehmer im Non-Profit Sektor bildeten 1999 7,9 Prozent der Beschäftigten im nicht-Agrar-Sektor (Swilling/Russel 2002: 166-17).

Demokratie“ auf, der durch Multiplikation der Freedom House Skala der politischen Rechte und Bürgerrechte mit dem Antikorruptionsindex der Weltbank nach Kaufman et al. zustande kommt (Schmidt 2010: 425). Für das aktuellste Jahr 2011 im Antikorruptionsindex der Weltbank liegen die Werte für Südafrika bei 2,53 von maximal 5 Governance Punkten. Gleichzeitig belegt Südafrika unter 215 Ländern den Perzentilrang 59 (Kaufmann et al. 2012).[11] In der Freedom House Skala gilt Südafrika als elektorale Demokratie mit einem Wert von 2 für politische Rechte (Political Rights) und Bürgerrechte (Civil Liberties) (Puddington 2013: 16). Der relativ gute Wert für politische Rechte und Bürgerrechte zeigt den immer noch großen Einfluss der fortschrittlichen Verfassung Südafrikas und die große Zahl der NPOs. Obwohl der ANC bestimmte politische Rechte zu beeinflussen sucht, können die Bürger in Südafrika freie Vereinigungen gründen und sich auch gegen Regierungspolicies stellen.

Die über die letzten Jahre stetig gesunkene Performanz im Kampf gegen die Korruption (vgl. Fußnote 11) zeigt aber auch die großen Spannungen in der südafrikanischen Gesellschaft, in der die Bürger früher oder später mit Korruption und Klientelismus zu kämpfen haben. Diese Spannungen könnten eine gefährliche Apathie in der Zivilbevölkerung auslösen, sich an einem korrupten politischen System nicht zu beteiligen. Die bereits erwähnten Problemfaktoren der sozio-ökonomischen Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Gewalt, sowie der fehlenden Bildung tragen auch dazu bei, die Entwicklung einer lebendigen Bürgerkultur zu verlangsamen. Vor allem in den durch die Apartheid benachteiligten ländlichen Regionen und in den Townships ist die Bürgerkultur vor allem durch eine Kombination von Apathie, Passivität und geringer Achtung für formale Regeln geprägt (vgl. Merkel/Croissant 2000: 23). Auch die in ländlichen Gebieten noch verbreitete Stammeskultur kann nicht als potenzielle Quelle von Sozialkapital dienen, sondern trägt dazu bei, hierarchische Muster und Gehorsam statt kritischem Denken in der Bürgerkultur zu verankern (LiPuma/Koelbe 2009: 219). Folglich ist es von zentraler Bedeutung, die Menschen in Südafrika über ihre Rechte und Pflichten in einer Demokratie aufzuklären. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Education Rights Project (ERP), das verschiedene Zivilgruppen zusammengebracht hat, um gemeinsam das durch die Verfassung garantierte Recht auf Bildung einzuklagen (Thapliyal 2013: 227). In diesem Projekt zeigte sich, dass die Passivität von sozial benachteiligten Menschen durch Aufklärung über ihre Rechte durchbrochen werden kann. Allerdings zeigt das Projekt auch die Grenzen des politischen Engagements der Bürger. Oft fehlt benachteiligten Schichten zu

[11] Das heißt, dass 59 Prozent der 215 Länder schlechter abschneiden als Südafrika. Südafrika befindet sich somit nur im internationalen Mittelfeld, während es 1998 noch zum oberen Viertel mit Rang 78,5 gehörte (Kaufmann et al. 2012).

einer effektiven Durchsetzung der Bürgerrechte die Zeit, da fehlende Ressourcen die Alltagsbewältigung erschweren (Thapliyal 2013: 228).

Sozialkapital wird des Weiteren durch die großen Migrationsbewegungen innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft geschwächt. Südafrika ist historisch-strukturell bedingt eine Migrationsgesellschaft, in der schon 1920 30-40 Prozent der männlichen Bevölkerung in eines der urbanen Zentren wanderten, um zu arbeiteten (Butler 2009: 13). Diese Migrationsbewegungen von den ländlichen Gebieten und ehemaligen Bantustans dauern bis heute an (Steinbrink 2009). Der kontinuierliche Migrantenstrom in die urbanen Zentren wie Gauteng oder Kapstadt führt zur Entstehung von „innerstädtischen sozialen Netzwerken, die auf gemeinsamer Herkunft aufbauen“ (ebd.: 260). Diese sozialen Netzwerke bilden einerseits ein soziales Sicherungsnetz für die Migranten, auf der anderen Seite hält es Migranten aber durch erzwungenes Vertrauen und einen Zwang zum Teilen gefangen und vermindert somit ökonomische Aufstiegschancen (ebd.: 403). Soziale Netzwerke der Migranten versorgen also in den urbanen Zentren Südafrikas ihre Mitglieder, halten sie aber gleichzeitig durch Sozialneid und Nivellierungsdruck auf einem bestimmten ökonomischen Niveau gefangen. Die Abhängigkeit von den Netzwerken ist strukturell bedingt und erhöht sich mit der Verwundbarkeit der Migranten (ebd.: 405). Die Entscheidung, sich in solche Netzwerke zu begeben, ist somit eine rational-strategische Handlung, eine sogenannte Coping- oder Livelihood-Strategie (ebd.: 405). Es kann davon ausgegangen werden, dass durch Veränderung der strukturellen und sozio-ökonomischen Bedingungen die Abhängigkeiten der Migranten eingedämmt werden könnten. Durch strukturelle Stärkung und ökonomische Revitalisierung der ländlichen Gebiete und ehemaligen Bantustans, sowie die Förderung von Bildung und Wertevorstellungen, die Leistungsbereitschaft anerkennen und fördern, wäre ein Überwinden der prekären Situation der Migranten und der negativen Auswirkungen ihrer Netzwerke möglich.

Neben der Abhängigkeit der Migranten besteht ein weiteres Problem für Südafrikas Sozialkapital in einer Kombination der sozio-ökonomischen Ungleichheit, der hohen Gewaltkriminalität und dem kulturell bedingten sozialen Neid gegenüber Bessergestellten in Teilen der südafrikanischen Bevölkerung. Dies führt in besonders unsicheren Gebieten des Landes zu einem Anreiz, möglichst wenig zu besitzen, um nicht schwerwiegende physische oder materielle Verluste zu erleiden. Die drei Faktoren sozio-ökonomische Ungleichheit, Gewaltkriminalität und sozialer Neid und Verletzlichkeit bedingen sich also gegenseitig. Dieser für die sozio-ökonomische Entwicklung Südafrikas negative Kreislauf lässt sich nur durch eine Kombination von sozio-ökonomischer Ungleichheit, hoher Gewaltkriminalität und fehlender Bildung und fehlendem Bridging Sozialkapital (vgl. Kapitel 3.3.) erklären. Solch ein Bridging

Sozialkapital ist aber für die Interaktionsformen in einer Demokratie entscheidend, da es im Gegensatz zum Bonding Sozialkapital keine klientelistischen Netzwerke stärkt, sondern eine Bürgerkultur des Vertrauens und der Kooperation fördert. In Südafrika ist also das demokratiefreundliche Bridging Sozialkapital weniger gut ausgebildet, wohingegen das Bonding Sozialkapital durch starke Stammes- und Familienstrukturen, sowie klientelistisches Verhalten der politischen Eliten stark ausgeprägt ist. Dies wird auch darin deutlich, dass fast 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid 35 Prozent aller Südafrikaner Angehörige anderer Ethnien immer noch als „nicht vertrauenswürdig" betrachten (Bertelsmann Stiftung, 2012b: 17). In einer Gallup World Poll gaben 2011 nur 17 Prozent der Südafrikaner an, dass man seinen Mitmenschen vertrauen kann (Malik 2013: 208).

Die Beispiele verdeutlichen, dass das Bridging Sozialkapital in Südafrikas Gesellschaft gesteigert werden muss. Um dies zu erreichen, müssen vor allem die Beziehungen zwischen den verschieden Ethnien verbessert werden. Wie bereits dargestellt, wird die Interaktion zwischen den Ethnien in Südafrika heute besonders durch den sozio-ökonomischen Status bestimmt (Lefko-Everett 2012: 44). Seit 2003 bleibt in Umfragen darüber, was die Südafrikaner am meisten trennt, die Schere zwischen Arm und Reich an oberster Stelle (Lefko-Everett 2012.: 45).[12] Dies lässt eine Verschiebung von Rassentrennung hin zu einer neuen Klassentrennung in Südafrika vermuten, welche sich allerdings aufgrund der Apartheid überschneiden. In Kapitel 4.2.1. wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Beziehungen zwischen den Ethnien durch kulturellen Austausch und Kooperation untereinander gefördert werden können. Sozialkapital kann also dort entstehen, wo sich Menschen austauschen und Gemeinschaft miteinander haben. Laut Putnam (2000: 66) bieten sich religiöse Gemeinschaften als Quellen von Sozialkapital an. Gerade in Südafrika spielt die Vielfalt an religiösen Gemeinschaften eine große Rolle im Aufbau von Sozialkapital (Swilling/Russel 20020: 11). Kirchgänger sind nach Putnam stärker geneigt, sich in säkularen Organisationen zu beteiligen, sind politisch aktiver, und haben tiefergehende soziale Kontakte (Putnam 2000: 66). Diese positiven Effekte von religiösen Organisationen treten jedoch nur bei nicht streng-hierarchisch denkenden Gläubigen auf. In verschiedenen Studien zu Sozialkapital wird ein hierarchisches und autoritäres Verständnis von Glaube und religiösen Organisationen sogar mit geringerem Sozialkapital in Verbindung gebracht (Putnam 1993, Halpern 2005). Diese Studien zeigen, dass Demokratien auf eine nicht-hierarchische Gesellschafts- und Wertestruktur angewiesen sind. Obwohl die bürgerlichen Freiheitsrechte der Südafrikaner hoch sind (vgl. Freedom House Freiheitswert von 2 in Tabelle 1), gibt es auch Tendenzen zu einer ungenügenden Unterstützung

[12] Dicht gefolgt von HIV/AIDS bei 19,3 Prozent der Befragten.

und Wertschätzung dieser Rechte. Noch gibt es in der südafrikanischen Gesellschaft eine breite Unterstützung für die Demokratie. 72 Prozent aller Südafrikaner geben an, dass Demokratie allen anderen Regierungsformen vorzuziehen sei (Afrobarometer 2011). Gleichzeitig würden aber 63 Prozent eine nicht demokratisch legitimierte Regierung tolerieren, wenn sie Recht und Ordnung, Wohnung und Arbeit bereitstellte (Afrobarometer 2011). Daran erkennt man die Abhängigkeit von demokratiefreundlichem Sozialkapital vom sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau. Zugespitzt könnte man sagen, dass die Südafrikaner auch eine Diktatur dulden würden, solange sie die ökonomischen Grundbedürfnisse der Bürger erfüllte. Für die Lösung von Südafrikas sozio-ökonomischen Problemen ist jedoch die Partizipation der Zivilgesellschaft durch aktive Teilnahme an öffentlichen Policy-Debatten von großer Bedeutung (Hölscher 2008). Hier haben Sozialarbeiter und Bürger beispielsweise die Möglichkeit, auf strukturelle Ungerechtigkeiten und Widersprüche in der Regierungspolitik hinzuweisen (Hölscher 2008: 122). Um eine effektive und breite Partizipation der Zivilgesellschaft und eine gemeinsame Bürgerkultur in Südafrika zu entwickeln, muss aber in erster Linie eine Annäherung der immer noch stark getrennt lebenden Ethnien stattfinden. Trotz kleiner Fortschritte seit 2003 leben Südafrikas Ethnien nach einer Studie des South African Reconciliation Barometers immer noch relativ getrennt (Lefko-Everett 2012: 43). Die Hoffnung für eine verstärkte Annäherung zwischen den Ethnien ruht auf der Post-Apartheid Generation, da diese die Ungerechtigkeiten der Apartheidszeit nicht erlebt hat. Allerdings sollte die Hoffnung auf eine Annäherung der Ethnien und damit dem Ideal der Rainbow Nation nicht einfach den Nachkommen überlassen werden. Auch bei Jugendlichen müssen weiterhin viele Missverständnisse, kulturelle Ignoranz, negative Stereotypen und Rassismus abgebaut werden (Lefko-Everett 2012: 15). Eine stärkere Interaktion zwischen den Ethnien durch eine Respektierung der Gruppenidentitäten der Ethnien (Lefko-Everett 2012:15) wäre ein erster Schritt auf einem noch langen Weg zu einer multiethnischen Gesellschaft. Sozialkapital muss also vor allem durch aktives Handeln und vertrauensbildende Maßnahmen des Staates und der Öffentlichkeit geschaffen werden. Hier können gerade die zahlreichen NPOs eine Plattform bieten. Ein anderer wichtiger Punkt ist der Abbau der sozio-ökonomischen Ungleichheiten, die aber den ersten Schritt der Annäherung der Ethnien nicht ersetzen, sondern nur vervollständigen können.

Zusammenfassend sind neben der Verschmelzung vieler Zivilgruppen mit dem ANC vor allem die sozio-ökonomische Ungleichheit und fehlendes Bridging Sozialkapital für ein relativ geringes Sozialkapital verantwortlich zu machen. Obwohl Südafrika immer noch zahlreiche NPOs besitzt, die als Quellen für Sozialkapital dienen können, sind auch diese auf eine

Annäherung der Ethnien untereinander angewiesen, sowie auf eine Verringerung der südafrikanischen Gewaltkultur. Vorurteile und Gewalt können in erster Linie durch Bildung abgebaut werden. Möglichkeiten, das Sozialkapital in Südafrika zu steigern, bieten also insbesondere die Bildungspolitik sowie eine Annäherung der historisch gespaltenen Ethnien durch wirkungsvolle Programme von Staat und zivilen Akteuren. Dabei sind diese wiederum auf eine starke innere Organisationsstruktur angewiesen, die in Südafrika oft nicht ausreichend besteht (Swilling/Russel 2002). Durch wirkungsvolle Aufklärung über die laut Verfassung garantierten Rechte könnten Bürger aller Ethnien befähigt werden, Rechte wie das auf Bildung und auf Arbeit stärker einzufordern. Diese Rechte müssen insbesondere durch die Unterschicht eingefordert werden, da hier ein großes Potenzial für die Entstehung von Sozialkapital liegt (Rössel 2002: 325). Aufklärung und Mobilisierung aller Bevölkerungsgruppen und sozialen Klassen könnte zum einen zu einer stärkeren gemeinsamen Identität der Ethnien beitragen. Zum anderen könnte gemeinsames Handeln die Wartezeit auf die Lösung der dringendsten Probleme Südafrikas deutlich verkürzen.

4.2.3. Institutionen und Akteure

Wie in Kapitel 3.3. angesprochen, spielen Institutionen und Akteure eine wichtige Rolle für die Konsolidierung oder Dekonsolidierung eines Regimes. Generell kann die Dekonsolidierung von demokratischen Regimen von unten oder oben erfolgen. Von unten geschieht dies, wenn in einer Gesellschaft nicht genügend Sozialkapital vorhanden ist. Wie im letzten Kapitel besprochen, gibt es in Südafrika theoretisch ausreichend Unterstützung für die Demokratie, die aber von schlechten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen ausgehöhlt wird. Die zweite Gefahr für Südafrikas Demokratie droht von oben zu kommen. Dort befinden sich politische oder wirtschaftliche Eliten, die ihre Macht unrechtmäßig ausweiten können, indem sie demokratische Institutionen für ihre Zwecke instrumentalisieren oder durch klientelistisches oder korruptes Verhalten ihrer Wirkung berauben (Merkel/Croissant 2000: 20). Inwiefern der ANC auf diese Weise zur Dekonsolidierung Südafrikas beiträgt, wird in diesem Kapitel analysiert. Zuerst wird als sechster Einflussfaktor die Dominanz des ANC und dessen Ursachen beschreiben. Außerdem werden Möglichkeiten diskutiert, wie die ANC Dominanz im politischen System Südafrikas sinnvoll eingeschränkt werden könnte. Danach folgt eine Zusammenfassung der Output-Bilanz des ANC von 1994 bis 2013. Als siebter Einflussfaktor werden daraufhin die endemische Korruption und Klientelpolitik des ANC und deren Ursachen

und Auswirkungen geklärt. Am Ende des Kapitels wird analysiert, inwiefern die Außenpolitik Südafrikas auf die Dekonsolidierung einwirkt.

Dominanz des ANC (Einflussfaktor 6)

Als wichtigster Akteur, sowohl in der Transitionsphase als auch später in der Konsolidierungsphase, kann der ANC gelten. Er regiert zurzeit zusammen mit der SACP und dem COSATU das Land und trifft auf allen Ebenen alle wichtigen Entscheidungen des Landes. Er besetzt alle Institutionen auf nationaler Ebene, regiert acht der neun Provinzen und bestimmt mit Ausnahme Kapstadts alle wichtigen urbanen Zentren des Landes. Im Folgenden werden die Ursachen der Dominanz des ANC erläutert.

Die klaren Wahlsiege des ANC, die seine Dominanz in allen politischen Institutionen begründen, werden durch das südafrikanische Wahlsystem begünstigt. Das Wahlsystem der geschlossenen Listen mit proportionaler Repräsentation und die parlamentarische Organisation sind zwar weniger anfällig für individuelle Einflussnahme wie etwa das Mehrheitswahlrecht (FPTP). Aber die geschlossenen Wahllisten, die von den Parteien bestimmt werden, stärken den Parteieneinfluss auf die Kandidaten und somit auch die Dominanz des herrschenden ANC (Lodge 2003: 135). Da in bestimmten ländlichen Gebieten die Nominierung auf eine Wahlliste des ANC die einzige Möglichkeit ist, der Armut zu entkommen, hat sich ein gewaltvoller politischer Wettbewerb entwickelt. Allein in Kwa-Zulu Natal wurden zwischen 2007 und 2012 über 40 Politiker in Macht- und Korruptionskämpfen ermordet (The Economist 2012b). Eine Veränderung des Wahlsystems könnte in diesen Fällen sogar die Korruption eindämmen, da sogenannte Whistleblower nicht mehr mit Vergeltung durch den Verlust eines Listenplatzes fürchten müssten. Das Wahlsystem der festen Wahlkreise, in denen ein Abgeordneter verantwortlich ist, gibt es in Südafrika bereits auf kommunaler Ebene und könnte durch eine Ausweitung auf die nationale Ebene die Verantwortlichkeit und die Kontrolle der Abgeordneten durch den Demos erhöhen.

Zusätzlich zum Wahlsystem unterstützt das unitaristisch-präsidentielle System Südafrikas die Dominanz des ANC. Wie in Kapitel 4.1.3. angemerkt, spricht die südafrikanische Verfassung der Exekutiven erhebliche Macht zu. Eine stärkere Ausrichtung an einer Konkordanzdemokratie in der Transitionsphase hätte die Kosten der ineffizienten ANC-Policies durch die Einbeziehung mehrerer Akteure abmildern können. Es kann dem ANC dennoch zugutegehalten werden, dass er als Konkordanzpartei (Weissenbach 2010: 60) durch die tripartistische Allianz mit COSATU und SACP bereits viele Interessenkonflikte in der südafrikanischen Gesellschaft aufgreift und entschärft. Innerhalb des ANC spiegelt sich auch die rela-

tiv effiziente Bündelung und Artikulation von Individualpräferenzen (Schmidt 2010: 459). Dies stellt einen Prozessvorteil der substanziellen Demokratie gegenüber anderen Regimen dar und ist für Südafrika von besonderer Bedeutung, um den sozialen Frieden angesichts der enormen sozio-ökonomischen Spannungen zu erhalten. Andererseits können extreme Positionen der SACP oder des COSATU den ANC in seiner Integrationsleistung überfordern und Zerwürfnisse zwischen den Akteuren können die Steuerungsfähigkeit der Regierung einschränken.[13] Die Ursachen für die allumfassende Dominanz des ANC liegen somit in seiner Popularität als Befreiungsbewegung gegen das Apartheidsregime, dem Wahlrecht und den dadurch bedingten starken Einfluss auf Parteimitglieder, sowie dem unitaristisch-präsidentiellen System Südafrikas. Im folgenden Abschnitt werden nun mögliche Einschränkungen der Dominanz des ANC analysiert.

Eine weitere Voraussetzung für die Konsolidierung einer Demokratie ist eine ausreichende Zahl an Regierungswechseln, die gewährleisten, dass keine Partei zum Alleinherrscher über die politischen Institutionen aufsteigt (Przeworski 1999: 49). Demnach kann Südafrikas Konsolidierung eventuell durch eine ernstzunehmende Oppositionspartei wie die DA gefördert werden. Dies wird durch die gute Regierungsführung der DA in der Western Cape Provinz deutlich. Trotz der Ineffektivitäts- und Korruptionsprobleme besitzt der ANC allerdings eine komfortable Mehrheit und wird wohl weiterhin, wenn überhaupt, auf regionaler Ebene durch die DA herausgefordert werden können. Jung/Shapiro (1995) vertreten die Ansicht, dass schon in den Transitionsverhandlungen die Grundlagen für eine schwache Rolle der Opposition gelegt wurden. Da de Klerk auf eine Regierung der nationalen Einheit bestand, und dies durch Einwilligung des ANC schließlich erreichte, hatten ANC und NP kein Interesse daran, die Grundlagen für eine starke Opposition zu schaffen (Jung/Shapiro 1995). Dies änderte sich jedoch nach dem Zusammenbruch der Koalition von ANC und NP. Bereits bei den zweiten freien Wahlen 1999 wurde erkannt, dass die Stärkung der parlamentarischen Opposition und damit die erfolgreiche Konsolidierung von zwei Faktoren abhängen, nämlich erstens von der Fähigkeit der Oppositionsparteien, ihre Rassenschranken zu überwinden, und zweitens von der Schwächung der tripartistischen Allianz aus ANC, COSATU und SACP (Habib/Taylor 1999).

Für die Konsolidierung der Parteienlandschaft ist es erstens entscheidend, inwiefern die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts vor dem Hintergrund der Bestrebungen des ANC, die Justiz zu kontrollieren, bewahrt werden kann. Zweitens ist entscheidend, inwiefern

[13] Etwa das Zerwürfnis wegen des GEAR Wachstumsprogrammes (Growth, Employment and Redistribution) und der damit verbundenen Adaption eines wirtschaftsliberalen Programms.

die Provinzen als subsidiäre Dienstleister und Oppositionskeimzellen beibehalten werden können. Drittens ist von Bedeutung, inwiefern Dynamiken im Parteiensystem auftreten, die die Dominanz des ANC schwächen (Schmidt S. 2010: 37). Solche Dynamiken waren schon 2009 beobachtbar, als sich der COPE (Congress of the People) aus enttäuschten ANC-Funktionären gründete. Dieser war aber bei den Wahlen nicht erfolgreich und zeigt schon Zerfallstendenzen. Die DA ist somit die bedeutendste Oppositionspartei und regiert als einzige Partei außer dem ANC eine Provinz. Somit scheint die DA als einzige Oppositionspartei dazu geeignet, die Dominanz des ANC schwächen zu können. Dies hängt vor allem von der Fähigkeit der DA ab, auch schwarze Wähler anzusprechen und dies in den gewonnenen Provinzen zu materialisieren. Das Erstarken einer Opposition könnte jedoch auch negative Folgen für Südafrikas Konsolidierung haben. Unter dem Druck einer starken Oppositionspartei könnten innerhalb des ANC die Anreize steigen, die liberale Verfassung Südafrikas auszuhebeln und mit erhöhtem politischem Druck auf die starke Opposition zu reagieren. Der wirkliche Test für die stabilen demokratischen Institutionen Südafrikas wird daher dann erfolgen, wenn der ANC um seinen nationalen Wahlsieg fürchten muss (Butler 2009: 170). Solch ein Szenario zeigt, dass ohne die Anerkennung der demokratisch-rechtsstaatlichen Grundregeln durch die Eliten eines Staates eine maximale Konsolidierung nicht möglich ist.

Die Anerkennung der zentralen demokratischen Institutionen und deren Spielregeln sind in Südafrika noch nicht abgeschlossen. Obwohl laut Freedom House Rechtsstaatlichkeit fest etabliert ist[14], werden Gerichte und demokratische Institutionen von Teilen des ANC noch immer als Herrschaftsinstrumente der Weißen Bevölkerung wahrgenommen. Vor allem das Parlament wurde von vielen hochrangingen ANC-Politikern schon immer eher kritisch als eine bourgeois-liberale Institution gesehen. Aus diesem Grund wählen ANC-Spitzenpolitiker die Ausschussvorsitzenden, sowie den Parlamentspräsidenten selber, anstatt dies den Abgeordneten zu überlassen. Der ANC übt zudem eine starke Disziplinierung auf seine Abgeordneten aus. Es gibt beispielsweise sogenannte „study groups“ des ANC, um Entscheidungen von Parlamentskommissionen zuvorzukommen, die möglicherweise nicht der Parteilinie entsprechen würden (Butler 2009: 124). Für die Provinzebenen wurden von 1997 bis 2007 noch alle ANC-Premierminister vom Parteivorstand oder dem Präsidenten ausgewählt. Diese Aufgabe wurde nach 2007 jedoch weitgehend an die Provinzen zurückgegeben. Diese Maßnahme zeigt, dass es im ANC trotz allem auch weiterhin basisdemokratische Strömungen gibt, die eine allzu große Machtkonzentration in der Exekutiven kritisch sehen. Das könnte dazu füh-

[14] Der Civil Liberties Wert für Südafrika beträgt 2 (Werte rangieren von 1,0-2,5 = frei:, 3,0-5,0 = teilweise frei:, und 5,5-7,0 = nicht frei), Puddington 2013: 32.

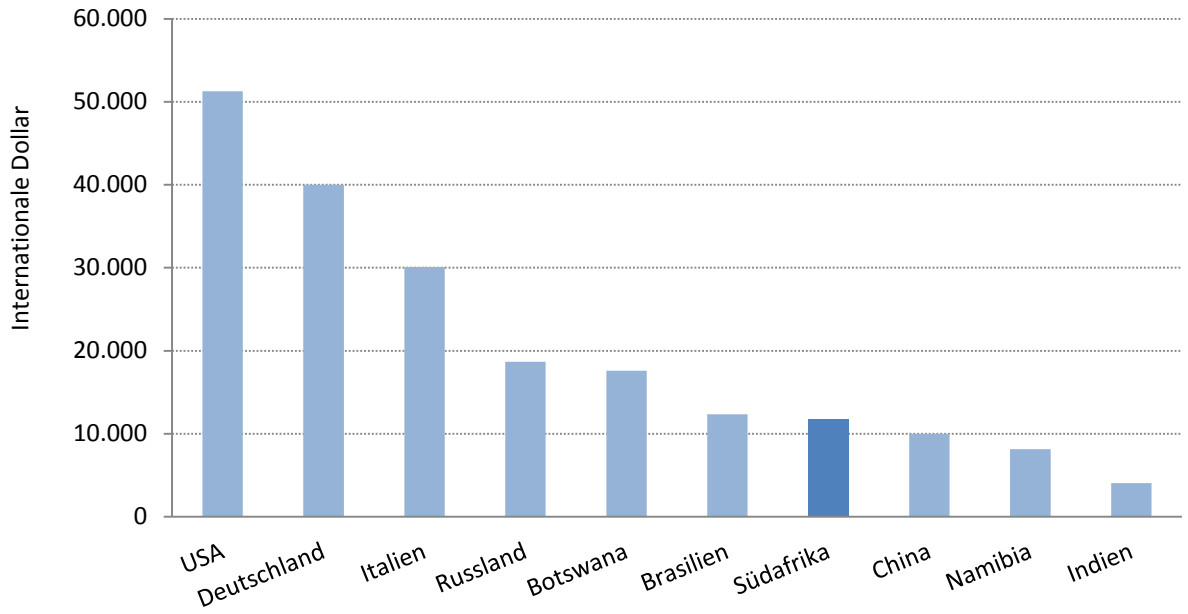
ren, dass unter ANC-Anhängern ein Konsens erzielt werden kann, dass Macht wieder breiter im Land und innerhalb der Partei verteilt werden sollte (Butler 2009: 124). Eine Lockerung der Einflussnahme des Parteivorsitzes auf ANC-Abgeordnete wäre ein möglicher Beginn. Nachdem in den vorherigen Abschnitten die Dominanz des ANC und mögliche demokratieförderliche Einschränkungen dieser Dominanz betrachtet wurden, wird im folgenden Abschnitt die Output-Bilanz des ANC während seiner fast 20-jährigen Regierungszeit analysiert.

Trotz aller Kritik, die dem ANC heute entgegenschlägt, und die nach der Analyse dieser Arbeit auch nicht unbegründet ist, sollte man seine Leistung in der ersten Konsolidierungsphase direkt nach 1994 nicht unterschätzen. Butler (2009: 31-32) nennt vier besondere Leistungen des ANC nach 1994: Erstens sicherte der ANC die politische Stabilität in einer äußerst instabilen Konsolidierungsphase. In KwaZulu-Natal wurde durch die vermittelnden und besonnenen Aufrufe Mandelas eine Eskalation des Konflikts mit der IFP verhindert. Der ANC nutzte trotz seiner klaren Vormachtstellung kaum undemokratische Maßnahmen, um seine Ziele zu erreichen, sondern diente als Sammler und Vermittler von Interessen und verhinderte tiefere ideologische Konflikte innerhalb der Partei. Zweitens konnte der ANC durch sein klares Mandat wichtige, aber bei vielen Wählern unpopuläre Maßnahmen wie das GEAR (Growth, Employment and Redistribution) Wachstumsprogramm durchsetzten. GEAR schuf eine gesunde makroökonomische Wachstumsbasis für die südafrikanische Wirtschaft, kostete den ANC aber zunächst einige Wählerstimmen aus der ärmeren Bevölkerung. Der ANC-Finanzminister Trevor Manuel konnte jedoch überzeugend vermitteln, dass GEAR die Voraussetzungen für das teure Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm RDP (Reconstruction and Development Programme) des ANC schaffen konnte. Die dritte Leistung des ANC besteht darin, aus den Ruinen des Apartheidstaates ein neues Regierungs- und Verwaltungssystem aufgebaut zu haben. Dabei wurden die ehemaligen quasi unabhängigen Bantustans in den Zentralstaat integriert, neue Stadtverwaltungen und Provinzen geschaffen, das Zentrum des Staates neu ausgerichtet, ein neuer nationaler Planungsrahmen geschaffen und auf mittelfristiges Finanzmanagement umgestellt. Der ANC kreierte somit entschlossen ein institutionelles System als Basis für gute Regierungsführung. Viertens gelang es dem ANC, das Vertrauen der ärmeren Südafrikaner zu bewahren, obwohl sich deren Situation in den ersten zehn Jahren der neuen Demokratie kaum besserte. Durch enge Kontakte zu den Wählern gelang es dem ANC aber, eine realistische und geduldige Erwartungshaltung an die Geschwindigkeit des Wandels zu vermitteln. Schließlich ist es auch dem ANC zu verdanken, dass durch seine versöhnliche Haltung nach Jahren der Rassentrennung und Benachteiligung der nicht weißen Bevölkerung kein ethnisch motivierter Konflikt ausbrach und durch die TRC die Vergangen-

heit des Landes versöhnlich und kooperativ aufgearbeitet wurde. Die aktuellste Leistung des ANC besteht darin, die multidimensionale Armut (Finn et al. 2013) durch Häuserbau und Bereitstellung von Wasser und Elektrizität unter schwierigen Bedingungen vermindert zu haben.

All diesen unbestreitbaren Erfolgen des ANC stehen 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid die immer noch schlechten Lebensbedingungen vieler Südafrikaner gegenüber (vgl. Kapitel 4.2.1.). Auch im internationalen Vergleich mit Ländern, die vor ähnlichen sozio-ökonomischen Herausforderungen stehen, schneidet Südafrikas Regierungsführung nicht besonders gut ab (vgl. Abbildungen 4 und 5, sowie HDI Rang: 121 von 187 Ländern, Schwab 2012). Auch im internationalen Vergleich des BIP per capita schneidet Südafrika mit anderen Demokratien, sowie seinen Nachbarstaaten und der BRICS-Gruppe relativ schlecht ab (vgl. Abbildung 12).

Abbildung 12: BIP per capita 2013 im aktuellen internationalen Dollar (KKP[15])



Quelle: International Monetary Fund 2013, eigene Darstellung.

Warum fällt es dem ANC so schwer, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen? Als ersten wichtigen Punkt kann der Einfluss der Apartheid angeführt werden. Die damals geschaffenen Ungleichheiten wirken bis ins heutige Südafrika. Diese Ungleichheiten werden durch den Land Act 1913 und den Bantu Education Act 1953 begründet, die beide der nicht-weißen Bevölkerung nur ungenügende Entwicklungs- und Bildungsressourcen zur Verfügung stellte

[15] Kaufkraftparität (KKP) macht verschiedene Währungen durch die Umrechnung auf den internationalen Dollar vergleichbar.

(Simkins 2011: 109). Aufgrund dieser Ungerechtigkeiten sah die neue Verfassung von 1996 die Neuverteilung des Bodenbesitzes (land reform) und ein wirtschaftliches Gleichstellungsprogramm für Nicht-Weiße vor. Welche Rolle der ANC bezüglich der Umsetzung der Landreform und der wirtschaftlichen Gleichstellungsprogramme BEE[16] und BBBEE[17] spielte, wird im Folgenden verdeutlicht.

Wie schon in Kapitel 4.2.1. angedeutet, sollte die Neuverteilung des Landbesitzes in Südafrika einvernehmlich mit allen Beteiligten ablaufen, um eine Spaltung der Gesellschaft und ökonomische Schwierigkeiten zu vermeiden. Hierzu wird das „willing buyer, willing seller" Prinzip angewendet, dass es dem Staat ermöglicht, Land zu marktüblichen Preisen zu erwerben und dann an Bedürftige zu verteilen. Diese Politik folgt allerdings dem Prinzip, dass eine radikale Enteignung nicht zur Erhaltung der Produktivität des Agrarsektors bei gleichzeitiger Neuverteilung des Landes beitragen kann. Dementsprechend verhindert diese Politik eine effektive Neuverteilung des Landes an Bedürftige und sichert die Interessen der besitzhabenden Klasse, da die Übertragung von produktiven Farmen an Arme, die keine ausreichenden Produktionskapazitäten haben, der kapitalistischen Logik der Gewinnmaximierung widerspricht (Hall 2004: 225). Dem vom ANC geführten zuständigen Ministerium fehlen für die Einschätzung des Dilemmas zwischen mehr Gerechtigkeit durch Enteignung und mehr Produktivität durch den kapitalistischen Status Quo wichtige Informationen. So gibt es beispielsweise noch keine umfassende Landerhebung, die genaue Aussagen über Besitzverhältnisse in Südafrika zulässt (De Jager 2012). Da bis 2010 nur acht Prozent des Landes erfolgreich transferiert wurden, ist der ANC mit seinem Ziel, bis 1999 30 Prozent des Landes an Nicht-Weiße zu transferieren, gescheitert (Atuahene 2011). Das Scheitern der Landumverteilung hat folgende Ursachen. Erstens verstärkt der ANC durch das „willing buyer, willing seller" Prinzip die Ungleichheiten, da das Land meist an wohlhabende ANC-Eliten verteilt wird. Zweitens wird fruchtbares Land, das sich zu großen Teilen in den ehemaligen Bantustans befindet, nicht genutzt, obwohl es gerade dort an die arme Landbevölkerung verteilt werden könnte (De Jager 2012: 3). Drittens werden neue Landbesitzer nicht ausreichend von der Regierung unterstützt, sodass das Land nach einer Transferierung oft ungenutzt brach liegt (Atuahene 2011). Dementsprechend zeigen die zuständigen Ministerien große Defizite in der Implementierung von effizienten Policies, da ihnen für eine differenzierte Entscheidungsfindung wichtige Informationen fehlen.

[16] Black Economic Empowerment.
[17] Broad Based Black Economic Empowerment.

Die zweite wichtige Umverteilungsmaßnahme neben der Landreform ist das sogenannte Black Economic Empowerment (BEE). Die offizielle staatliche Definition von Black schließt afrikanische (African), farbige (Coloured), indische (Indian), und seit Juni 2008 auch chinesische Südafrikaner ein (Freedom House 2013). Das BEE wurde eingeführt, um eine nicht-weiße Mittelklasse zu fördern und am ökonomischen Wohlstand zu beteiligen. Allerdings verhalf das BEE vor allem einer kleinen schwarzen Elite zu mehr Wohlstand und wurde darum ab 2003 schrittweise durch das sogenannte Broad Based Black Economic Empowerment (BBBEE) ersetzt, das die Beteiligung der Nicht-Weißen am Wohlstand nicht nur in Kapitalanteilen und Managementpositionen in Unternehmen fördert. BBBEE versucht, die sozio-ökonomischen Ungleichheiten der Apartheid durch gleichzeitige Fortbildungsmaßnahmen und finanzielle Anreize für Firmen, die Nicht-Weiße einstellen, zu steuern. Leider wurde auch BBBEE in mehreren Fällen missbraucht, um an Staatsaufträge zu kommen, von denen circa 30 Prozent der Wirtschaft in Südafrika abhängen (Penfold 2012: 41). Daher wurde 2011 eine Ergänzung zu BBBEE eingeführt, die klarere Regeln bei der Vergabe von Staatsaufträgen an BBBEE zertifizierte Unternehmen aufstellt. Ob diese Maßnahme dazu führt, dass mehr Menschen vom BBBEE profitieren, wird sich noch zeigen (Penfold 2012: 41). Insgesamt fördert die staatsgelenkte Schaffung einer ethnisch einheitlichen Unternehmerklasse Elitenkorruption und Bereicherung einiger weniger und ist wohl nur in Kombination mit einem breiten Wirtschaftswachstum imstande, genügend Wohlstand in der breiten Bevölkerung zu schaffen (Southall 2004: 326-327). Nur durch eine umfassende Beteiligung der historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen Südafrikas am Wohlstand des Landes kann daher auf Dauer ein drohender Klassenkonflikt vermieden werden.

Diesen Ausführungen zufolge kann festgestellt werden, dass der ANC weder in der Landreform noch bei der BBBEE Reform Erfolge erzielen konnte. Zum einen kann diese schwache Output-Bilanz des ANC durch geringe finanzielle Mittel erklärt werden (Simkins 2011: 110). Beim BBBEE und bei der Landreform scheinen aber auch viele finanzielle Mittel ineffizient genutzt zu werden und in klientelistischen Netzwerken zu versickern. Allein mit den finanziellen Mitteln, die bisher für die sehr ineffiziente Landreform ausgegeben wurden, hätte man rund 37 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes in Südafrika kaufen können (De Jager 2012: 2). Als Gründe für die schwache Output-Performanz des ANC lassen sich auf Grundlage dieses Kapitels zusammenfassend folgende Punkte nennen. Erstens lässt sich die Kaderpersonalpolitik nennen, die ohne Beachtung von Kompetenzen, parteitreue Mitarbeiter im öffentlichen Dienst installiert. Zweitens folgt daraus Korruption, Kompetenzmangel und die Abhängigkeit von einer stark hierarchischen Partei. Drittens äußert sich dies

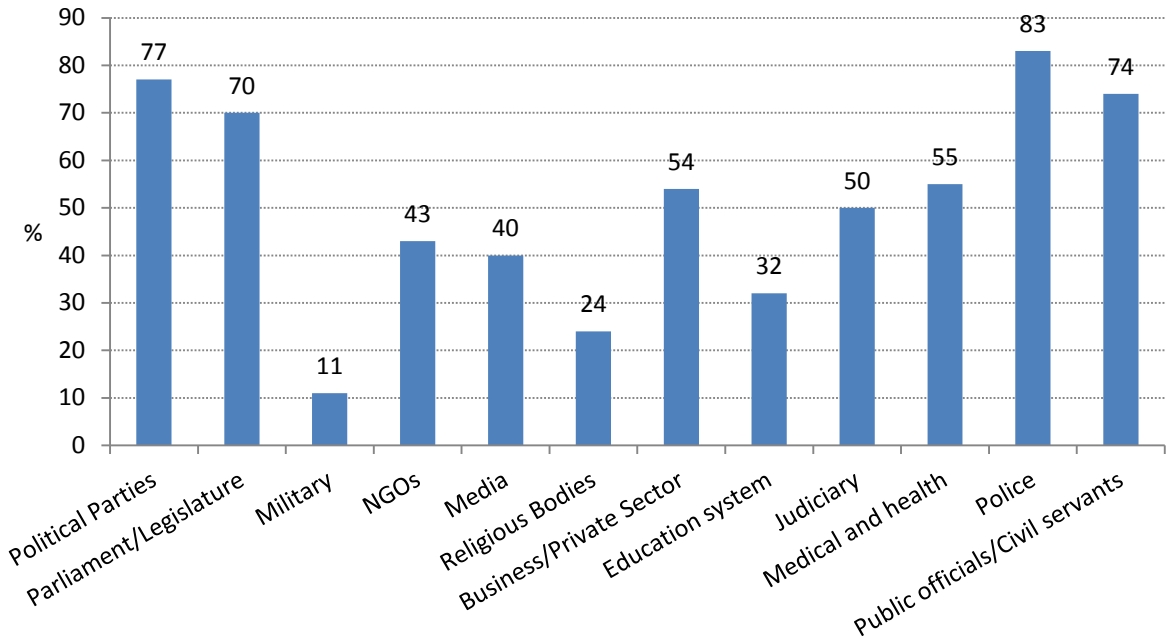
in der Unfähigkeit der Ministerien und Behörden, wichtige Informationen als Entscheidungsgrundlage für Policies zu sammeln und die zugeteilten Ressourcen der National Treasury sinnvoll zu nutzen. Viertens folgen hieraus suboptimale Policies und ein Investitionsstau und Gelder versickern in Korruption, und grundlegende Policies werden nicht implementiert und Serviceleistungen nicht angeboten. Fünftens erfolgt hieraus ein ungenügender Anreiz zur Besserung durch die Dominanz des Regierungssystems und es gibt noch immer eine sehr große Popularität des ANC durch die Beseitigung der Apartheid.

Werden die Ausführungen dieses Kapitels zusammengefasst, so kann dem ANC insgesamt keine durchweg positive Rolle bei der Lösung der Probleme seit dem Ende der Apartheid zugesprochen werden. Dem ANC ist es trotz ununterbrochener Regierungszeit und klaren Mehrheitsverhältnissen in allen politischen Institutionen seit 1994 nicht gelungen, die gewaltigen Herausforderungen der Apartheid zu meistern. Einerseits haben die anhaltend schwache Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit nach der Transition den Handlungsspielraum des ANC stark eingeschränkt. Allerdings deutet die schwache Output-Bilanz der Regierungs-Policies darauf hin, dass die Gründe, warum das Land nach fast 20 Jahren Konsolidierung immer noch in vielen Bereichen wie Bildung, HDI, Sicherheit und Wirtschaftswachstum vergleichbaren Schwellenländern hinterherhinkt, in der Regierungsführung des ANC zu finden sind. Dementsprechend wird im Folgenden das Regierungshandeln des ANC in den demokratischen Institutionen Südafrikas analysiert und dabei insbesondere auf die Faktoren Korruption und Klientelpolitik geschaut.

Korruption und Klientelpolitik (Einflussfaktor 7)

Die allumfassende Dominanz des ANC führt zu einer mangelnden Kontrolle des ANC durch externe Kräfte. Dies hat die Verwischung der Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Interessen bei Staatsdienern und Politikern, und damit die Bildung korrupter und klientelistischer Netzwerke begünstigt (vgl. Schmidt, S. 2010, Hyslop 2005). Das Global Corruption Barometer von Transparency International zeigt, dass über zwei Drittel aller Südafrikaner Polizei, Parteien, Parlament und Staatsdiener für korrupt halten (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Prozentualer Anteil der Südafrikaner, die folgende südafrikanische Institutionen für korrupt bzw. sehr korrupt halten



Quelle: Transparency International 2013b: Global corruption barometer, eigene Darstellung.

Abbildung 13 zeigt die bei den politischen Akteuren nicht ausreichend vorhandene demokratieförderliche Kultur, die dementsprechend die Konsolidierung negativ beeinflusst. Bedenklich ist allerdings, dass bei vielen ANC-Spitzenpolitikern ein unzureichendes Vertrauen in den liberaldemokratischen Rechtsstaat anhält (Venter 2012: 4, Schmidt, S. 2010: 35). Diese mangelnde Verhaltenskonsolidierung der Eliten wird beispielsweise in Policies zum Medienrecht deutlich. Nachdem kontroverse Gesetzgebungsversuche wie der Broadcasting Amendment Act 2002 oder die ICASA (Independent Communications Authority of South Africa) Amendment Bill 2005, die die Pressefreiheit gefährdet hätten, abgewehrt wurden, drohte der ANC 2009 ein Media Appeals Tribunal (MAT) aufzubauen, um allzu kritischen Journalismus besser kontrollieren zu können. Obwohl das MAT nach Zumas Wahl 2009 nicht durchgesetzt wurde, kann es jederzeit wieder als Druckmittel eingesetzt werden, um die Medien zur Selbstzensur zu drängen (Windeck 2010: 76). Aber auch seit Zumas Wahl nimmt die Zahl und die Intensität der Beeinflussungsversuche des ANC auf die Medien zu, was sich in der faktischen Kontrolle des eigentlich unabhängigen Staatsfernsehens SABC (South African Broadcasting Corporation) durch den ANC zeigt (ebd.: 81). Vor allem die Wahlberichterstattung der SABC 2009 war als nicht unparteiisch einzustufen (ebd.: 83). Zudem gilt seit Ende August 2009 der kontroverse Film and Publications Amendment Act, der durch vage Formu-

lierungen praktisch alle Veröffentlichungen in Südafrika mit einer Vorzensur belegen kann (Windeck 2010: 81).

Eine Chance, gegen Presse- und Meinungsfreiheit einschränkende Gesetze vorzugehen, liegt in der Zivilgesellschaft. Verfassungsrechtler und Öffentlichkeit müssen gegen Presse- und Meinungsfreiheit gefährdende Gesetzesentwürfe protestieren und dem ANC verdeutlichen, dass die Grundrechte nicht eingeschränkt werden dürfen. Noch ist der Zugang zu Fernsehen und Radio, mit Ausnahmen des SABC in den ländlichen Regionen Südafrikas, sehr beschränkt. Durch die Vielzahl an Handybesitzern in Südafrika und die Internetfähigkeit dieser Geräte könnte jedoch auch die ärmere Landbevölkerung von einer weitreichenderen Medienversorgung profitieren (ebd.: 85). Dies könnte zu einer verstärkten Unabhängigkeit des vom ANC kontrollierten Staatsfernsehens führen und dadurch eine neutralere Meinungsbildung vor allem der ärmeren Landbevölkerung ermöglichen.

Der ANC versucht nicht nur in den Medien seine Dominanz auszubauen. Die Politik des ANC, eigene Kader in wichtige Verwaltungspositionen zu bringen, ohne dabei auf geeignete Qualifikationen zu achten, schwächt die Dienstleistungskompetenz des öffentlichen Sektors (BTI 2012b: 3, Venter 2012: 4). Gerade die öffentliche Verwaltung sichert in einer Demokratie die effiziente Implementierung von Policies und muss daher für eine erfolgreiche Bekämpfung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten und der Gewaltkriminalität auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene reibungslos funktionieren (Habib 2009: 2-4). Im Auditors General Report 2012 konnten jedoch nur 117 von 536 untersuchten öffentlichen Institutionen die Anforderungen der Finanzierungs- und Gesetzesvorgaben erfüllen (Auditor General South Africa 2012: 39).[18] 37 Prozent aller nationalen und regionalen Ministerien konnten ihre zugewiesenen finanziellen Mittel nicht ausgeben (Auditor General South Africa 2012: 171). Dies ist ein Indikator für die schlechte Dienstleistungskapazität der südafrikanischen Verwaltung. Die Provinz Western Cape und Kapstadt, die von der DA regiert werden, schneiden in Evaluationen des Auditors General oder des unabhängigen Beratungsinstituts municipalIQ (Allan/Heese 2013) am besten ab und zeigen, dass politischer Wettbewerb der Dienstleistungsfähigkeit förderlich sein kann. Es zeigt auch, dass bei einer effizienten Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und einer realistischen Zielsetzung von Policies die Performanz des öffentlichen Sektors stark verbessert werden kann.

Ein weiterer Grund für eine unzureichende demokratische Performanz des ANC liegt in der Tatsache, dass er demokratiekritische Strömungen nicht ausreichend kontrolliert. Da-

[18] Nationale und regionale Verwaltung, Parlamente, Ministerien, Gemeinden, öffentlich-rechtliche Körperschaften (Auditor General South Africa 2012).

durch kann auch keine demokratische Konsolidierung der Eliten innerhalb des ANC stattfinden. Dort gibt es beispielsweise Akteure, die von liberalen demokratischen Werten wie Parlamentarismus und Verfassungen wenig halten und eine partizipative, direkte Demokratie anstreben, in der die Massen Politik betreiben (Butler 2009: 169). Diese Ideen stammen zum Teil aus dem engen Kontakt mit dem Kommunismus während der Apartheidszeit. Das Idealbild einer von den Massen gelenkten Demokratie wird immer wieder in Verbindung mit der National Democratic Revolution (NDR)[19] genannt. Die Rhetorik der NDR vermittelt einerseits dem einfachen Wähler, dass der ANC klare Gerechtigkeitsprinzipien verfolgt, andererseits würde die konkrete Umsetzung der Ideen der NDR eher wie ein ineffizienter staatsgelenkter Markt aussehen, in dem es weder genügend Ressourcen noch ausreichenden politischen Willen zum Umverteilen geben würde. Innerhalb des ANC sind diese Kräfte allerdings (noch) nicht entscheidend und wurden jüngst durch den Ausschluss des radikal sozialistischen ANC Youth League Führers Julius Malema weiter geschwächt.

Die Diskussion um die NDR zeigt, wie groß die Fähigkeit des ANC ist, Interessen wahrzunehmen, zu vermitteln und zu bündeln. Beachten die Eliten des ANC die liberaldemokratischen Spielregeln und versuchen weiter, die Interessen aller Südafrikaner zu beachten, könnte die Partei trotz Korruption und Missmanagement einen wertvollen Beitrag zur Konsolidierung Südafrikas leisten. Allerdings sollte auf die Selbstheilungskraft des ANC nicht vertraut werden, da die Angriffe des ANC auf die Verfassung und die Unabhängigkeit der Justiz in letzter Zeit zugenommen haben (De Klerk 2013, Albertyn 2011). Folglich muss der ANC durch den Demos und die Opposition zur Verantwortlichkeit gezogen werden, was schon bei den nächsten Wahlen 2014 der Fall sein könnte. Vor allem die bereits diskutierte schlechte Output-Bilanz lässt das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz des ANC schwinden.

Die Ergebnisse dieses Kapitels können folgendermaßen zusammengefasst werden. Durch das ungünstige Wirkungsgeflecht zwischen Korruption, Klientelismus und wenig Anreiz zur Verbesserung durch fehlende politische Konkurrenz fördern Institutionen und Akteure die Dekonsolidierung des Landes. Am deutlichsten werden die Auswirkungen dieses Geflechts in dem ineffizienten öffentlichen Dienst und den schlecht geführten Ministerien, Pro-

[19] „National Democratic Revolution means the process of transforming the country from an apartheid state to a non-racial, non-sexist, united democratic society in which all people enjoy equal rights" (ANC 2013). Fraktionen innerhalb des ANC glauben, dass dieses Ziel nicht ohne Enteignungen und radikale Umverteilung, beispielsweise durch eine Verstaatlichung des Minensektors erreicht werden kann. Dementsprechend wird die NDR auch als sozialistische Ideologie bezeichnet (Kane-Berman 2012: 2).

vinzen und Kommunen.[20] Die Verwaltung in Südafrika muss daher folgende Punkte verbessern, um eine weitere Dekonsolidierung aufzuhalten. Zunächst sollten die statistischen Behörden ihre Fähigkeiten verbessern, Daten zu sammeln und auszuwerten, um dadurch wichtige Probleme identifizieren zu können. Auf die Probleme zugeschnittene Policies müssen außerdem auch an die Möglichkeiten und Ressourcen der Verwaltung angepasst sein und dürfen diese nicht überfordern. Schließlich muss eine Implementierung dieser Policies stattfinden und Review- und Feedback-Prozesse müssen eingebaut werden, die eine Anpassung oder eine Verbesserung der Policies erlauben. Durch die Beachtung dieser Punkte kann eine kontinuierliche Performanzsteigerung der öffentlichen Verwaltung Südafrikas erreicht werden, die die Grundlage für ein erfolgreiches Regierungshandeln darstellt. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die liberal-demokratischen Kräfte innerhalb des ANC die Oberhand behalten und die klientelistischen und korrupten Netzwerke abgebaut werden. Die komplexen Herausforderungen Südafrikas sind trotz der schwachen Output-Performanz des ANC wohl nicht ohne ihn zu lösen. Die Dominanz und inneren Strukturen der Partei beinhalten viele Konflikte des Landes und würden durch eine Ablösung des ANC möglicherweise auf verheerende Weise zum Vorschein kommen. Dementsprechend sollte eine Lösung der Probleme Südafrikas nicht in der Abwahl des ANC bestehen, sondern in seiner Kontrolle und Steuerung durch die Opposition und die Gesellschaft.

Außenpolitik (Einflussfaktor 8)

Wie im Theorieteil beschrieben, wird die Außenpolitik Südafrikas anhand von Akteurshandeln betrachtet, und dementsprechend dem Bereich der Institutionen und Akteure zugeordnet. Nachdem Südafrika während der Apartheidszeit unter internationalen Sanktionen zu leiden hatte und nahezu isoliert war (Erdmann 2010: 208), wurden diese mit Beginn der Demokratisierung abgeschafft und der ANC im Neuaufbau einer Demokratie durch die internationale Gemeinschaft unterstützt. Südafrika integrierte sich trotz jahrzehntelanger Isolation schnell in die internationale Gemeinschaft und kein afrikanischer Staat ist heute so gut vernetzt und kann seinen Interessen bei internationalen Gipfeln solch ein Gewicht verleihen wie Südafrika (Mair 2010: 235). Dies kann einerseits auf die erfolgreiche und international viel beachtete friedliche Transition zurückgeführt werden, andererseits auf die Popularität Mandelas und die für ein afrikanisches Land beachtlichen Machtressourcen (vgl. Mair 2010: 233-236). Die außenpolitische Doktrin Südafrikas ist heute ein „afrikanisches Selbstverständnis verknüpft mit

[20] Diese Problem identifizieren zahlreiche Studien wie Habib 2009, May/Meth 2007, National Planning Commission 2012: 55, Pycroft 2000.

der Förderung der eigenen nationalen Wohlfahrt im Rahmen einer friedlichen Entwicklung Afrikas auf der Grundlage der Demokratie und Menschenrechte“ (Erdmann 2010: 222). Will sich Südafrika als Vertreter von Menschenrechten und Demokratie auf dem Kontinent etablieren, muss es allerdings zunächst sein schwieriges Verhältnis mit Simbabwe klären. Südafrika hat trotz eindeutiger Menschenrechtsverletzungen durch Simbabwes Präsident Mugabe kaum Druck auf eine Änderung des von Südafrika ökonomisch abhängigen Regimes ausgeübt.

Diese Arbeit vertritt übereinstimmend mit Mair (2010: 243) die These, dass die Stärke der Außenpolitik Südafrikas von seiner inneren Konsolidierung abhängt. Je stärker Südafrika innenpolitisch Erfolge erzielen kann, desto wirkungsvoller wird es sich auch international mit seinen Interessen durchsetzen können. Die innere Konsolidierung beeinflusst somit auch den Handlungsspielraum Südafrikas in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, den G20 oder der SADC (Southern African Development Community). Vor allem in der SADC könnte sich Südafrika als Regionalmacht, gerade in Bezug auf die Krise in Simbabwe, entschiedener engagieren (Mair 2010: 238-239). Eine Lösung des Konflikts in Simbabwe könnte darüber hinaus zu einer Entspannung der Flüchtlingssituation führen und somit auch Südafrikas Arbeitsmarkt und dessen soziale Sicherungssysteme entlasten. Bestimmte Entscheidungen in der Außenpolitik können also dazu führen, dass die Rahmenbedingungen für die innenpolitische Konsolidierung Südafrikas einfacher oder schwerer werden. Es ist der derzeitigen Außenpolitik Südafrikas allerdings zugute zu halten, dass sie die Dekonsolidierung der Demokratie nicht fördert, sondern durch einen Konsens der politischen Akteure besticht (Erdmann 2010: 222). Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Außenpolitik und die Einbettung Südafrikas in internationale Organisationen keinen starken Einfluss auf die Dekonsolidierung Südafrikas haben, da Südafrika außenpolitisch von seiner Vormachtstellung innerhalb Afrikas und seiner internationalen Vernetzung profitiert.

Als internationaler Dekonsolidierungsfaktor, der auf Südafrika wirkt, könnten jedoch ökonomische Zwänge des globalen Kapitalismus wirken. So würde beispielweise eine Umsetzung der NDR und der damit verbundenen Verstaatlichung von Schlüsselindustrien zu einer internationalen Sanktionierung Südafrikas durch Marktprozesse wie Kapitalflucht und eventuell geringere Unterstützung durch die Weltbank und den IWF führen. In diesem Beispiel wird deutlich, dass Südafrikas Integration in den Weltmarkt den Handlungsspielraum der südafrikanischen Regierung einschränken kann. Hierbei sind erstens die Flexibilität von Unternehmen und Kapital zu nennen, die bei ungünstigen Bedingungen schnell in andere Länder abwandern können. Zweitens wirkt die notwendige internationale Koordinierung bei Markteingriffen einschränkend auf den Handlungsspielraum der nationalen Wirtschaftspoli-

tik. Diese beiden Dynamiken des globalen Kapitalismus schränken aber nicht nur Schwellenländer wie Südafrika ein, sondern auch etablierte Industrieländer (Hassel 2010: 253). Wie in allen in den Weltmarkt eingebundenen Staaten, kann der Einfluss des globalen Kapitalismus in Südafrika vor allem für die Beseitigung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten eine Rolle spielen, da das dafür notwenige Wirtschaftswachstum nur durch eine ausreichende internationale Wettbewerbsfähigkeit erzielt werden kann. Südafrika unterliegt somit den gleichen Spielregeln des globalen Kapitalismus wie alle anderen in den Weltmarkt eingebundenen Staaten. Die Intensität des Einflusses der Globalisierung hängt in Südafrika dabei vor allem von der Entscheidung des ANC ab, eher eine wirtschaftsliberale Politik zu betreiben, oder den Weg der sozialistischen NDR einzuschlagen. Da der ANC derzeit noch einen wirtschaftsliberalen Kurs fährt (vgl. Kapitel 6.2.), können die hier genannten Globalisierungsprozesse nicht als besondere Katalysatoren für Südafrikas Dekonsolidierung eingestuft werden.

5. Diskussion der Ergebnisse

Dieses Kapitel diskutiert die Ergebnisse des Analyseteils dieser Arbeit. Dabei wird zunächst gezeigt, inwiefern das Modell und seine acht Einflussfaktoren die Dekonsolidierung Südafrikas erklären können und wie sie miteinander in Verbindung stehen. Im darauf folgenden Abschnitt werden die Erkenntnisse der abgeschlossenen Prozessanalyse zusammengefasst.

5.1. Signifikanz der Einflussfaktoren

Tabelle 3 zeigt eine Übersicht über den Einfluss der acht Faktoren auf die Dekonsolidierung Südafrikas. Daraus wird deutlich, dass bis auf die Außenpolitik alle Einflussfaktoren signifikant auf die Dekonsolidierung Südafrikas wirken. Die Außenpolitik zeigt aufgrund eines Elitenkonsenses über die Ausrichtung der Außenpolitik und einer guten Positionierung Südafrikas in internationalen Organisationen und im Weltmarkt keine direkten Effekte auf die Dekonsolidierung. Alle anderen sieben Faktoren beeinflussen die Dekonsolidierung Südafrikas jedoch stark. Der erste Einflussfaktor, die ethnische und sozio-ökonomische Heterogenität, ist eine Folge der einzigartigen Geschichte Südafrikas, in der bereits 1652 die ersten weißen Siedler die Kapkolonie gründeten (Butler 2009: 10), und der darauf folgenden über Jahrhunderte gefestigten Organisation des öffentlichen Lebens nach Ethnienzugehörigkeit. Die aktuellen sozio-ökonomischen Ungleichheiten sind als Folge der Rassentrennungspolitik des Apartheidregimes 1948-1994 zu bewerten. Auch die Einflussfaktoren 2-5 sind eine direkte Folge der Apartheid. So bildete sich vor allem aufgrund der sozio-ökonomischen Benachteili-

gung und der fehlenden Bildung der nicht-weißen Bevölkerung die hohe Arbeitslosigkeit Südafrikas heraus.

Tabelle 3: Einfluss der acht Faktoren auf die Dekonsolidierung Südafrikas

Faktor	Einfluss auf Dekonsolidierung
Ethnische und sozio-ökonomische Heterogenität	++
Hohe Arbeitslosigkeit	++
Kriminalität und Gewalt	++
Fehlende Bildung	++
Gespaltene Zivilgesellschaft	++
Dominanz des ANC	+++
Korruption und Klientelpolitik	+++
Außenpolitik	+

Quelle: Eigene Darstellung. + = schwacher Einfluss, ++ = starker Einfluss, +++ = sehr starker Einfluss.

Die schwere Kriminalität und Gewalt in Südafrika wird einerseits durch die hohe Arbeitslosigkeit verstärkt, andererseits ist sie aber auch eine direkte Folge der gewaltvollen Apartheidszeit (vgl. Kapitel 4.2.1.). Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass die Einflüsse der Faktoren aus Tabelle 3 nicht isoliert betrachtet werden sollten, da sie miteinander in Verbindung stehen. Dementsprechend werden auch die die Trennlinien der gespaltenen Zivilgesellschaft durch das Misstrauen der verschiedenen Ethnien untereinander und deren unterschiedliche sozio-ökonomischen Klassen deutlich (vgl. Kapitel 4.2.2.). Somit sind schwierige Bedingungen für das Entstehen einer substanziellen Demokratie vorgezeichnet, die aber nicht vom wichtigsten politischen Akteur ANC konstruktiv gelöst werden, sondern zusätzlich verschärft werden. Da nach Kapitel 4.2.3. ausreichend Lösungsansätze für alle Herausforderungen Südafrikas vorhanden sind, kann vor allem das Handeln des ANC und seine Korruption und Klientelpolitik für die aktuelle Dekonsolidierung Südafrikas verantwortlich gemacht werden. Dementsprechend zeigt Tabelle 3, dass die Dominanz des ANC und die Korruption und Klientelpolitik den größten Einfluss auf die Dekonsolidierung Südafrikas haben, was anhand folgender Kausalkette (vgl. Kapitel 3.4.) erklärt werden kann. Die Ursachen für die Do-

minanz des ANC liegen in seiner Popularität als Apartheidbefreier, dem für den ANC günstigen Wahlsystem und dem unitaristisch-präsidentiellen politischen System, das die Macht der Exekutive stärkt. Der ANC kontrolliert durch seine absolute Mehrheit alle Institutionen des Landes und durchzieht sie mit seinen korrupten klientelistischen Netzwerken, die auf Gunst anstatt auf Leistung basieren. Dies führt zu einer leistungsschwachen öffentlichen Verwaltung, was sich in suboptimalen Policies wie beispielsweise der BEE/BBBEE oder der bisherigen Landreform zeigt. Folglich wird die Legitimität der Demokratie durch das klientelistisch-korrupte Verhalten des ANC und dessen schwache Output-Performanz geschwächt.

Anhand der Analyse der Ursachen der Dekonsolidierung wird zusammenfassend deutlich, dass diese nur durch ein komplexes Zusammenspiel der vier Bereiche des (De-)Konsolidierungsmodells und deren acht Einflussfaktoren erklärt werden kann. Ob Pfadabhängigkeiten in Form von negativen Apartheidseinflüssen, als Meta-Faktor auf alle anderen Faktoren des Modells wirken, wird im folgenden Kapitel diskutiert.

5.2. Pfadabhängigkeiten - Der Einfluss der Apartheid

Unter den vier Konsolidierungsbereichen des (De-)Konsolidierungsmodells (vgl. Abbildung 1) zeigen „Institutionen und Akteure“ und „Pfadabhängigkeiten“ den stärksten Einfluss auf die Dekonsolidierung Südafrikas. Die These, dass Pfadabhängigkeiten mit ihrer Ausprägung „Einfluss der Apartheid“ als Meta-Einflussfaktor auf die anderen drei Bereiche des Modells wirken, hat sich in der Prozessanalyse bestätigt (vgl. Kapitel 4.). Im vorherigen Abschnitt wurde dementsprechend anhand der acht diskutierten Einflussfaktoren gezeigt, dass im Fall Südafrika der Einfluss der Apartheid eine wichtige Rolle für das Verständnis der derzeitigen Dekonsolidierung spielt. Die in der Apartheid begründete sozio-ökonomische Spaltung Südafrikas kann somit nicht nur als Ursache für die heutigen Dekonsolidierungsfaktoren Südafrikas dienen, sondern deren Nachwirkungen katalysieren darüber hinaus alle acht genannten Problemfaktoren bis heute.

Eine Kausalkette der Wirkungsweise der Pfadabhängigkeiten auf die anderen drei Bereiche des (De-)Konsolidierungsmodells kann nach den Ergebnissen dieser Arbeit folgendermaßen beschrieben werden: Die Apartheid hat als Critical Juncture das Land auf einen Entwicklungspfad gelenkt, auf dem enorme sozio-ökonomische Ungleichheiten und nur geringes Sozialkapital entwickelt wurden. Kapitel 3.3. zeigt, dass Sozialkapital nur aus historisch gewachsenen demokratiefreundlichen Verhaltensmustern entstehen kann. Durch die geringe sozio-ökonomische Entwicklung der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung aufgrund

der Apartheid konnte dementsprechend wenig Sozialkapital angesammelt werden. Somit sind bestimmte Pfadabhängigkeiten wie das sozio-ökonomische Entwicklungsniveau eines Landes eine Grundbedingung für das Entstehen von Sozialkapital (vgl. LiPuma/Koelbe 2009b: 12). Die Analyse zeigt des Weiteren, dass sich Institutionen und Akteure bei ausreichendem Sozialkapital demokratiefreundlich verhalten und die Chancen auf eine maximal konsolidierte Demokratie stärken. Sie können so beispielsweise bei Transitionsverhandlungen stabile demokratische Institutionen schaffen und später die demokratischen Spielregeln als unersetzlich etablieren. In Südafrika wurden bei den Transitionsverhandlungen zwar ausreichend stabile demokratische Institutionen geschaffen (vgl. Kapitel 4.1.3.), diese können aber aufgrund des geringen Respekts vieler ANC-Politiker für die demokratischen Spielregeln die Dekonsolidierung auf Dauer nicht aufhalten. Da die beiden Bereiche sozio-ökonomische Faktoren und Sozialkapital durch Südafrikas Entwicklungspfad gering entwickelt sind, können Pfadabhängigkeiten als wichtigster Erklärungsfaktor für die Probleme Südafrikas bezeichnet werden. Einflussreichen Akteuren wie dem ANC kommt dabei besondere Bedeutung zu, denn sie können Entscheidungen treffen, die neue Critical Junctures bilden und somit die Pfadabhängigkeiten mitbestimmen. Der ANC bestimmt dementsprechend als politischer Hauptakteur die politischen Institutionen Südafrikas und schafft die Rahmenbedingungen für sozio-ökonomische Gleichheit, Arbeit, Sicherheit, Bildung, Vertrauen in die Demokratie und die Output-Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Aufgrund dieser enormen Einflussmöglichkeiten des ANC (vgl. Kapitel 4.2.3.) werden neben den Pfadabhängigkeiten die Institutionen und Akteure als einflussreichster Bereich für die Dekonsolidierung des Landes identifiziert. Anhand der vorangegangenen Kausalkette wird deutlich, dass die vier Konsolidierungsbereiche untrennbar mit ihren acht südafrikaspezifischen Einflussfaktoren zusammenhängen.

Der negative Einfluss der Apartheid manifestiert sich also noch immer in allen in dieser Arbeit beschriebenen Einflussfaktoren und kann daher als äußerst erklärungskräftig im südafrikanischen Kontext angesehen werden. Die Analyse der Pfadabhängigkeiten liefert somit einerseits eine Erklärung für den abweichenden Fall Südafrika und dessen unerwartete Dekonsolidierung. Zum anderen kann nach der abgeschlossenen Prozessanalyse der Einfluss der Apartheid zusammen mit der Dominanz des ANC und dessen Korruption und Klientelismus als erklärungskräftigste Ursache für die heutige Dekonsolidierung Südafrikas verantwortlich gemacht werden.

6. Aktuelle Entwicklungen

Basierend auf den Erkenntnissen dieser Arbeit zeigt dieses Kapitel den aktuellen Konsolidierungsstand Südafrikas. Anschließend gibt das Kapitel einen Ausblick auf künftige Entwicklungen, in denen der ANC eine Schlüsselrolle einnimmt.

6.1. Konsolidierungsstand

In den folgenden Absätzen soll geklärt werden, inwiefern Südafrika mit seinem aktuellen Konsolidierungsstand die Bedingungen einer substanziellen Demokratie erfüllen kann. Damit sich Südafrika nicht weiter dekonsolidiert, sondern möglicherweise eines Tages maximal konsolidieren kann, müssen auf den Ebenen der sozio-ökonomischen Entwicklung, des Sozialkapitals und der Institutionen und Akteure bestimmte Bedingungen erfüllt sein, die in Tabelle 4 zusammengefasst sind.

Tabelle 4: Test der Funktionsvoraussetzungen für eine substanzielle Demokratie in Südafrika

Funktionsvoraussetzungen für eine substanzielle Demokratie in Südafrika	Erfüllt	Zum Teil erfüllt	Nicht erfüllt
1. Ein Mindestmaß an Staatlichkeit	X		
2. Ein fest etablierter Rechtsstaat	X		
3. Eine demokratieförderliche politische Kultur der Gesellschaft und der Eliten		X	
4. Ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Friedfertigkeit		X	
5. Ein relativ hoher ökonomischer Wohlstand, der für sozialen Ausgleich sorgen kann			X
6. Barrieren gegen Einparteiendominanz im Parlament und in der Regierung			X
7. Das Fehlen nennenswerter Anti-System-Parteien	X		
8. Eine vorzeigbare Leistungsbilanz der politischen Steuerung, um Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten			X
9. Abwesende externe demokratiefeindliche Penetration	X		
10. Eine schon jahrzehntelange stabile Ordnung mit mindestens zwei erfolgreichen Machtwechseln			X
Ergebnis	**4**	**2**	**4**

Quelle: Basedau 2003: 444, Schmidt 2010: 426-427, 484-485, eigene Darstellung.

Die Tabelle zeigt, dass das Erreichen einer substanziellen Demokratie durch sechs nur teilweise oder nicht erfüllte Funktionserfordernisse erschwert wird. Dank der erfolgreichen ausgehandelten Transition besitzt Südafrika zwar ein Mindestmaß an Staatlichkeit und einen fest etablierten Rechtsstaat, der durch keine systemfeindliche Partei oder eine externe demokratiefeindliche Penetration unterminiert wird (Punkte eins, zwei, sieben und neun). Allerdings wird der etablierte Rechtsstaat durch die Dominanz des ANC geschwächt (vgl. Kapitel 4.2.3.). Aufgrund der fehlenden demokratischen Integrität des ANC und dessen Korruption sowie des geschwächten Sozialkapitals in der Gesellschaft wird Punkt drei nur teilweise erfüllt (vgl. Kapitel 4.2.2. und 4.2.3.). Punkt vier wird aufgrund der durch die Apartheid institutionalisierten Gewaltkultur und der ausufernden Kriminalität ebenfalls nur zum Teil erfüllt (vgl. Kapitel 4.2.1.). Hier ist zu befürchten, dass auch nach fortschreitender Konsolidierung Gewalt ein integraler Bestandteil der südafrikanischen Identität bleiben könnte (Distler 2010: 123). Punkt fünf kann wegen der im Vergleich zu anderen substanziellen Demokratien relativ geringen Wirtschaftsleistung und der dysfunktionalen Verwaltung Südafrikas nicht erfüllt werden (vgl. Abbildungen 9 und 12). Hinzu kommen die sozio-ökonomischen Belastungen der Apartheid, die große sozio-ökonomische Ungleichheiten produziert haben und gleichzeitig wenig finanzielle Mittel übrig ließen, um diese zu bekämpfen. Obwohl die Verfassung viele Kontrollorgane eingeführt hat, besitzt das politische System keinerlei effektive Barrieren gegen eine Einparteiendominanz, womit Punkt sechs nicht erfüllt ist (vgl. Kapitel 4.1.3.). Punkt acht kann trotz einer deutlichen Reduzierung der multidimensionalen Armut seit 1993 (Finn et al. 2013) nicht erfüllt werden. Verantwortlich dafür sind der katastrophale Zustand der öffentlichen Verwaltung und die daraus resultierende zunehmende Output-Schwäche des ANC. Punkt zehn darf wegen der noch relativ jungen Demokratie nicht überbewertet werden, doch zeigt Südafrika in den ersten 20 Jahren seiner Demokratie keinen einzigen Regierungswechsel auf nationaler Ebene und erfüllt somit diesen Punkt nicht.

Zusammenfassend wird es aufgrund der noch immer allgegenwärtigen Vermächtnisse der Apartheid und der Dominanz des ANC sehr lange dauern, bis Südafrika sich maximal konsolidieren kann. Die Bedingungen einer substanziellen Demokratie könnten am ehesten erfüllt werden, wenn der die politische Landschaft unangefochten dominierende ANC die Hauptrichtung der Konsolidierungsbemühungen entsprechend anpasst. Wie groß die Risiken einer weiteren Dekonsolidierung oder die Chance einer Rückkehr auf einen nachhaltigen Konsolidierungsweg sind, wird im nächsten Kapitel angesprochen.

6.2. Entwicklungstendenzen - Die Schlüsselrolle des ANC

Im Jahr 2013 gehört Südafrika wieder zu den am höchsten bewerteten politischen Risikoländern der Welt (Eurasia Group 2013: 11). Durch höhere Steuern auf die Bergbauindustrie, die NDR-Verstaatlichungsrhetorik, erhöhte Sozialausgaben, korrupte Ämterverteilung im öffentlichen Sektor und aggressivere Landreformen wird der ANC versuchen, sich für die Wahlen 2014 vor allem bei den ärmeren Wählern zu empfehlen. Die wichtige Arbeitnehmervertretung COSATU wird aufgrund einiger Niederlagen im Bergbausektor versuchen, verstärkt die Interessen der Mitglieder aus anderen Sektoren zu vertreten. Soziale Proteste der Armen werden aufgrund von nicht eingehaltenen Versprechen der Regierung, die Lebensqualität zu verbessern, ansteigen. Diese Faktoren führen dazu, dass Reformen unwahrscheinlicher werden und die Staatsausgaben steigen (ebd. 11).

Diese Ausführungen zeigen, dass dem ANC eine Schlüsselrolle bei der weiteren Entwicklung Südafrikas zukommt. Dieser steht jedoch selbst vor einigen Herausforderungen. Obwohl es beispielsweise im ANC auch demokratiefreundliche Kräfte gibt, die einen liberalen Verfassungsstaat unterstützen, trägt die interne Fragmentierung der Partei zur Unterstützung der klientelistischen Netzwerke bei. Die immer wieder betonte potenzielle Stärke des ANC, in der tripartistischen Allianz möglichst vielen unterschiedlichen Interessen zum Konsens zu verhelfen, hat in den letzten Jahren stetig nachgelassen und scheint die Partei langsam zu überfordern. Durch die ständige Beachtung und Rücksichtnahme auf verschiedene Interessen, vor allem des SACP und des COSATU, wird der ANC langsam zwischen den oft unvereinbaren Forderungen seiner verschiedenen Interessenlager aufgerieben. Somit steht der scheinbar umfassenden Dominanz des ANC im politischen System Südafrikas eine interne Schwächung durch sehr unterschiedliche Interessen gegenüber. Dies verleitet ANC-Politiker, die Einfluss gewinnen wollen, zur übermäßigen Pflege klientelistischer Netzwerke, die den ANC heute aber einen Großteil seiner Glaubwürdigkeit und seiner Regierungsfähigkeit kosten (Hofmeyr 2012: XIII). Verliert der ANC seine Steuerungskapazitäten, gibt es kein starkes Zentrum mehr und damit wenig Hoffnung, dass die Probleme des Landes entschieden gelöst werden können (Hofmeyr 2012: XI). Die Bürger des Landes haben derzeit also zwei Alternativen, was ihren Einfluss auf den zukünftigen politischen Kurs Südafrikas angeht: Die Unterstützung der staatszentrierten Strömung der NDR (vgl. Kapitel 4.2.3.) innerhalb des ANC mit ihren potenziellen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung durch ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm und eventuelle Verstaatlichungen, oder die Unterstützung der von der Opposition favorisierten wirtschaftsliberalen „open opportunity society for all“ (Zille 2012: 4). Letztere Gruppe setzt im Gegensatz zur staatsgelenkten NDR auf freie Märkte und eine Leis-

tungsgesellschaft mit einer besseren Organisation der öffentlichen Verwaltung durch Einstellung nach Eignung (Zille 2012: 4). Der ANC ist über die radikal sozialistische Umsetzung der NDR gespalten, was die Ablehnung von Verstaatlichungen im Bergbausektor auf der Parteikonferenz in Mangaung 2012 zeigt (Paton/Isa 2012). Neben den Forderungen zu Verstaatlichung im Bergbausektor wurden auch alle anderen Anträge der COSATU abgelehnt (Paton 2012). Somit hat der Einfluss der COSATU als ANC-Partner in der tripartistischen Allianz derzeit abgenommen. Generell sind die Gewerkschaften in Südafrika aber immer noch sehr einflussreich. Im Bildungssektor trägt beispielsweise die South African Democratic Teachers' Union (Sadtu) mit ihrem Bestehen auf hohen Vergütungen und Verweigerungen von nationalen Leistungskontrollen bei Lehrkräften zu den Problemen im Bildungssystem bei. Dementsprechend wird der Einfluss der Gewerkschaften, trotz der Niederlage im Bergbausektor, in mehreren Analysen als großes Entwicklungshemmnis für Arbeit und Wirtschaft angesehen (Gleason 2013, Kane-Berman 2012, Zille 2013) und wird für die weitere Entwicklung Südafrikas eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Seit 2012 verfolgt Südafrika mit dem National Development Plan (NDP) eher wirtschafsliberale Ziele, die die Ziele der NDR weitestgehend ersetzen könnten. Ausgearbeitet von einem unabhängigen Expertengremium[21] innerhalb eines präsidentiellen Ausschusses, schlägt der Plan weitreichende sozio-ökonomische Maßnahmen vor, um Herausforderungen wie hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Bildung, das schwache Gesundheitssystem, schlechte öffentliche Dienste, Korruption und eine gespaltene Gesellschaft anzugehen (National Planning Commission 2012). Es wird sich zeigen, inwiefern sich ein wirtschaftlich liberaler Kurs gegen die geschwächten Allianzpartner COSATU und die SACP durchsetzen kann. Vieles spricht daher dafür, dass der ANC seine Bevorzugung der NDR (Zille 2013) vorerst aufgegeben hat und stattdessen tatsächlich eher den Empfehlungen des NDP folgen will. Präsident Zuma hat entsprechend kürzlich versichert, dass der NDP implementiert wird, und weiterhin offen für Anmerkungen ist (Mogale 2013). Politiker wie Ex-Präsident de Klerk oder die DA-Vorsitzende Helen Zille gehen davon aus, dass eine ausreichende Umsetzung des NDP die drängendsten Probleme des Landes in den Griff bekommen kann (vgl. De Klerk 2013, Zille 2013). Zu diesen Problemen gehören auch die in dieser Arbeit nicht diskutierte AIDS Epidemie[22] und das katastrophale Gesundheitssystem (National Planning Commission 2012: 25). Diese Faktoren haben ebenfalls negative Effekte auf die Konsolidierung Südafrikas (vgl.

[21] Beinhaltet bedeutende ANC Politiker wie Trevor Manuel und Cyril Ramaphosa aber auch unabhängige Wissenschaftler von Universitäten und Forschungseinrichtungen (http://www.npconline.co.za/pebble.asp?relid=91).
[22] Laut WHO leben in Südafrika rund 5,6 Millionen Menschen mit AIDS. Allein 2011 starben 270.000 Menschen an dem Virus (World Health Organization 2013).

Brunne 2010). Auch die Globalisierung und der damit verbundene steigende Wettbewerbsdruck könnten einen negativen Effekt auf Länder wie Südafrika haben, die sich nur sehr langsam und mit Rückschlägen konsolidieren.

Eine effiziente Implementierung der Policies des NDP kann aber nur dann erfolgen, wenn der Oppositionsdruck auf den ANC zunimmt. Ein Erstarken der Opposition könnte den ANC dazu bewegen, entschiedener gegen Korruption und unzureichende Performanz seiner Ministerien zu handeln. Auf institutioneller Ebene bietet die Änderung des Wahlsystems eine Möglichkeit, die Dominanz des ANC über seine Mitglieder zu schwächen und so die klientelistischen Netzwerke aufzubrechen. Weiter sollten auf institutioneller Ebene die Provinzen beibehalten werden und bei den nationalen Wahlen 2014 eine Zweidrittelmehrheit des ANC vermieden werden, der sonst die Verfassung ändern könnte, um seine Dominanz weiter zu festigen.[23]

Es wird deutlich, dass der Weg zu einer maximal konsolidierten Demokratie nicht am ANC vorbeiführt, sondern dass dieser wichtige Akteur Südafrikas mit einbezogen werden muss. Die politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure müssen versuchen, durch gemeinsames Abwägen und Handeln die drängenden Probleme des Landes zu lösen. Kurzfristig benötigt Südafrika eine schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit, eine Verbesserung des Bildungssystems, der Policy-Reaktionen und deren Implementierung durch die öffentlichen Verwaltung und des Arbeitsmarkts. Langfristig kann die Dekonsolidierung Südafrikas nur durch die Entwicklung einer gewaltfreien und demokratiefreundlichen Bürgerkultur aller Ethnien und einen nachhaltigen Abbau der sozio-ökonomischen Ungleichheiten aufgehalten werden. Die große Frage ist: Wird der ANC fähig sein, die Probleme Südafrikas möglichst unabhängig von Rasse, Kultureinfluss und politischer Ideologie zu analysieren und auf Basis möglichst genauer Evidenzen Policies zu implementieren, die zur Lösung der Probleme beitragen können? Die immer noch starke Konzentrierung auf die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit, so präsent sie immer noch sind, wird dem politischen Diskurs und der Zusammenarbeit der Ethnien auf Dauer schaden und effiziente Problemlösungen erschweren. Hierin zeigt sich die untrennbare Verbindung zwischen Akteurshandeln und Pfadabhängigkeiten der Apartheid. Werden diese historischen Einschränkungen auf das Handeln des ANC nicht überwunden, wird das Land weiter gespalten und die Rainbow Nation weiterhin ein ferner Traum bleiben.

[23] Dies könnte beispielweise durch eine Zusammenlegung bestimmter Provinzen geschehen, die höchstwahrscheinlich die Wahlerfolgschancen der Opposition weiter verringern würde (Zille 2012).

7. Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, die Ursachen für Südafrikas Dekonsolidierung herauszuarbeiten. Die Ergebnisse der Prozessanalyse zeigen, dass dafür vor allem der anhaltende Einfluss der Apartheid und die Dominanz des ANC und dessen klientelistisches und korruptes Verhalten verantwortlich sind. Der Einfluss der Apartheid wirkt auf alle anderen Faktoren des Modells und bestätigt somit die Annahme, dass Pfadabhängigkeiten die größte Erklärungskraft für die Dekonsolidierung Südafrika besitzen. Die Dominanz des ANC und dessen Korruption und Klientelpolitik wirken auf alle aktuellen Konsolidierungsanstrengungen und sind daher für eine Beurteilung des heutigen Konsolidierungsstands und der künftigen Konsolidierungschancen von großer Bedeutung. Der Fall Südafrika zeigt, dass das Handeln des ANC die Demokratie auf kurz oder lang aushöhlen kann, indem noch so stabil geschaffene Institutionen von demokratiefeindlichen Akteuren unterwandert werden.

Diese Abhängigkeiten zwischen den Einflussfaktoren und deren komplexes Zusammenwirken auf Mikro- und Makroebene wurden in dieser Arbeit unter anderem durch Kausalketten dargestellt und bestätigen die bei einer Prozessanalyse möglichst tiefenscharfe Beschreibung von relevanten Zusammenhängen. Die Aussagekraft der Erkenntnisse dieser Arbeit wird durch die innovative Synthese der wichtigsten Erkenntnisse der Transformations- und Demokratisierungsforschung im Analysemodell dieser Arbeit (Kapitel 3.) gewährleistet. Das allgemeine (De-)Konsolidierungsmodell könnte auch auf andere Fallstudien angewendet werden, da die vier hier verwendeten Bereiche bereits in anderen vergleichenden Länderstudien hohe Signifikanz zeigen (vgl. Basedau 2003, Berg-Schlosser 2008, Merkel et al. 2006). Bei der Übertragung des hier vorgestellten Modells muss aber darauf geachtet werden, dass die Einflussfaktoren der vier Konsolidierungsbereiche den länderspezifischen Besonderheiten angepasst werden.

Trotz einer umfassenden Theorie- und Modellsynthese kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere wichtige Einflussfaktoren auf die Dekonsolidierung Südafrikas wirken, die in dieser Arbeit nicht besprochen wurden. Diese fehlenden Einflussfaktoren könnten bestimmte Globalisierungsprozesse sein, die in Kapitel 4.2.3. nicht berücksichtigt wurden und die beispielsweise die sozio-ökonomischen Ungleichheiten Südafrikas verschärfen könnten. Auch die Auswirkungen der AIDS Epidemie und die katastrophale Lage des Gesundheitssystems könnten einen relevanten Einfluss auf die Dekonsolidierung des Landes haben. Diese Faktoren sollten durch weitere Forschung untersucht werden.

Bei der Betrachtung des Forschungsdesigns zeigt sich, dass das Fallstudiendesign dieser Arbeit gegenüber vergleichenden Studien zwei wichtige Vorteile aufweist. Zum einem

kann es die in vielen vergleichenden Studien geforderte Einzelfallanpassung durch das Hinzufügen der länderspezifischen Einflussfaktoren im Analysemodell erfüllen. Zum anderen kann es zeigen, warum sich unter den stabilsten Demokratien Afrikas gerade Südafrika dekonsolidiert. Eine vergleichende Studie von mehreren Demokratien hätte die südafrika-spezifischen Ursachen nicht in ausreichender Tiefe herausarbeiten können. Die Ansprüche einer abweichenden Fallstudie erfüllt diese Arbeit dementsprechend dadurch, dass anhand einer Prozessanalyse die besonderen Ursachen für die Dekonsolidierung des abweichenden Falls Südafrika identifiziert werden. Des Weiteren ermöglicht es das Fallstudiendesign, länderspezifische Policy-Empfehlungen zu machen. Hier können in Übereinstimmung mit den detaillierten Policy-Empfehlungen, wie sie in zahlreichen Berichten zu Südafrika zu finden sind (vgl. National Planning Commission 2012, Hofmeyr et al. 2013, IMF 2011, OECD 2013), zwei zentrale Verbesserungsbereiche genannt werden: Das Bildungssystem und der Arbeitsmarkt. Nur durch eine Kombination von Bildungsanstrengungen und Arbeitsmarktreformen kann ein nachhaltiges Wachstum erzielt werden, damit sozio-ökonomische Ungleichheiten abgebaut werden können. Obwohl sich die in dieser Arbeit gemachten Policy-Empfehlungen nach den präzisen Erkenntnissen der Prozessanalyse richten, kann ihre Wirksamkeit nicht garantiert werden. Dies kann erst durch eine erfolgreiche Implementierung und eine darauf folgende empirische Überprüfung festgestellt werden. Das bietet Raum für weitere Forschung, um in gegebener Zeit die Empfehlungen dieser Fallstudie zu überprüfen.

Die abschließende Analyse des Konsolidierungsstands und der Konsolidierungschancen Südafrikas lassen wie erwartet keine sichere Vorhersage über die weitere Entwicklung Südafrikas zu. Um die schleichende Dekonsolidierung aufzuhalten, müssen laut dieser Fallstudie vor allem die Vermächtnisse der Apartheid überwunden werden und der ANC muss als Hauptakteur seine gesamten demokratieförderlichen Kräfte mobilisieren. Dies könnte letztendlich darüber entscheiden ob sich Südafrika zu einer leistungsfähigen „Rainbow Nation“ oder zu einer dysfunktionalen „Rambo Nation“ entwickeln wird.

Literaturverzeichnis

Acemoglu, Daron/Robinson, James A., 2006: *Economic origins of dictatorship and democracy*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Afrobarometer, 2011: *Summary of Results. Afrobarometer Round 5 Survey in South Africa. A comparative series of national public attitude surveys on democracy, markets and civil society in Africa*. Online verfügbar unter http://www.afrobarometer.org/files/documents/summary_results/saf_r5_sor2.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2013.

Albertyn, Catherine, 2011: Law, Gender and Inequality in South Africa. In: *Oxford Development Studies* 39 (2), S. 139–162.

Allan, Kevin/Heese, Karen, 2013: *Municipal Productivity Index™*. Online verfügbar unter http://www.municipaliq.co.za/index.php?site_page=bestworst.php, zuletzt geprüft am 30.10.2013.

ANC, 2012: *African National Congress Constitution. As amended and adopted by the 53 rd National Conference Mangaung 2012*. Online verfügbar unter http://www.anc.org.za/docs/const/2012/const.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

Attridge, Derek/Jolly, Rosemary Jane, 1998: *Writing South Africa. Literature, apartheid, and democracy 1970-1995*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Atuahene, Bernadette, 2011: South Africa's Land Reform Crisis. Eliminating the Legacy of Apartheid. In: *Foreign Affairs* 90 (4), S. 121–129.

Auditor General South Africa, 2012: *AGSA Consolidated PFMA General report Part1 2011-12*. Online verfügbar unter http://www.agsa.co.za/Documents/Auditreports/PFMA20112012/PFMAreportsandpressrelease/tabid/220/ArticleID/90/The-PFMA-2011-12-consolidated-general-report.aspx, zuletzt geprüft am 06.09.2013.

Basedau, Matthias, 2003: *Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika. Ein systematischer Vergleich ausgewählter Länder*. Opladen: Leske + Budrich.

Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert W. (Hg.), 2002: *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Leverkusen: Leske + Budrich.

Berg-Schlosser, Dirk, 2008: Determinants of democratic successes and failures in Africa. In: *European Journal of Political Research* 47 (3), S. 269–306.

Bertelsmann Stiftung, 2012a: *BTI 2012. Transformation Atlas*. Online verfügbar unter http://www.bti-project.org/atlas/, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Bertelsmann Stiftung, 2012b: *BTI 2012 - South Africa Country Report*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter http://www.bti-project.org/uploads/tx_jpdownloads/BTI_2012_South_Africa.pdf, zuletzt geprüft am 21.08.2013.

Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hg.), 2006: *Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bratton, Michael/van de Walle, Nicholas, 1997: *Democratic Experiments in Africa. Regime Transitions in Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.

Brunne, Viviane, 2010: HIV-Epidemie, AIDS-Politikum und Konsolidierung in Südafrika. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 145–161.

Butler, Anthony, 2009: *Contemporary South Africa*. 2. Aufl. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Cerny, Philip G., 1999: Globalization and the erosion of democracy. In: *European Journal of Political Research* 36 (1), S. 1–26.

Collier, David, 2011: Understanding Process Tracing. In: *Political Science & Politics* 44 (04), S. 823–830.

Croissant, Aurel, 2002: Einleitung: Demokratische Grauzonen – Konturen und Konzepte eines Forschungszweigs. In: Petra Bendel, Aurel Croissant und Friedbert W. Rüb (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Leverkusen: Leske + Budrich, S. 9–55.

Dahl, Robert A., 1971: *Polyarchy. Participation and opposition*. New Haven: Yale University Press.

Dahl, Robert A., 1985: *A preface to economic democracy*. Berkeley: University of California Press.

De Jager, Theo, 2012: *The Policy Conference and Land Reform. Address to the FW de Klerk Foundation Conference on "National Policy at the Crossroads"*. Johannesburg. Online verfügbar unter https://www.givengain.com/cause_data/images/2137/Dr_Theo_De_Jager.pdf, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

De Klerk, F. W., 2013: *Closing remarks to the FW de Klerk Foundation Conference. Uniting behind the Constitution*. Online verfügbar unter http://www.fwdklerk.org.za/cause_data/images/2137/UnitingPublication.pdf, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Diamond, Larry, 2008a: The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State. In: *Foreign Affairs* 87 (2), S. 36–48.

Diamond, Larry, 2008b: *The spirit of democracy. The struggle to build free societies throughout the world*. 1. Aufl. New York: Times Books/Henry Holt and Co.

Diamond, Larry, 1997: *The End of the Third Wave and the Global Future of Democracy*. Wien: Institut für Höhere Studien (45).

Diamond, Larry, 1999: *Developing democracy. Toward consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Diamond, Larry, 2002: Thinking About Hybrid Regimes. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 21–35.

Distler, Werner, 2010: Das Vermächtnis der Apartheid. Gewalt und Ungleichheit als Herausforderung für Konsolidierung und Identität in Südafrika. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 109–126.

Distler, Werner/Weissenbach, Kristina (Hg.), 2010: *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Erdmann, Gero, 2010: Verantwortung oder Interesse. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Eurasia Group, 2013: *Top Risks 2013*. Online verfügbar unter http://eurasiagroup.net/pages/top-risks-2013, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Finn, Arden/Leibbrandt, Murray/Woolard, Ingrid, 2013: *The significant decline in poverty in its many dimensions since 1993*. Econ3x3. Online verfügbar unter http://www.econ3x3.org/sites/default/files/articles/Finn%20et%20al%202013%20MPI%20Poverty%20decline%20FINAL.pdf, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Freedom House, 2013: *Freedom in the World 2013. South Africa*. Online verfügbar unter http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/south-africa, zuletzt geprüft am 21.08.2013.

Gassebner, Martin/Lamla, Michael J./Vreeland, James R., 2013: Extreme Bounds of Democracy. In: *Journal of Conflict Resolution* 57 (2), S. 171–197.

Geddes, Barbara, 1999: What Do We Know about Democratization after Twenty Years? In: *Annual Review of Political Science* 2 (1), S. 115–144.

George, Alexander L./Bennett, Andrew, 2005: *Case studies and theory development in the social sciences*. Cambridge Mass.: MIT Press.

Gerring, John, 2007: *Case study research. Principles and practices*. New York: Cambridge University Press.

Giliomee, Hermann, 1995: Democratization in South Africa. In: *Political Science Quarterly* 110 (1), S. 83–104.

Glickman, Harvey (Hg.), 1995: *Ethnic conflict and democratization in Africa*. Atlanta, Ga: African Studies Assoc. Press.

Grotz, Florian/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), 2011: *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grugel, Jean (Hg.), 2013: *States and Political Economies of Democratization*. Los Angeles: Sage (2).

Habib, Adam, 2009: *Reflections on the Development State for South Africa*. Online verfügbar unter http://www.polity.org.za/article/reflections-on-the-development-state-for-south-africa-2009-08-13, zuletzt aktualisiert am 15.07.2009, zuletzt geprüft am 26.06.2013.

Habib, Adam/Taylor, Rupert, 1999: Parliamentary opposition & democratic consolidation in South Africa. In: *Review of African Political Economy* 26 (79), S. 109–115.

Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C. R., 1996: Political Science and the Three New Institutionalisms. In: *MPIFG Discussion Paper (*6), S. 3–25.

Hall, Ruth, 2004: A Political economy of land reform in South Africa. In: *Review of African Political Economy* 31 (100), S. 213–227.

Halpern, David, 2005: *Social capital*. 1. Aufl. Cambridge, UK, Malden, MA: Polity.

Hassel, Anke/Lütz, Susanne, 2010: Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staates. In: *Der moderne Staat (*3), S. 251–271.

Hofmeyr, Jan (Hg.), 2012: *The youth dividend. Unlocking the potential of young South Africans*. Cape Town, South Africa: Institute for Justice and Reconciliation (Transformation audit, 2012). Online verfügbar unter http://transformationaudit.org/blog/wp-content/uploads/2013/02/TA%202012.pdf, zuletzt geprüft am 10.09.2013.

Hofmeyr, Jane/McCarthy, Jeff/Oliphant, Rebecca/Schirmer, Stefan/Bernstein, Ann, 2013: *Affordable Private Schools in South Africa*. Hg. v. The Centre for Development and Enterprise. Johannesburg (CDE Insight). Online verfügbar unter http://www.cde.org.za/images/pdf/Affordable%20Private%20Schools%20in%20South%20Africa.pdf, zuletzt geprüft am 02.09.2013.

Hölscher, Dorothee, 2008: The Emperor's new clothes. South Africa's attempted transition to developmental social welfare and social work. In: *International Journal of Social Welfare* 17 (2), S. 114–123.

Hungi, Njora/Makuwa, Demus/Ross, Kenneth/Saito, Mioko/Dolata, Stéphanie/van Capelle, Frank et al., 2011: *SACMEQ III Project Results: Levels and Trends in School Resources among SACMEQ School Systems. Working Document Number 2*. SACMEQ. Online verfügbar unter http://www.sacmeq.org/sites/default/files/sacmeq/reports/sacmeq-iii/working-documents/levels_and_trends_in_school_resources_fin2.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

Huntington, Samuel P., 1991: *The third wave. Democratization in the late twentieth century*. Norman: University of Oklahoma Press (4).

Hyslop, Jonathan, 2005: Political Corruption: Before and after Apartheid. In: *Journal of Southern African Studies* 31 (4), S. 773–789.

IEC Independent Electoral Commission, 2013: *National and Provincial Elections Results*. Online verfügbar unter http://www.elections.org.za, zuletzt geprüft am 02.09.2013.

Inglehart, Ronald/Welzel, Christian, 2005: *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*: Cambridge University Press.

International Monetary Fund, 2011: *South Africa 2011 ARTICLE IV CONSULTATION*. Washington, D.C. (IMF Country Report No. 11/258). Online verfügbar unter http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2011/cr11258.pdf, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

International Monetary Fund, 2013: *World Economic Outlook Database*. Online verfügbar unter http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/weodata/download.aspx, zuletzt geprüft am 14.09.2013.

Jung, Courtney/Shapiro, Ian, 1995: South Africa's Negotiated Transition: Democracy, Opposition, and the New Constitutional Order. In: *Politics & Society* 23 (3), S. 269–308.

Kane-Bermann, John, 2012: *The ANC Policy Proposals within the Framework of the National Democratic Revolution. Address to the FW de Klerk Foundation Conference on "National Policy at the Crossroads"*. Johannesburg. Online verfügbar unter https://www.givengain.com/cause_data/images/2137/John_Kane-Berman.pdf, zuletzt geprüft am 14.09.2013.

Kaplan, David, 2013: *Rethinking South Africa's Labour Market. Lessons from Brazil, India and Malaysia*. Unter Mitarbeit von Julia de Kadt und Antony Altbeker. Hg. v. The Centre for Development and Enterprise. Johannesburg (CDE Round Table). Online verfügbar unter http://www.cde.org.za/images/pdf/RETHINKING%20SOUTH%20AFRICAS%20LABOUR%20MARKET_LESSONS%20FROM%20BRAZIL%20INDIA%20AND%20MALAYSIA.pdf, zuletzt geprüft am 02.09.2013.

Kaufmann, Daniel/Kraay, Aart/Mastruzzi, Massimo, 2012: *Worldwide Governance Indicators*. World Bank. Online verfügbar unter http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Lauth, Hans-Joachim (Hg.), 2010: *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

Lefko-Everett, Kate, 2012: *Ticking Time Bomb or Demographic Dividend? Youth and Reconciliation in South Africa. SA Reconciliation Barometer Survey: 2012 Report*. Hg. v. Institute for Justice and Reconciliation. Online verfügbar unter http://reconciliationbarometer.org/wp-content/uploads/2012/12/2012-SA-Reconciliation-Barometer-FINAL.pdf, zuletzt geprüft am 10.09.2013.

Lefko-Everett, Kate/Nyoka, Ayanda/Tiscornia, Lucia, 2011: *SA Reconciliation Barometer Survey: 2011 Report*. Institute for Justice and Reconciliation. Online verfügbar unter http://reconciliationbarometer.org/wp-content/uploads/2011/12/2011-SA-Reconciliation-Barometer.pdf, zuletzt geprüft am 16.09.2013.

Leibbrandt, Murray/Woolard, Ingrid/Finn, Arden/Argent, Jonathan, 2010: *Trends in South African Income Distribution and Poverty since the Fall of Apartheid. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 101*. OECD Publishing. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1787/5kmms0t7p1ms-en, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

Lemon, Anthony, 2004: Redressing school inequalities in the Eastern Cape, South Africa. In: *Journal of Southern African Studies* 30 (2), S. 269–290.

Linz, Juan J., 1978: *The breakdown of democratic regimes. Crisis, breakdown, reequilibration*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Linz, Juan J., 2000: *Totalitarian and authoritarian regimes*. Boulder, Colo: Lynne Rienner.

Linz, Juan J./Stepan, Alfred C., 1996a: *Problems of democratic transition and consolidation. Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Linz, Juan J./Stepan, Alfred C., 1996b: Toward consolidated democracies. In: *Journal of Democracy* 7 (2), S. 14–33.

Lipset, Seymour M., 1959: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *The American Political Science Review* 53 (1), S. 69–105.

Lipset, Seymour M., 1981: *Political man. The social bases of politics*. Expanded ed. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Lipset, Seymour M., 1994: The Social Requisites of Democracy Revisited. In: *American Sociological Review* 59 (1), S. 1–22.

LiPuma, Edward/Koelble, Thomas A., 2009a: Deliberative democracy and the politics of traditional leadership in South Africa: A case of despotic domination or democratic deliberation? In: *Journal of Contemporary African Studies* 27 (2), S. 201–223.

LiPuma, Edward/Koelble, Thomas A., 2009b: Social Capital in Emerging Democracies. In: *Voluntas* 20 (1), S. 1–14.

Lodge, Tom, 2003: *Politics in South Africa. From Mandela to Mbeki*. 2. Aufl. Bloomington: Indiana University Press.

Mair, Stefan, 2010: Die Stimme Afrikas. Südafrikas Rolle in der internationalen Politik. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 227–246.

Malik, Khalid, 2013: *Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt*. Dt. Ausg. Bielefeld: UNO-Verl. Online verfügbar unter http://hdr.undp.org/en/media/HDR2013%20Report%20German.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

Marshall, Monty G./Jaggers, Keith, 2010: *Polity IV Country Report 2010: South Africa*. Online verfügbar unter http://www.systemicpeace.org/polity/SouthAfrica2010.pdf, zuletzt geprüft am 18.09.2013.

Martin, Michael O./Mullis, Ina V. S./Foy, Pierre/Stanco, Gabrielle M., 2012: *TIMSS 2011 international results in science*. Boston: TIMSS & PIRLS International Study Center. Online verfügbar unter http://timssandpirls.bc.edu/timss2011/international-results-science.html, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

May, Julian/Meth, Charles, 2007: Dualism or underdevelopment in South Africa: what does a quantitative assessment of poverty, inequality and employment reveal? In: *Development Southern Africa* 24 (2), S. 271–287.

Merkel, Wolfgang, 1999: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Wolfgang, 2010: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Merkel, Wolfgang, 2011: Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie. In: Florian Grotz und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–46.

Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel, 2000: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41 (1), S. 3–30.

Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter, 2003: *Defekte Demokratie*. Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter, 2006: *Defekte Demokratie. Regionalanalysen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Merkel, Wolfgang/Thiery, Peter, 2010: Systemwechsel. In: Hans-Joachim Lauth (Hg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung.* 3. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 186–212.

Mogale, Bongi, 2013: *Zuma: the NDP will be implemented*. SABC News. Online verfügbar unter http://www.sabc.co.za/news/a/e0916b804f69d431a168ab1e5d06aea0/Zuma:-the-NDP-will-be-implemented-20130427, zuletzt geprüft am 16.09.2013.

Moore, Mick, 1995: Democracy and development in cross-national perspective: A new look at the statistics. In: *Democratization* 2 (2), S. 1–19.

Mullis, Ina V. S./Martin, Michael O./Foy, Pierre/Arora, Alka, 2012: *TIMSS 2011 international results in mathematics*. Online verfügbar unter http://timssandpirls.bc.edu/timss2011/international-results-mathematics.html, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

National Planning Commission (NPC), 2010: *Diagnostic overview*. Pretoria, South Africa. Online verfügbar unter http://www.npconline.co.za/MediaLib/Downloads/Home/Tabs/Diagnostic/Diagnostic%20Overview.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

National Planning Commission (NPC), 2012: *National Development Plan 2030. Our Future-make it work*. Pretoria, South Africa. Online verfügbar unter http://www.npconline.co.za/MediaLib/Downloads/Downloads/NDP%202030%20-%20Our%20future%20-%20make%20it%20work.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

Neubauer, Deane E., 1967: Some Conditions of Democracy. In: *The American Political Science Review* 61 (4), S. 1002–1009.

O'Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hg.), 1986: *Transitions from authoritarian rule*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), 2013: *OECD Economic Surveys: South Africa 2013*. Paris: OECD Publishing. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-zaf-2013-en, zuletzt geprüft am 28.10.2013.

Osterberg-Kaufmann, Norma, 2012: *Erfolg und Scheitern von Demokratisierungsprozessen. Fallstudien Albanien und Kroatien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden.

Paton, Carol, 2012: *The ANC still faces the same problems*. Business Day Live. Online verfügbar unter http://www.bdlive.co.za/opinion/columnists/2012/12/21/the-anc-still-faces-the-same-problems, zuletzt geprüft am 16.09.2013.

Paton, Carol/Isa Mariam, 2012: *How Zuma persuaded ANC to drop the 'N' word*. Online verfügbar unter http://www.bdlive.co.za/national/2012/12/21/how-zuma-persuaded-anc-to-drop-the-n-word, zuletzt geprüft am 24.10.2013.

Penfold, Erica, 2012: Create entrepreneurs instead of tenderpreneurs. In: Jan Hofmeyr (Hg.): *The youth dividend. Unlocking the potential of young South Africans*. Cape Town, South Africa: Institute for Justice and Reconciliation (Transformation audit, 2012).

Piombo, Jessica, 2009: *Institutions, ethnicity, and political mobilization in South Africa*. New York: Palgrave Macmillan.

Pridham, Geoffrey, 1995: *Transitions to democracy. Comparative perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe*. Aldershot: Dartmouth.

Przeworski, Adam, 1986: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: Guillermo A. O'Donnell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead (Hg.): *Transitions from authoritarian rule*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 47–63.

Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Przeworski, Adam, 1999: Minimalist conception of democracy: a defense. In: Ian Shapiro und Hacker-Cordón Casiano (Hg.): *Democracy's value*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 23–56.

Przeworski, Adam, 2006: Self-enforcing Democracy. In: Barry R. Weingast und Donald A. Wittman (Hg.): *The Oxford handbook of political economy*. Oxford, New York: Oxford University Press.

Przeworski, Adam/Alvarez, Michael E./Cheibub, Jose Antonio/Limongi, Fernando, 1996: What Makes Democracy Endure? In: *Journal of Democracy* 7 (1), S. 39–55.

Przeworski, Adam/Alvarez, Michael E./Cheibub, Jose Antonio/Limongi, Fernando, 2000: *Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*. Cambridge: Cambridge University Press.

Puddington, Arch, 2013: *Freedom in the World 2013. Democratic Breakthroughs in the Balance*. New York: Freedom House. Online verfügbar unter http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2013, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Putnam, Robert D., 1993: *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. Princeton, N.J: Princeton University Press.

Putnam, Robert D., 2000: *Bowling alone. The collapse and revival of American community*. New York: Simon & Schuster.

Pycroft, Christopher, 2000: Democracy and Delivery: The Rationalization of Local Government in South Africa. In: *International Review of Administrative Sciences* 66 (1), S. 143–159.

Rakabe, Eddie, 2013: *Unlocking the growth and employment potential of business in the margins*. Econ3x3. Online verfügbar unter http://www.econ3x3.org/sites/default/files/articles/Rakabe%202013%20Unlocking%20businesesin%20the%20margins%20FINAL%20for%20PDF.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2013.

Republic of South Africa (RSA), 1996: *Constitution of the Republic of South Africa*. Act No. 108 of 1996. Pretoria: Republic of South Africa (zuletzt geändert durch den Second Amendment Act, No. 3 of 2003). Online verfügbar unter http://www.info.gov.za/documents/constitution/1996/a108-96.pdf, zuletzt geprüft am 29.08.2013.

Rosenberg, Mark, 2012: *South Africa*. Hg. v. Freedom House. Online verfügbar unter http://www.freedomhouse.org/report/countries-crossroads/2012/south-africa-0, zuletzt geprüft am 21.08.2013.

Rössel, Jörg, 2002: Die Qualität von demokratischen Regimen. Zur Erklärung der politischen Performanz in Italien und Indien durch Robert Putnam und Patrick Heller. In: *PVS* 43 (2), S. 302–329.

Roth, Roland, 2009: *Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie. Expertise für die Bertelsmann Stiftung von Prof. Dr. Roland Roth*. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-D9FFD3FE-E864D6BE/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Russell, Alec, 2010: *After Mandela. The battle for the soul of South Africa*. London: Windmill.

Schmidt, Manfred G., 2010: *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 5. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

Schmidt, Siegmar, 2006: Zivilgesellschaft in Südafrika nach dem Ende der Apartheid. In: Joachim Betz und Wolfgang Hein (Hg.): *Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005.* 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 157–169.

Schmidt, Siegmar, 2010: Gefahr für die Demokratie? Die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in Südafrika. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 17–39.

Schmitter, Philippe C./Karl, Terry, 1992: The Types of Democracy Emerging in Southern and Eastern Europe and South and Central America. In: Peter M. E. Volten (Hg.): *Bound to change. Consolidating democracy in East Central Europe*. New York: Westview Press, S. 42–68.

Schwab, Klaus, 2012: *The Global Competitiveness Report 2012–2013*. 7. Aufl. Geneva, Switzerland: World Economic Forum. Online verfügbar unter http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2012-13.pdf, zuletzt geprüft am 31.08.2013.

Shapiro, Ian/Hacker-Cordón Casiano (Hg.), 1999: *Democracy's value*. Cambridge: Cambridge University Press.

Simkins, Charles, 2011: South African Disparities. In: *Journal of Democracy* 22 (3), S. 105–119.

Soest, Christian von, 2010: Versöhner, Manager, Populist. Das Wirken der Präsidenten für die Konsolidierung der südafrikansichen Demokratie. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 89–106.

South African Police Service (SAPS), 2012a: *Crime Research and Statistics. Murder in RSA for April to March 2004/2005 to 2011/2012*. Online verfügbar unter http://www.saps.gov.za/statistics/reports/crimestats/2012/categories/murder.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2013.

South African Police Service (SAPS), 2012b: *Crime Statistics Overview RSA 2011/2012*. Online verfügbar unter http://www.saps.gov.za/statistics/reports/crimestats/2012/downloads/crime_statistics_presentation.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2013.

South African Police Service (SAPS), 2013: *Crime Statistics Overview RSA 2012/2013*. Online verfügbar unter http://www.saps.gov.za/statistics/reports/crimestats/2013/downloads/crime_statistics_presentation.pdf, zuletzt geprüft am 30.09.2013.

Southall, Roger, 2004: The ANC & Black Capitalism in South Africa. In: *Review of African Political Economy* 31 (100), S. 313–328.

Spaull, Nicholas, 2013a: Poverty & privilege: Primary school inequality in South Africa. In: *International Journal of Educational Development* 33 (5), S. 436–447.

Spaull, Nicholas, 2013b: *Teachers can't teach what they don't know*. Online verfügbar unter http://nicspaull.com/2013/08/20/teachers-cannot-teach-what-they-do-not-know-my-sunday-times-article/, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Spaull, Nicholas, 2012: *Equity & Efficiency in South African Primary Schools. A Preliminary Analysis of SACMEQ III South Africa*. *Masterbarbeit*. Stellenbosch University, Stellenbosch. Department of Economics. Online verfügbar unter http://scholar.sun.ac.za/bitstream/handle/10019.1/20184/spaull_equity_2012.pdf?sequence=1, zuletzt geprüft am 30.08.2013.

Statisitics South Africa, 2012: *Census 2011*. Pretoria: Statistics South Africa. Online verfügbar unter http://www.statssa.gov.za/publications/statsdownload.asp?PPN=P0301.4&SCH=5370, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Steinbrink, Malte, 2009: *Leben zwischen Land und Stadt. Migration, Translokalität und Verwundbarkeit in Südafrika*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, Wiesbaden.

Swilling, Mark/Russel, Bev, 2002: *Scope and Size of the Non-Profit Sector in South Africa*. Centre for Civil Society. Durban. Online verfügbar unter http://www.sustainabilityinstitute.net/newsdocs/document-downloads/doc_download/227-scope-and-size-of-the-non-profit-sector-in-south-africa, zuletzt geprüft am 02.09.2013.

Thapliyal, Nisha/Vally, Salim/Spreen, Carol Anne, 2013: "Until We Get Up Again to Fight": Education Rights and Participation in South Africa. In: *Comparative Education Review* 57 (2), S. 212–231.

The Economist, 2012a: *Sad South Africa. Cry, the beloved country*. Online verfügbar unter http://www.economist.com/news/leaders/21564846-south-africa-sliding-downhill-while-much-rest-continent-clawing-its-way-up, zuletzt geprüft am 16.09.2013.

The Economist, 2012b: *South Africa Over the rainbow*. Online verfügbar unter http://www.economist.com/news/briefing/21564829-it-has-made-progress-becoming-full-democracy-1994-failure-leadership-means, zuletzt geprüft am 31.08.2012.

Tocqueville, Alexis de/Mayer, J. P., 1985: *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.

Transparency International, 2013a: *Corruption Perceptions Index 1995-2012*. Online verfügbar unter http://www.transparency.org/research/cpi/overview, zuletzt geprüft am 13.09.2013.

Transparency International, 2013b: *Global corruption barometer*. Online verfügbar unter http://www.transparency.org/gcb2013/country/?country=south_africa, zuletzt geprüft am 13.09.2013.

Truth and Reconciliation Commission South Africa (TRC): *TRC Final Report. Volume 2*. Online verfügbar unter http://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/Volume%202.pdf, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

UNDP, 2013: *Human Development Report 2013. South Africa: Explanatory note on 2013 HDR composite indices. HDI values and rank changes in the 2013 Human Development Report*. Online verfügbar unter http://hdrstats.undp.org/images/explanations/ZAF.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2013.

Vanhanen, Tatu, 2003: *Democratization. A comparative analysis of 170 countries*. London, New York: Routledge.

Venter, Francois, 2012: *Is the Constitution a Transitional Document? Address to the FW de Klerk Foundation Conference on "National Policy at the Crossroads"*. Johannesburg. Online verfügbar unter https://www.givengain.com/cause_data/images/2137/Prof_Francois_Venter.pdf, zuletzt geprüft am 06.09.2013.

Volten, Peter M. E. (Hg.), 1992: *Bound to change. Consolidating democracy in East Central Europe*. New York: Westview Press.

Weiffen, Brigitte/Merkel, Wolfgang, 2012: Does Heterogeneity Hinder Democracy? In: *Comparative Sociology* 11 (3), S. 387–421.

Weingast, Barry R./Wittman, Donald A. (Hg.), 2006: *The Oxford handbook of political economy*. Oxford, New York: Oxford University Press.

Weissenbach, Kristina, 2010: Konsolidierung ohne Wettbewerb? Die Institutionalisierung der politischen Parteien in Südafrika. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 41–65.

Welzel, Christian/Inglehart, Ronald, 2005: Demokratisierung und Freiheitsstreben: Die Perspektive der Humanentwicklung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (1), S. 62–85.

Windeck, Frank, 2010: Umkämpte Medien. Südafrikas steiniger Weg zur Freiheit. In: Werner Distler und Kristina Weissenbach (Hg.): *Konsolidierungsprojekt Südafrika. 15 Jahre Post-Apartheid.* 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 67–87.

World Bank, 2012: *Worldwide Governance Indicators. WGI Data Sources*. Online verfügbar unter http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#doc-sources, zuletzt geprüft am 18.10.2013.

World Bank, 2013: *World Data Bank*. Online verfügbar unter http://databank.worldbank.org/data/home.aspx, zuletzt geprüft am 01.10.2013.

World Health Organization, 2013: *Global Health Observatory Data Repository. HIV/AIDS and other STIs*. Online verfügbar unter http://apps.who.int/gho/data/node.main.617?lang=en, zuletzt geprüft am 02.10.2013.

Zille, Helen, 2012: *The Policy Proposals with Special Reference to the Future of the Provinces. Address to the FW de Klerk Foundation Conference on "National Policy at the Crossroads"*. Johannesburg. Online verfügbar unter https://www.givengain.com/cause_data/images/2137/Helen_Zille.pdf, zuletzt geprüft am 13.09.2013.

Zille, Helen, 2013: *Well done, Angie Motshekga*. City Press. Online verfügbar unter http://www.citypress.co.za/columnists/zille-well-done-angie-motshekga/, zuletzt aktualisiert am 20.07.2013, zuletzt geprüft am 13.09.2013.